

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 26. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7620.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetats für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kreisredakteur: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Herr v. Stumm als Chefredakteur der „Post“.

Wir befinden uns wieder einmal in der Lage, einige Schrift-
 stücke der Öffentlichkeit zu übergeben, dieses Mal solche, welche die
 Stellung des Freiherrn v. Stumm zur „Post“ in einem recht inter-
 essanten Lichte zeigen.

Bei der autoritären Natur des Freiherrn von Stumm war
 von vornherein anzunehmen, daß die Redakteure der von ihm
 mit schweren Geldopfern unterhaltenen „Post“ im Grunde
 genommen nur höhere Kulis sind, die, falls sie nicht
 ganz den Intentionen ihres Brotherrn entsprechen, ebenso auf
 die Straße fliegen, wie das einem seiner Arbeiter geschieht, der es
 wagen würde, ein sozialdemokratisches Blatt zu lesen oder einer
 Arbeiterorganisation anzugehören. Dies wird durch den Inhalt der
 unten folgenden Briefe bewiesen.

Aber auch noch eine andere interessante Thatsache wird dadurch
 bekannt. Nämlich die, daß Herr v. Stumm, der noch in der
 Reichstags-Sitzung am Donnerstag unsern Genossen Gradnauer
 gegenüber den bekannten Fink in Schutz nahm, bereits
 im Dezember 1897, unmittelbar nach den bekannten
 Vorgängen im Reichstag, wo Bebel den Fink als „Redakteur“ des
 berüchtigten Fischer'schen Pamphlets angriff und ihn als
 einen moralisch sehr bedenklichen Charakter hinstellte, sich über
 Fink vollkommen klar war. Er charakterisirt denselben in
 einer Weise, daß sein Zeugnis in dem noch immer schwebenden Preß-
 prozess „Fink kontra Bebel“ von erheblicher Wichtigkeit ist und zwar
 zu Gunsten Bebel's. Doch lassen wir Herrn von Stumm selber
 sprechen.

Er schreibt unter dem 19. Dezember 1897 an die Redaktion der
 „Post“ folgendes:

Halberg bei Breslau, 19. Decbr. 1897.

Telegraphisch lassen sich solche heikle Dinge wie die
 Fink'sche Angelegenheit nur dann erledigen, wenn man eine gewisse
 Vereinbarkeit hat. Deswegen bitte ich, auch künftig sich auf heftige
 Mittheilungen zu beschränken, wenn es sich nicht etwa um die Mit-
 theilung einer einfachen Thatsache handelt.

Ich kann nicht sagen, daß mir die Erklärung
 Fink's einen guten Eindruck gemacht hat, denn die in der-
 selben enthaltene Darstellung des „Vereins Berliner Presse“ spricht
 mehr gegen als für Herrn Fink. Ob dieser Darstellung
 eine Animosität zu Grunde liegt, wird ja die gerichtliche Verhand-
 lung aufklären. Mir gegenüber ist aber Herr Fink schon dadurch
 schwer kompromittirt, daß er in seiner oben angeführten
 folgenden handschriftlichen Erklärung zugiebt, zu seinem
 Austritt aus dem Verein „Berliner Presse“ ver-
 anlaßt worden zu sein, während er mir positiv
 versichert hatte, dies sei ganz freiwillig ge-
 geschehen, weil ihm die Mitgliedschaft nicht mehr
 passe. Infolge dessen habe ich, nachdem ich Herrn Fink wieder-
 holt aufgefordert hatte, mir die reine Wahrheit zu sagen, im
 Reichstag wörtlich geäußert (27. der stenogr. Berichte): „Herr Fink
 ist freiwillig, wie er sagt, aus dem „Verein Berliner Presse“ aus-
 getreten, und niemals ist ihm irgend eine Aufforderung
 zugegangen, dies zu thun.“

Herr Fink hat mich also veranlaßt, vor ver-
 sammeltem Reichstag eine Lage auszusprechen,
 was wahrhaftig nicht dadurch kompensirt wird, daß Bebel gleichfalls
 gelogen hat. (Dah!) Es ist nicht anzunehmen, daß unseren Gegnern
 der Unterschied zwischen der veröffentlichten Erklärung Fink's, worin
 er nur bestritt, von dem Vorstand zum Austritt veranlaßt
 worden zu sein, und meiner im Reichstag abgegebenen Erklärung
 entgegen wird. Machen sie auf diesen Unterschied öffentlich
 aufmerksam, so werde ich genöthigt sein, Herrn Fink als
 Lügner hinzustellen, dessen Wahrheitsliebe mir
 in dieser ganzen Angelegenheit überhaupt in
 einem sehr schlechten Lichte erschienen ist. Mag
 man ihn auch entschuldigen, daß er von der Macht der gegen ihn
 geschleuderten Anklagen so niedergedrückt war, daß er anfangs nicht
 recht wußte, was er sagte, — mir aber auch noch die Unwahrschein-
 lichkeit zu sagen, nachdem er vollauf Zeit hatte, mir die volle Wahrheit zu
 sagen, damit ich mich nicht selbst durch meine abzugebende Erklärung
 kompromittire, übersteigt doch das erlaubte Maß.

Wenn Sie mich fragen, wie „Post“ und Partei sich künftig Herrn
 Fink gegenüber zu verhalten haben, so kann das Verhältnis
 mit demselben keinesfalls dauernd beibehalten
 werden. Um Herrn Bebel nicht zu viel Ehre anzu-
 thun (!), würde ich Herrn Fink einstweilen so
 lange beibehalten, bis entweder gerichtlich oder durch
 öffentliche Thatsachen die Bebel'sche Anklage soweit bestätigt ist
 worden, daß Fink ernstlich kompromittirt erscheint. Ob dies durch
 die neueste Erklärung Bebel's geschehen ist, vermag ich nicht zu be-
 urtheilen, weil ich sie im Wortlaut nicht kenne.“

Freiherr v. Stumm setzt weiter in dem Briefe auseinander,
 worin man gegen Bebel vorgehen müsse, um diesen ins Gedränge
 zu bringen, und schließt seinen Brief also:

„Die das Alles auch endigen wird, eine Schädigung der
 „Post“ und der freikonservativen Partei durch diese Vorgänge
 ist unvermeidlich. Bis zur völligen Klarstellung würde ich jeden-
 falls die Verbreitung der „Post“ bei hochgestellten Personen nicht
 empfehlen. Auch die Stellung des Herrn Fink als Sekretär der
 freikonservativen Partei würde ich bis zur gerichtlichen Entscheidung
 inthronieren, um vor der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß unsere Partei

Alles aufbietet, um ihr Schild rein zu halten. Doch hat hier-
 über ja Herr Freiherr v. Bedly und der betreffende Ausschuss
 zu entscheiden.

Hochachtungsvoll
 Freiherr v. Stumm-Halberg.

Ein zweiter Brief des Freiherrn v. Stumm, der sich ebenfalls
 mit der Angelegenheit Fink befaßt, ist datirt vom 29. Dezember
 1897 und ist ebenfalls an die Redaktion der „Post“ gerichtet. In
 demselben heißt es:

„Unter Veigabe des Fink'schen Schreibens habe ich mich aus
 demselben wieder überzeugen müssen, daß der gedachte Herr an
 einem bedenklichen Mangel an Aufrichtigkeit und
 Wahrheitsliebe leidet.“

Im Weiteren führt Herr v. Stumm aus, wie die Vorgänge sich
 im Reichstag zwischen ihm und Bebel und zwischen ihm und Fink
 zugetragen haben. Fink habe sich ihm gegenüber als durchaus un-
 wahrhaftig gezeigt.

Der Brief schließt: „Ich hoffe im Interesse der „Post“ und der
 Partei, daß es Fink gelingen wird, sich im Sinne seines Schreibens
 an Sie vom 26. ds. zu reinigen. Nach den gemachten Er-
 fahrungen aber glaube ich Herrn Fink nichts
 mehr ohne Weiteres. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß
 wir, so lange Fink keine ehrenwürdige Handlung nachgewiesen wird,
 jeden Fall vermeiden und Fink in seiner Stellung behalten möchten.
 Auf die Dauer können wir aber nicht einen Mitarbeiter behalten,
 welcher mit der Wahrheit in einer Weise um-
 springt wie das wieder in dem an Sie gerichteten
 Briefe der Fall ist.“

Hochachtungsvoll
 Freiherr v. Stumm-Halberg.

Der dritte Brief des Freiherrn v. Stumm ist von allgemeinerem
 Interesse, er betrifft die Haltung der „Post“ und zeigt, wie hier
 Herr v. Stumm der absolute König ist, der nicht duldet, daß auch
 nur referierend eine Mittheilung in das Blatt gelangt, die sich nicht
 völlig mit seiner Auffassung deckt. Der Brief ist am 6. Oktober 1898
 an die Redaktion der „Post“ gerichtet worden und lautet:

„In der „Revue der Presse“ in Ihrer Dienstagnummer findet
 sich ein Urtheil über die Gewerkschaftsbewegung, welches
 mit der Auffassung unserer Partei im schärfsten Gegensatz steht.
 Entweder handelt es sich hier um ein kathedersozialistisches
 Auktuel oder um eine völlige Unwissenheit über sozialpolitische
 Dinge seitens Ihres Mitarbeiters. Der „vortreffliche“
 Max Lorenz ist gerade so schlimm wie jeder
 Sozialdemokrat. Sein Streit mit der Sozialdemokratie steht
 auf demselben Boden, wie der hässliche Streit zwischen Sozialisten
 und Anarchisten. Gewerkschaftsbewegung und Sozial-
 demokratie sind völlig identisch, wie ich dies im
 Reichstag wiederholt nachgewiesen habe. Ihr Mitarbeiter
 scheint meine Reden gar nicht zu kennen und
 ebenso wenig die „Preussischen Jahrbücher“, welche mit
 Herrn Delbrück völlig im national-sozialen Lager
 stehen. Es erscheint mir dringend geboten,
 einen Mitarbeiter, welcher in einem der wichtigsten
 Punkte der inneren Politik den Standpunkt
 unserer heftigsten Gegner vertritt, aus seiner
 Stellung zu entfernen.“

Hochachtungsvoll
 Freiherr v. Stumm-Halberg.

Man sieht, Herr v. Stumm verlangt, daß Ordre parirt wird, und
 wer nicht parirt, fliegt. Die Sozialdemokratie, der man gegnerischer-
 seits Intoleranz vorwirft, ist im Vergleich zur Stumm'schen
 Prozedur ein Muster äußerster Toleranz. Daß dies einmal so recht
 drastisch namentlich Herrn v. Stumm gegenüber konstatiert werden
 konnte, der so häufig von dem Terrorismus der Sozialdemokratie
 spricht, freut uns besonders. Einen schlimmeren Terrorismus als
 den Stumm'schen giebt es nicht. Herr v. Stumm sieht seine geistigen
 Mitarbeiter nur als willenlose Werkzeuge an, die blind
 seinen Anschauungen sich fügen müssen. Wehe dem, der glaubt, noch
 eine eigene Meinung haben zu dürfen.

Die kurze Notiz, wegen der der unglückliche Redakteur der
 „Post“ sich das Mißfallen des Herrn v. Stumm zugezogen und des-
 halb sein Bündel schnüren mußte, lautet:

„Ein vortrefflicher Kenner der Sozialdemokratie, Herr Max
 Lorenz, der schon wiederholt in Broschüren das Seinige zur Ent-
 tlarung der Sozialdemokratie beigetragen hat, veröffentlicht in den
 „Preuß. Jahrb.“ einen auch im Sonderabdruck erschienenen Aufsatz,
 in welchem er an der Hand der Auslassungen sozialdemokratischer „Autori-
 tät“ den Beweis führt, daß die Gewerkschaftsbewegung von der sozial-
 demokratischen Partei bisher stets gehandelt worden sei. Die Ge-
 werkschaftsbewegung hat die Erringung besserer Arbeitsbedingungen
 auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschafts-
 ordnung zum Ziel und Zweck, wesswegen sie von der
 Sozialdemokratie verhöhnt und verspottet wird. Der Un-
 sturz steht im prinzipiellen Gegensatz zur Gewerkschafts-
 Bewegung. Nichtsdestoweniger geben sich die sozialdemo-
 kratischen Führer gegenwärtig ganz besondere Mühe, den gewerk-
 schaftlichen Organisationen ein moralisch Lied zu singen, um sie so
 besser zu behörden.“

Folgt alsdann ein Auszug aus dem Lorenz'schen Artikel, in
 dem der „Vorwärts“ wegen eines Leitartikels zu Gunsten der Ge-
 werkschaften angegriffen wird.

Dieses genügt also Herrn von Stumm, um einem Redakteur
 seines Blattes den Stuhl vor die Thüre setzen zu lassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. Februar.

Der Reichstag

hatte heute eine der friedlichsten Sitzungen seit Beginn der
 Session. Während gestern das Gewitter der dreitägigen

Berathungen über die deutsche Justiz noch leise nachgrollte,
 lag heute idyllische Ruhe über dem Haus. Freilich, Lärm zu
 machen, wäre auch nicht gut möglich gewesen, denn die Zahl
 der Abwesenden war mindestens zehnmal so groß als die der
 Anwesenden. Nicht, daß es an bitteren Dingen und bitteren Worten
 gefehlt hätte, allein die Worte waren weniger bitter als die
 Dinge — das Kapital des Jorns war durch das Dresdener
 Zuchturtheil zum großen Theil aufgezehrt worden, so daß
 es erst einiger Tage bedarf, bis das Kapital sich wieder er-
 neuert hat. Die Thielen'sche Sparpolitik, die Waggenoth, die
 Befolgung der unteren Beamten, die Bahnhofssperre, die
 Verwendung der Ueberflüsse für die Zwecke des Militarismus
 — fürwahr, an Stoff fehlte es der Kritik nicht. Und unser Genosse
 Buch, der insbesondere die Zustände der reichsländischen Bahnen
 beleuchtete, hatte ein dankbares Thema. Scharf ging er namentlich
 vor gegen die Verpfehlung der Elbaf-Lothringer Bahnen,
 d. h. die militaristisch-bureaucratische Postwirtschaft, die für
 rückständige Provinzen am Platz sein möge, für das kulturell
 hoch entwickelte südwestliche Deutschland aber höchst drückend
 und abstoßend sei. Herr Thielen ließ sich indeß nicht irre
 machen. Und Herr Paasche, der alles beweisen kann, be-
 wies uns sogar, daß die Elbaf-Lothringer, die sich immer als
 Stiefkinder aufspielten, in Wirklichkeit „verwöhnte Kinder“
 seien. Nun, der Geschmack ist verschieden. Köstlich
 war ein Blick in den junkerlichen Zukunftsstaat,
 den Graf Kanitz uns thun ließ. Die Eisenbahnen sollen
 die Industrie nicht länger begünstigen und nicht länger dem
 „Zug in die Stadt“ Vorschub leisten! Mit anderen Worten:
 Ruin der Industrie und Erschwerung des Reisens, so daß die
 Landbevölkerung thatsächlich an die Scholle gefesselt ist — das
 ist der Zukunftsstaat, den die Herren Kanitz und Konforten für
 uns in petto haben.

Montag: Fortsetzung des Eisenbahn-Etats und Etat des
 Schatzamtes.

Die zweite Lesung des Vergesetz.

Die Verathung des Vergesetz, die heute im preussischen Abge-
 ordnetenhaus begann, verlief bis gegen Schluß der Sitzung höchst
 eintönig. Von einer Generaldebatte sahen die Volksvertreter ab,
 da ihnen eine schnelle Durchweissung des Etats wichtiger erscheint,
 als eine eingehende Behandlung von Arbeiterfragen. Selbst
 die immer und immer sich wiederholenden Unfälle im Bergbau scheinen
 auf dieses Haus völlig eindrucklos geblieben zu sein.

Erst gegen Ende wurden die Verhandlungen durch ein Schar-
 mügel, das sich zwischen dem Ultramontanen Fuchs und dem
 Nationalliberalen Dr. Sattler entspann, etwas belebter. Abg.
 Fuchs erinnerte daran, daß die preussische Vergesetzgebung nicht
 auf derselben Höhe stände, wie die Arbeiterschutzgesetzgebung im Reich
 und forderte dringend Reformen zu Gunsten der Arbeiter, die sich
 sonst der Sozialdemokratie zuwenden würden. Sodann polemisierte
 Redner gegen Ausführungen des Abg. Dr. Schulz-Wodum, der vor
 einigen Wochen im Hause gegen die christlichen Bergarbeiter-Vereine
 den Vorwurf erhoben hatte, daß sie den Streit am Pies-
 berg eingenizt und dadurch Unfrieden zwischen Arbeitern und Ar-
 beitgebern herbeigeführt hätten. Demgegenüber wies Abg. Fuchs
 darauf hin, daß der Streit nur eine Frucht religiöser Intoleranz
 gewesen sei; man werde wohl noch einmal die Zeit zurückerufen, wo
 es Arbeiter gab, die aus religiösen Motiven in einen Streit ein-
 traten. Der Abg. Schulz rühme sich seiner Arbeiterfreundlichkeit,
 und dabei erkenne er nicht einmal das freie Koalitionsrecht der Ar-
 beiter an. Den organisirten Augeninhältern gegenüber müßten sich
 auch die Bergarbeiter organisiren; sonst würden sie eine Verbesserung
 ihrer Arbeitsbedingungen überhaupt nicht erlangen. Wer die
 Arbeiter hindere, sich zu organisiren, der stärke die
 Sozialdemokratie, denn der organisierte Arbeiter sei, wie
 das Beispiel Englands beweise, der Hauptgegner der
 Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften seien das beste Mittel
 gegen den Unsturz. Das wisse der Abg. Bebel sehr wohl und des-
 halb bekämpfe er auch auf jedem Parteitag so energisch die Ge-
 werkschaftsbewegung, denn der Arbeiter, der in der Gewerkschaft
 seine Interessen vertreten sieht, gehe nicht zur Sozialdemokratie über.
 Nachdem Redner sodann größere Rücksichtnahme auf Leben und Ge-
 sundheit der Arbeiter, eine kürzere Arbeitszeit und die Mitwirkung
 von Arbeitern bei der Kontrolle der Revierbeamten gefordert hatte,
 stellte er eine sonderbare, wohl nur ihm verständliche, neue Lohn-
 theorie auf, wonach sich die Warenpreise nach der Höhe der Löhne
 zu richten haben, nicht aber umgekehrt. Genau wie die Agrarier
 bestrebt seien, höhere Preise für ihre Produkte zu erzielen, sollten
 auch die Zeichenbestyer die Kohlenpreise erhöhen, um höhere Löhne
 zahlen zu können.

Man wird nicht zu behaupten wagen, daß diese Rede auch nur
 entfernt sozialdemokratisch angehaucht war; im Gegentheil, sie war
 diktiert von dem Streben, die Arbeiter von der Sozialdemokratie ab-
 zuwenden und für die christlichen Vereine zu gewinnen. Nichts-
 desto weniger sah sich der nationalliberale Abgeordnete Dr. Sattler,
 der sich für berechtigt und für fähig hält, an den Reden aller Mit-
 glieder des Hauses, nur nicht an seinen eigenen Reden, Zenjur zu
 üben, veranlaßt, gegen den „Nachmittagsprediger“ Fuchs zu Felde
 zu ziehen, weil er fürchtet, daß dessen Worte Unfrieden zwischen
 Arbeitern und Arbeitgebern hervorzurufen könnten. Schade, daß Herr
 v. Stumm nicht Landtagsabgeordneter ist und die Worte seines
 gelehrigen Schülers mit anhören konnte! Er hätte beschämt ein-
 gestehen müssen, daß er auch nicht arbeiterfeindlicher hätte reden
 können.

Die Löhne der Bergarbeiter sind, wenn die Ausführungen des
 Abg. Dr. Sattler wahr wären, keine niedrigen, die Arbeitszeit ist
 eine überaus kurze, ja es ist alles so sehr in bester Ordnung, daß die
 Arbeiter nicht einmal des Koalitionsrechts bedürfen. Im Gegensatz
 zu dem Vorredner, der es für nothwendig erklärte, organisierte
 Arbeiter den organisirten Arbeitgebern gegenüber zu stellen,
 vertrat Dr. Sattler die Ansicht, man solle nicht zwei Klassen der
 Bevölkerung, die auf gemeinsame Thätigkeit angewiesen seien, aus-
 einanderreizen und sie gegen einander organisiren. Besser sei es,
 sie gemeinsam zu organisiren. Er könne die Nothwendigkeit, die Arbeiter

*) Diese Mittheilung des Herrn v. Stumm ist um so inter-
 essanter, weil Bebel erst durch Ladung einiger Vorstandsmitglieder
 des „Vereins Berliner Presse“ vor Gericht bewiesen wurde, daß Fink
 gezwungen worden war, aus dem Verein auszutreten, was er bis
 zur Gerichtsverhandlung hartnäckig geleugnet hatte.

gegenüber den Arbeitgebern zu organisieren, nicht anerkennen, man müsse vielmehr dahin streben, beide Klassen einander zu nähern. Auch der Streik am Biesberge sei nur ein Beweis dafür, wie durch Einmischung Unberufener und Unbefugter ein Geist in die bis dahin friedliche Bevölkerung hineingetragen werde, der zu ihrem Schaden ausschlage.

Wir haben den aus dem staubigsten Winkel seines Archivs entlehnten Worten des nationalliberalen Redners nichts hinzuzufügen. Wenn die Nationalliberalen begehren, zu Stimmungen zu avancieren, wir haben nichts dagegen. Diese Garbe wird für uns!

Die Debatte, die am Montag fortgesetzt wird, wird möglicherweise gelegentlich des an anderer Stelle mitgetheilten Antrages Hirsch betr. Beaufsichtigung der Steinkohlen-Bergwerke durch Arbeitervertreter das Bild zeigen, wie die Industriejunker dem älteren Abel von der Scholle den Rang ablaufen. Die Leute-Roth-Zage in zweiter Auflage!

Das Räthsel des Jarenmanifestes.

Die Kopenhagener „Politiken“ bringt einen sehr sensationellen Artikel über den Jaren. Es wird das Gerücht verzeichnet, daß der russische Kaiser seit Monaten nicht an der Regierung theilgenommen hat, dagegen thatsächlich der Großfürst Michael an der Spitze der Regierung steht. Dieses hochwichtige Ereigniß soll schon nach der Publikation der ersten Abrüstungsnotiz eingetreten sein. Als Grund werden zwei Versionen angegeben: erstens Gesundheitszwecke des Kaisers, zweitens aktive Schritte, die von gewissen Kreisen aus der Umgebung des Kaisers unternommen wurden.

Die Ursachen des Jarenmanifestes sind bisher im Dunkeln geblieben. Es lag am nächsten, anzunehmen, daß die russische Diplomatie einen schlaun Schachzug beabsichtigte, indem sie anderen Staaten, besonders England in seinen Abrüstungsplänen Schwierigkeiten zu bereiten gedachte. Eine völlige Aufklärung gab allerdings diese Auffassung nicht, denn die russische Regierung konnte sich kaum darüber täuschen, daß eine ernstliche Gefährdung neuer Militärvorlagen nicht erfolgen würde, wie die jüngste Zeit bestätigt hat.

Ob die obige Nachricht, die freilich aus Kopenhagen stammt, wo man über russische Dinge gut unterrichtet zu sein pflegt, richtiges enthält oder nicht, läßt sich nicht erweisen. Sie würde jener Muthmaßung entsprechen, der zufolge Nikolaus II. unter dem Einfluß falsch verstandener Tolstoj'scher Lehren und infolge der Lektüre des Bloch'schen Buches gegen den Krieg, wozu sich die Fürst von der durch eine neue „heilige Allianz“ zu bekämpfende Revolution gefaselt, als ein neuer östlicher Romantiker auf dem Thron das Manifest in die Welt geschickt habe. Ist diese Muthmaßung berechtigt, so erklärt es sich, daß die Umgebung des Jaren den phantastischen Ideen ergebenden Gebieter bei Seite zu schieben versucht. Früher arbeitete man am russischen Hofe in ähnlichen Fällen mit Dolch und Gift. Jetzt ist man zivilisierter.

Welche Ursachen und Gründe aber auch das Friedensmanifest erzeugt haben, die europäische Demokratie wird die Verurtheilung des Krieges durch den feierlichen Was des Selbstherrschers aller Reußen für ihre Friedenspropaganda ausnützen und gegenüber den reaktionären Friedensvorspielungen in unvermindertem Mißtrauen beharren. —

Deutsches Reich.

Das Portal.

Es wird immer entgeglicher. Das revolutionäre Märzgefallenen-Portal, um dessen Willen die Gempolizei den Friedhofsbau verweigerte, ist, woran man sich jetzt wieder erinnert, von einem Konservativen in der Zeichnung entworfen worden. Also auf die treuesten Staatsdiener ist kein Verlaß. Der konservative Vauerrath Hoffmann ist nur ein Pseudo-Konservativer. Er hält sich selbst für einen Konservativen und ist doch in Wahrheit ein gefährlicher Vertheiliger der Revolution.

Ja, der konservative Vauerrath ist revolutionärer als der revolutionäre Magistrat. Sein erster Entwurf verherrlichte die Märzämpfe in so hohem Maße, daß Oberbürgermeister Jelle daran Anstoß nahm und, nachdem eine „hochgestellte einflussreiche“ Persönlichkeit über diesen Entwurf geäußert hatte: troppo pomposo

Der zukünftige Krieg.

IV. (Schluß.)

Internationales Schiedsgericht und Abrüstung.

Haben wir uns bisher zu den Ausführungen des Herrn Bloch weitgehend referierend verhalten, so müssen wir nunmehr Einiges unter die kritische Lupe nehmen. — Nicht, daß uns etwa das Kapitel über den Sozialismus besonders aufregte. Es kommen darin allerdings kuriosen Stellen vor, wie z. B. „Die Oekonomisten widerprechen der Grundidee von Marx, nämlich dem Satz, daß die Arbeit die Grundlage und der Maßstab des Reiches ist. . . . Kurz man antwortet Marx, daß seine Vertheilung nur dann richtig wäre, wenn Hind und Proffit bereits abgeschafft wären.“ (Band V S. 120.) Oder: „Bismarck unterstützte Vassalle indirekt bei seiner Propaganda“ u. s. w. Dann kommt das übliche Gerede vom Zukunftsstaate. Das alles ist nicht sehr amüsant zu lesen, aber wenn man an den Spar-Agnes-Anflug und die Summ'schen Vertheidigungen im deutschen Reichstage denkt, oder an den blühenden Wobstsin, den deutsche Professoren bereits über den Sozialismus zusammengeschrieben haben, dann hält man einem polnischen Pantler und russischen Staatsrath schon manches zu gute; also Schwamm drüber.

In Erörterungen über den Sozialismus läßt sich Herr Bloch deshalb ein, weil er einerseits in den Sozialisten die wirksamsten Bekämpfer des Militarismus sieht, andererseits den Militarismus als eine der Hauptursachen der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der bestehenden Ordnung betrachtet, welche Unzufriedenheit die Sozialdemokraten so gut für ihre „perverse Bestrebungen“ ausbeuten. Nun ist allerdings sonderbar, wie das beides so nebeneinander herläuft. Die Sozialdemokraten bekämpfen den Militarismus und leben davon; sie sagen nicht einmal, daß der Militarismus erst gänzlich abgeschafft werden kann, wenn die heutige Gesellschaft zerstört ist, sondern sie erklären als eine ihrer Aufgaben, den Militarismus bereits in der bestehenden Gesellschaft aus dem Wege zu räumen. Was für gute Kerle mögen wir Sozialdemokraten doch sein, die wir — wie Herr Bloch weiß — den Kampf gegen den Militarismus führen, während wir dem Vorkommen desselben nicht nur unsere Fortschritte, sondern selbst unser Dasein verdanken!

Herr Bloch behauptet nun — und darin stimmen wir ihm abermals zu, aber außer uns wird er nur wenige Zustimmung finden —, das bisher nicht Ernsthaftes gethan worden ist, um das Elend der Arbeiterklasse zu lindern, denn die kümmerliche Arbeiterkassens-Gesetzgebung und das bismarck'sche Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz nicht mit. Herr Bloch meint, mit dertartigen Mitteln der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken, kommt darauf hinaus, einen reichenden Strom mit ein paar Brettern anzuhalten zu wollen, die man hier und da ins Wasser taucht. — Zu einer wirklichen Sozialreform, meint er, müsse es aber kommen, wenn nicht die bestehende Ordnung von den bösen Sozialisten gestürzt werden soll, aber zu einer solchen Reform braucht man große Mittel, während heute der Militarismus dem Staate seine Mittel für kulturelle Zwecke übrig lasse. Daher der Schluß: Fort mit dem Militarismus, damit die soziale Reform angebahnt werde.

(allzu prunkvoll), bescheidenere Dekorationen wünschte. Der zweite Entwurf war jedoch noch immer troppo pomposo; es erregte ein mächtiger Monolith, der das Thor überdeckte, Anstoß. Schließlich kam das jetzige winzige Projekt zu stande, das hinter den Thorbogen anderer Friedhöfe zurückgeht und den furchtbar revolutionären Geist des Berliner Magistrats der Vauerpolei und dem Minister v. d. Neke offenbar werden ließ.

Und noch immer weiter reißt das revolutionäre Unwesen die bravsten Staatsbürger in seinen Vau. In dem Verwaltungs-Streitverfahren wegen der verweigerten Bauerlaubnis will der Rechtsanwält Dr. Krause, des preussischen Abgeordneten-Hauses zweiter Vizepräsident und nationalliberaler Parteimann, die Sache des revolutionären Magistrats führen. Mißgünstiger wird er an der bis an die obersten Stufen des Thrones wogenden Volkscompromiß des Berliner Magistratsfreistums. Bis in das Präsidium des preussischen Junkerthums ist die entfesselte Furie des Aufstandes und der revolutionären Demonstrationen beihilfe gebenden. O tempora o mores — o welcher Wandel der Zeiten und der Sitten! —

Die cruste Regierung.

Die Zuchttausvorlage, die im Sommer der Vollendung sich nahte, wird in der Regierung mit beispiellosem Ernst langsam aber sicher weiter vollendet. In den Schweinburg'schen „Berliner Politischen Nachrichten“, die manchmal die Wünsche Miquel's, in der Regel aber die Anregungen der Großindustriellen dem Druck aussetzen, läuft gar und schamhaft folgendes schon winkende, zur Todtenmesse der Koalitionsfreiheit einladende Gesellungs:

„An dem Entwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses wird eifrig gearbeitet. Wenn seine Herstellung längere Zeit in Anspruch nimmt, so wird daraus nur auf den großen Ernst geschlossen werden können, mit welchem die Regierung diese Angelegenheit noch mehr als andere zu behandeln gedenkt. Daß der Entwurf dem Reichstage in nicht allzu langer Zeit zugestellt werden soll, darf ebenfalls als gewiß betrachtet werden. Da der Reichstag, wie gesagt, überreichliche Arbeit an den ihm bereits übergebenen Entwürfen hat, so werden seine geschäftlichen Dispositionen hieron nur Vortheil haben können. Das Ende der diesmaligen Tagung wird dazu bestimmt sein, das gegebenermaßen Fazit aus den nunmehr schon so oft über den sozialdemokratischen Terrorismus gepflogenen Erörterungen zu ziehen.“

Noch erster als sonst — wir sehen die eifrigen Arbeiter in der Regierung in ihrem gezeigerten Ernst leibhaftig vor uns. Von der Wand der Arbeitsstätte schaut erhaben das Glührohr-Porträt Stumm's, mahndend und anfeuernd. Aber wenn sie einen Allenbogen angefüllt haben mit schaurigen Entschlüssen über den Arbeiter-Terrorismus, verwirrt ein unheimlicher Schrei die ersten Gemüther und vernichtet die mühsame Arbeit. Die schwarze Linde erlischt und mit fernigen Buchstaben schreibt eine Geisteswand unermüdlich Geschichten vom Arbeiter-Terrorismus. So geht es Woche für Woche. Und Graf Potadowsky — täglich wird er bleich und bleicher. Wie soll man unter solchen Umständen das Verprechen — einlösen!

Neulich aber hat Poddolski, der Einzige, der den Humor nicht verloren hat, den bleichen ersten Kollegen mit einem pfiffigen Rath erlöset. „Nieder! Träumt Euch nicht. Mit dem haarigen Schwanz werden wir noch lange fertig. Auf Dünereinstelle. Immer langsam voran, wie der seltsame Joethe gesagt hat. Zeit gewonnen, alles gewonnen. War's nicht was Schönes, wenn wir das Ding jetzt an acht Tage, bevor wir die Reichstagsarbeiten zumachen, den Vollsproleten verkehren. Dann wird das abgetriebene Geschöpf zwischen Ehre und Angel meuchlings zerquetscht und — die Hauptfrage — es ist doch dajeweyer.“

Potadowsky's Mienen erheiterten sich sichtlich und Schweinburg schrieb obiges Protokoll, in dem das Ende der diesmaligen Tagung als der Geburtsort der Zuchttausvorlage gefeiert wird. —

Die Reichstags-Verhandlungen über den Dresdener Zuchttaus haben die Scharinawerpreise zum Schweigen gebracht. Das schlechte Gewissen zeigt sich darin, wie einzelne Blätter über die Verhandlungen berichten. Die Magdeburgische Zeitung hat für die Rede des Genossen Heine folgende 113 — Buchstaben übrig.

Hg. Heine (Sog.): Die offiziöse Darstellung des Löbtauer Falles ist eine Verfälschung der öffentlichen Meinung. Die Richter sind nicht unparteiisch gewesen.

Neulich berichten die „Dresdener Nachrichten“, die im Uebrigen wieder bis zur Raserei nach einem Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie schreien. Man glaubt in einer Abtheilung für unruhige Kranke“ sich zu befinden, wenn man den Schwall liest.

Wie denkt sich nun Herr Bloch den Vorgang? Er meint, das Ziel müsse sein, ein internationales Schiedsgericht einzusetzen, welches die Streitfragen entscheidet, und dann sollen die Staaten zwar nicht ganz abrufen, aber ihre Heere reduzieren; auf den Stand etwa der 1870er Jahre. — Da Herr Bloch bei seinen Literaturkenntnissen jedenfalls von der Idee der Vollständig gehört haben muß, verliert es eigenthümlich, daß er darauf mit keinem Worte eingeht; es scheint ihm wohl ein zu gefährliches Mittel.

Nun ist die Idee des Schiedsgerichts durchaus nicht neu, Bloch meint aber erstens — und das ist richtig —, die Zustände, welche der Militarismus erzeugt habe, sind unheilbar geworden, und daher sei die Frage der Ablösung des „bewaffneten Friedens“ heute eine Lebensfrage der europäischen Völker, zweitens — und das ist Unföhm — die Regierungen hätten es heute mehr denn je in der Hand, diesen „wahnwitzigen System“ ein Ende zu bereiten, und sie seien der Idee durchaus nicht abgeneigt. — Um nun diese letzten Thesen zu beweisen, ergeht sich Bloch im VI. Bande seines Werkes in endlosen Kannegiehereien über die Frage „Gloz-Rothringen“, über die „orientalische Frage“, die „Frage des russischen Uebergewichtes“, die „Ostasiatische Frage“, die „Ostasiatische Frage“ u. s. w. Dabei zieht er — und das ist charakteristisch für den Ideologen — alles Mögliche in Betracht, ergeht sich in den spinnwebigen politischen Spekulationen. Er schreibt z. B. ein ganzes Kapitel über „Befürchtungen eines Kriegs-ausbruchs in Anbetracht des räthselhaften Charakters Wilhelm's II.“ (Band V, ein Kapitel, das wir aus leicht verständlichen Gründen übergehen), ignorirt aber hartnäckig die grundlegende Thatsache, die Thatsache nämlich, daß der Militarismus heute untrennbar mit den vitalen Interessen der herrschenden Klasse verknüpft ist. Aus diesem Grunde kann er natürlich auch nicht zu der Erkenntnis gelangen, daß zur Verwirklichung des schönen Traumes vom „ewigen Frieden“ erste und einzige Vorbedingung ist, die Demokratisirung des heutigen Staates, die politische Reform, damit wirklich der Wille der Volksmasse, in deren Interesse allein die Beseitigung des Militarismus liegt, maßgebend wird. — Dies ist um so auffällender, als Bloch selbst hervorhebt, die einzige Sicherheit dafür, daß nach Einsetzung eines Schiedsgerichtes kein Staat sich gegen ein Schiedsgericht auflehne, liege in der Macht der öffentlichen Meinung. Aber dieser Ideologe, dessen ganzes Werk ein Appell an die öffentliche Meinung ist, ist im Stande folgendes zu schreiben: „Es müßte der Presse verboten werden, Fragen, die vor das Forum des Schiedsgerichtes gebracht werden, auch nur zu verüben u. s. w.“ (Band VI S. 888.) So weit kann der russische Absolutismus die Vegriffe eines sonst beinenden Kopfes korrumpieren!

Wir können hier natürlich nicht auf einlassen, das Utopische des Rationnements über die Möglichkeit der Beseitigung des Militarismus, ohne jede weitere politische Reform, nachzuweisen und beängigen und damit, dieses Rationnement an einem einzelnen Beispiel zu illustrieren. Bloch kommt auch auf die „Kolonialfrage“ und Amerigenen der europäischen Staaten in China zu sprechen. Wozu, fragt er, brauchen wir denn überhaupt Kolonien? Wozu brauchen wir Eroberungen in Ostasien? Die Vortheile, welche man sich für den Handel verspricht, sind nur „mikroskopisch klein“, entsprechen durchaus nicht dem Aufwande, welchen die Mächte machen müssen, um solche überseeischen Gebiete zu halten. Es ist

Dagegen findet selbst der offiziös bediente „Samb. Correspondent“, daß die Publikation des „Dresdener Journals“ manches zu wünschen übrig gelassen habe. Vor allem hätte man auf die Verwertung der Anlagenschrift hinweisen müssen. —

Eine Erinnerung. Die Drohung des „Dresdener Journals“, die Kritiker des Urtheils wider die Löbtauer Vauerrichter vor den Kadi zu laden, ruft eine alte Erinnerung wach an einen ähnlichen Vorgang vor siebenundzwanzig Jahren, dessen Schauplatz Leipzig war. Als im März 1872 Liebnicht und Bebel nach sechzehntägiger Verhandlung vor dem Leipziger Schwurgericht wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrath zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt wurden, war die Erregung in den Parteikreisen ähnlich wie jetzt, denn man war damals noch nicht an so harte Urtheile gewöhnt. In der Presse und Versammlungen brach ein Sturm der Entrüstung los, den die sächsischen Behörden damit beantworteten, daß sie die Redakteure und Redner vor die Gerichte schleppten und Strafen aussprechen ließen, die in ihrer Gesamtheit über das Strafmaß hinausgingen, das Liebnicht und Bebel zu überstehen hatten. Der gerichtlichen Verfolgung schloß sich die der Verwaltungsbehörden an, die sozialdemokratische Vereine und Gewerkschaften aufhoben und Versammlungen verboten. Und was war das Endresultat dieser Verfolgung? Ein gewaltiges Wachsthum der sozialdemokratischen Stimmen bei den nächsten Reichstagswahlen. So wird's auch diesmal wieder kommen. Man leut nicht in den Kreisen des „Dresdener Journals“; denn wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. —

Die Dreiß-Bildersprache des Grafen Pöller hat die „Staatsbürgerin“, deren Partei allezeit eine heiße Leidenschaft für gefürchte, aber reiche Leute gehabt hat, zu interpretieren für nöthig gehalten: „Vom Todtschlagen der Juden ist gar keine Rede, sondern vom Verschmelzen des Judenthums.“

Graf Pöller wird sich mit Recht dagegen wehren, daß sein von der Vollst des Dreißens durchglühter Humors so philisterrhaft entzündet wird. Immerhin können wir nur den Ton, der in den Kreisen, welche die sozialdemokratischen „Gegartikel“ verantwortlich für die Löbtauer Urtheilssprüche zu machen wagen, für nicht aufreizend, ja für die gezielte Normalsprache gehalten wird. —

In den Capri-Briefen finden die „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen „Wiederklang der erblosen und erbärmlichen Reichs-Glocken-Verleumdungen“. — Das höchst staatsverhaltende Blatt erschütterte, wie man sieht, recht energisch die Autorität. Der zweite Reichstagsler ein Plagiator erbloser und erbärmlicher Verleumdungen — das ist die vornehmste Form, in der man in den Kreisen der großindustriellen Bismarckmänner von einem stilligen Charakter redet! Der Hof adeln den Stil. —

Die Einrichtung von Arbeitskammern hatte, wie mitgetheilt, das Centrum bei Zusammentritt des Reichstages in folgendem Antrag befürwortet:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern vorzulegen, um so den Arbeitern den freien und freibleiblichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren in Verbindung zu erhalten“ (kaiserliche Februar-Erlasse vom 4. Februar 1890).

Die nationalliberalen Abgeordneten v. Gehl, Boffermann, Dr. Gasse, Dr. Sieber, Münch-Herber, Graf v. Oriola und Prinz zu Schönau-Carolath haben jetzt dazu folgenden Zusatzantrag eingebracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden (kaiserliche Februar-Erlasse):

1. zu diesem Zwecke den Antrag Lieber-Hyge dahin zu erweitern, daß die in dem Gesetze betreffend die Gewerbegerichte vom 20. Juli 1890 enthaltenen Bestimmungen in der Weise gesetzlich angebahnt werden, daß die Landes-Zentralbehörden verpflichtet sind, überall da, wo Gewerbegerichte bestehen oder solche noch errichtet werden, die Bestimmungen des § 6 dieses Gesetzes für die Fabrikbetriebe und die in denselben beschäftigten Arbeiter zur Anwendung zu bringen. Den auf diese Weise getrennten Sektionen, welche die Interessen von Fabrikanten und die Fabrikarbeiter umfassen, liegt ob: a) zur Unterthütigung der Arbeiter in Fällen der Arbeitslosigkeit thunlichst Kassen einzurichten; b) Gutachten zur Förderung

dar, daß mit der Deckung der Lage des Volkes in Europa, die einheimische Nachfrage nach Industrietwaren sich tiefenhaft entwickeln kann und dann ist es nicht mehr nöthig ferne, überseeische Märkte aufzusuchen. Das aber ist möglich, wenn die Küftungslast vermindert wird.“ (Band VI.) Man sieht — dieselbe Argumentation, welche die Sozialdemokratie anwendet. Nur besteht ein kleiner Unterschied: Wir Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß wir durch solche Argumente die Bourgeoisie nicht von der abenteuerlichen Kolonialpolitik abhalten, weil diese Bourgeoisie ihrerseits weiß, jene „mikroskopisch kleinen Vortheile“, welche wir an den Küften Afrika's und Australiens einheimen, kommen uns sehr wohl zu statten, die Küsten aber tragen nicht wir, sondern das Volk; wir Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß es heißt, Werken vor die Säue zu werfen, wenn man der herrschenden Klasse mit Argumenten kommt, wo sie in profitvölliger Hast auf Beutezüge ausgeht, selbst wenn sie dabei ihre eigene Existenz untergräbt. Weil wir es wissen, richten wir uns danach und betrachten Fragen, wie die Frage der Abrüstung, als das was sie sind — als Nachfragen.

Das hindert aber einen Bloch nicht, von „sozialistischen Utopien“ zu sprechen und gleichzeitig den Prediger in der Wüste im Rausen einer Utopie zu spielen. Das Werk über den „Krieg der Zukunft“, mit dem angedröhert er seinen Zug zur Errettung der künftigen Bourgeoisie beginnt, unterscheidet sich von dem leichten Küftung der guten Madame Verthe Suttner dadurch, daß es in der That den eingestricheltesten nationalliberalen Militärchwärmer, sogar den vom Plotten- und Militärkoller befallenen, geheimnißhäfternen Herrn Lieber überzeugen könnte, durch sein vortheilhaftes Thatsachenmaterial. Aber Erfolg wird Bloch ebenso wenig haben, als jene gute Frau und ihr Wohnung, selbst wenn wir den Für Nikolaus, den angeblich das Buch des Herrn Bloch beeinflusst hat, unter die Friedensfreunde zählen wollen.

Schließlich noch ein Wortchen: Staatsrath Bloch versichert, wenn ein Schiedsgericht eingesetzt wird, dann kann kein Staat sich dem Schiedsgericht entziehen, weil er nicht nur die übrigen Staaten ins-gesamt gegen sich haben würde, sondern noch dazu die öffentliche Meinung des eigenen Volkes. Sehr richtig. Aber damit die öffentliche Meinung Macht hat, muß sie sich äußern können; wenn es also dem Herrn Staatsrath ernst ist, dann hat er doch wohl seinem Gönner ins Ohr gerannt: „Geben Sie Gedankenfreiheit Sire!“ und da mit Gedanken selbst noch wenig gehen ist, sondern auch noch die Mittel nöthig sind, der öffentlichen Meinung, die Verthätigung ihrer Macht zu garantieren, so hat wohl der Herr Staatsrath auch gesagt: Geben Sie eine Verfassung, Sire! Wir sind gar neugierig zu wissen, was Väterchen da geantwortet. — Und noch eins möchten wir gern wissen: Herr Bloch ist Pole, oder doch wenigstens in Polen geboren, ob er da wohl ernstlich glauben kann, Rußland sei eine durchaus „friedfertige Macht“, strebe weder nach dem Besitz von Konstantinopel noch nach sonstwelchen Eroberungen? Das behauptet der Herr nämlich allen Ernstes und diese russische Unverträglichkeit bei einem Polen macht das Buch in gewissen Partien geradezu widerlich, es sinkt nach Juchten und Tred, es hafet über der Geruch russischer Geheimkanzleien und widerlichen Neugotenthums an.

der gewerblichen Interessen an Staats- und Gemeindebehörden abzugeben und Jahresberichte zu erstatten: c) Wünsche und Anträge, welche die gesundheitslichen Verhältnisse der Arbeiter und die Fürsorge für Arbeiterwohnungen betreffen, zu beraten und den Behörden vorzulegen;

2. die Funktionen dieser Sektionen als Einigungsamt im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern dahin zu erweitern, daß ein gegenseitig gesicherter Verhandlungszwang eingeführt wird."

Die die „Nat.-Ab. Korr.“ dazu bemerkt, geht der Antrag davon aus, daß einseitige Arbeiterorganisationen unter dem Einfluß der gemeinsten der Sozialdemokratie beherrschten Berufsvereine einen um so engeren Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände zur Folge gehabt haben und daß sich infolge dessen die Gegensätze nur verschärft haben. Die vorgeschlagene Sektionsbildung soll ausschließlich Vertretungen der Fabrikbetriebe zu „gemeinsamen Zusammenkünften“ zulassen und alle „friedensfördernden Tendenzen“ und sich unbefugte einmischende Nichtinteressierte fernhalten.

Man wird ja erst die nähere Begründung der Antragsteller abwarten müssen, ehe man ein abschließendes Urtheil sich bilden kann, aber so viel ist schon jetzt ersichtlich, daß die Herren Nationalliberalen nicht von arbeiterfreundlichen Absichten dabei geleitet wurden. Wie wenig die „ausschließlichen Vertretungen der Fabrikbetriebe“, d. h. also die noch in den Betrieben beschäftigten, von den Unternehmern abhängigen Arbeitervertreter in den „Sektionen“ für ihre Klassenossen leisten können, braucht des näheren nicht erörtert zu werden; die Erfahrungen, die mit den sogenannten „Arbeiterausschüssen“ gemacht worden sind, lehren das zur Genüge.

Die Solidarität von Arbeitgebern und Arbeitern, welche nach der „Nationalliberalen Korr.“ die „Voraussetzung“ ist für eine „friedliche, soziale Weiterentwicklung“, ist eben nicht vorhanden.

Medizinal-Reform. Offiziell wird mitgeteilt, der in der Landtags-Ährenrede angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Reform der preussischen Medizinalverwaltung, welcher die anderweitige Regelung der Dienststellung der Kreisärzte und die Bildung von örtlichen Gesundheitskommissionen vorsieht, werde in Kürze dem Landtage zugehen.

Ueber die Produktionssteigerungen, die vom Reichsamt des Innern vorgenommen werden, wird mitgeteilt, daß außer in der Keramik für welche kein Fragebogen unbeantwortet geblieben ist, jetzt auch in verschiedenen anderen Industriezweigen die Fragebogen nahezu sämtlich ausgefüllt eingegangen sind: in der Spinnerei und Weberei fehlen von 4600 ausgehenden Fragebogen nur noch etwa 10, in der Glasindustrie von 756 noch 12, in der Lederindustrie von 1940 noch 26. Gegenwärtig ist das Reichsamt des Innern mit der Verarbeitung des in den Antworten niedergelegten Materials beschäftigt.

Die Disziplinierung des Professor-Beamten Delbrück ist heute noch nicht wie gewünscht, in Szene gesetzt worden. Der neue Termin ist noch nicht anberaumt worden.

Tiefer hängen! Auf der diesjährigen Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrathes kam auch die Landarbeiterfrage zur Sprache. Man beschloß in dieser Sache unter Anderem:

Der Deutsche Landwirtschaftsrath beschließt: in Erwägung, daß es im allgemeinen, nationalen Interesse liegt, das unregelmäßige übermäßige Einkommen der Arbeitnehmenden vom Lande in die Städte und Industriezentren planmäßig zu vertheilen, beim Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß a) eine Beschränkung der Freizügigkeit stattfindet in der Weise, daß junge Leute unter 18 Jahren nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Eltern oder Vormünder ihre Heimath verlassen dürfen, und auch da nur dann, wenn die Aufnahme in ein festes Arbeitsverhältnis nachgewiesen wird; b) auf den Erlass gesetzlicher Bestimmungen Bedacht genommen wird, wonach der Zugang in die Stadt nicht anders gestattet wird, als bei dem Nachweis einer Wohnung, die den sittlichen und hygienischen Anforderungen entspricht; c) im weiteren Ausbau der Arbeiterwohn-Gesetzgebung die Verwendung jugendlicher Arbeiter in der Industrie mehr als bisher eingeschränkt werde.

Unverschämte! Die wackeren Agrarier verlangen Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Industrie, weil die jungen Leute — in der Landwirtschaft ausgebeutet werden sollen. Und sie fordern unverfroren, daß auch erwachsene Arbeiter beim Abzug vom Lande städtische Wohnungen nachweisen müssen, die den sittlichen und hygienischen Forderungen entsprechen — während die meisten ländlichen Arbeiterwohnungen den sittlichen und hygienischen Forderungen ins Gesicht schlagen.

Warum die Agrarier an Leutenoth leiden, zu dieser Frage liefert eine Antwort die folgende Verhandlung vor dem Wittenberger Schöffengericht. Die „Neue Wittenberger Zeitung“ berichtet darüber:

Wegen Verlassen des Dienstes ohne gesetzliche Grund war der Arbeiterin Agnes Reimann aus Papatz, Kreis Kybnitz, vom Amtsvorsteher ein Strafmandat in Höhe von 15 Mark oder drei Tagen Haft zugestellt worden. Die Reimann hatte Berufung eingelegt und ist vom persönlichen Erscheinen entbunden worden. Bei der Vernehmung in ihrer Heimath hat sie zugegeben, daß sie den Dienst beim Oekonomierath Köhde-Wachsdorf, Landtagsabgeordneter für Paderborn II, am 28. April aus folgenden Gründen verlassen habe. Erstens haben die Arbeiterinnen auf dem Rittergute Wachsdorf grüne Kartoffeln als Nahrung erhalten, durch welche bei ihr ein heftiges Unwohlsein und Erbrechen erfolgt sei. Auf Beschwerde beim Aufseher haben die Arbeiterinnen erst einige Tage später genießbare Kartoffeln erhalten. Ferner seien ihnen nicht, wie es ihnen zugesichert worden, Holz und Kohlen geliefert worden. Eines Tages bei der Arbeit habe sie sich nur einmal umgedreht und hat sie der Aufseher sofort „Wissig“, faules Thier, h. kamst Du die ganze Nacht, aber arbeiten kamst Du nicht“, beschimpft. Als sie sich bei dem Herrn Oekonomierath über diese ihr zugesagte Verleumdung beschwerte, habe derselbe gesagt: Der Aufseher würde es nicht gesagt haben, wenn es nicht so wäre. Daraufhin hat sie den Dienst verlassen. Als Zeugen hat sie verschiedene Mitarbeiterinnen genannt, von welchen eine gewisse Hedwig Herzog, gleichfalls in Kybnitz, kommissarisch vernommen und die Aussage der Angeklagten durchaus bestätigt wurde. Das Gericht war dann so vernünftig, die Arbeiterin freizusprechen. Aber die Herren Agrarier sollten sich über die Landflucht der Arbeiter nicht wundern, wenn sie sich ihrer Angestellten ebenso warm annehmen, wie es jener Oekonomierath gethan hat.

Gottesdienst und Staatsdienst. Dem Hesen-rassauischen Volksboten geht über die Befragung der Pfarrstelle im Pankfurtener folgender Mittheilung zu: „Die Befragung der durch das Ausschreiben des Pfarrers Dr. Nade erledigten Pfarre an St. Paul hat einen Zwiespalt zwischen der Kirchenbehörde und dem lutherischen Gemeindevorstand verursacht. Der Gemeindevorstand hatte Pfarrer Bellmann-Knebelstein, der viel im Frankfurter evangelischen Arbeiterverein gewirkt hat, für die Wahl ebenfalls präsentiert, obwohl ursprünglich nur die Frankfurter Bewerber von der letzten Wahl berücksichtigt werden sollten. Das Konsistorium hat aber die Zulassung des Pfarrers Bellmann abgelehnt, u. a. außer anderen dienstlichen Gründen in Hinweis darauf, daß er als Kandidat im Frankfurter evangelischen Arbeiterverein einen Vortritt über Pankfurt erhalten hat, über den Kultusminister bei dem Konsistorium Erklärungen eingezogen hat. Wie verlannt, besteht beim Gemeindevorstand die Absicht, die Stelle neu auszuschreiben.“ — Das Vorkommniß zeigt wieder einmal recht drastisch, wie es in unserer Volkzeitung um die Freiheit des Denkens und Handel bestellt ist. Ein Geistlicher, der von den Wünschen der staatlichen Machthaber im mindesten nur abweicht, darf auch nicht Gottesdienst halten.

Internationale Solidarität. Aus Kopenhagen, den 23. Februar 1899 erhalten wir folgende Zuschrift:

Ramens der dänischen Sozialdemokratie sende ich hierdurch unserer Bruderpartei in Deutschland einen herzlichen Dank für die energische und furchtlose Weise, auf welche sie gegen die Unterdrückungsmaßregeln der preussischen Regierung gegenüber der nord-schleswigschen Bevölkerung protestirt hat. Unser Dank den deutschen Parteigenossen gegenüber ist um so tiefer gefühlt, als es sich zeigt, daß es ihnen gelungen ist, die Erbitterung des deutschen Volkes gegen die preussischen Unterdrückungen wachzuerufen und dadurch festzustellen, daß das deutsche Volk weder wänst noch billigt, daß derartige rückwärtslose Maßregeln gegen solche Mitbürger gerichtet werden, welche einer andern als der deutschen Nationalität angehören.

Die Sozialdemokratie hat wiederum bei dieser Gelegenheit bewiesen, daß sie als eine Beschützerin der Gerechtigkeit auftritt und jede Art von Unterdrückung, ob national oder ökonomisch, energisch bekämpft. Nur dadurch, daß man das Recht einer jeden Nation, ihre Eigenthümlichkeiten frei zu entwickeln, behauptet, kann das internationale Brüderlichkeitsgefühl zwischen den verschiedenen Nationen erhöht und entwickelt werden, während rückwärtslose Machtanwendung auf diesem wie auf anderen Gebieten nur den Haß und die Feindschaft befördert. Wir hoffen, daß unsere nord-schleswigschen Mitbürger in einem vermehrten Maße eintreten werden, daß nur der endliche Sieg der Sozialdemokratie über die politische und ökonomische Reaktion vollkommen gerechte Zustände auch für sie zu schaffen vermag, und daß sie deshalb sowohl in ihrem eigenen als in dem Interesse der wahren Volkfreiheit das ihrige dazu beitragen müssen, unsere Partei, die internationale Sozialdemokratie zu kräftigen.

Mit brüderlichem Gruß

P. Knudsen.

Neue Ausweisungen österreicher Staatsangehöriger werden aus Harburg gemeldet. Dort ist der Schlosser Meyer, ein Oesterreicher, der seit dreizehn Jahren in Deutschland gearbeitet hat, ausgewiesen worden. Der Mann ist verheiratet mit einer Deutschen und hat zwei Kinder, ein drittes Kind ist Anfang April zu erwarten. Vorstrafen hat der Mann nicht und wie ihm von der Polizei befähigt wurde, liegt gegen ihn persönlich nichts vor. Die der Beamte, der die Ausweisung ankündigte, ihm mittheilte, geschieht die Ausweisung auf Verfügung vom Ministerium des Innern und sollen noch etwa 50 andere Personen gleichfalls ebenso behandelt werden. Sechs weitere Ausweisungen sind dem „Harburger Volksblatt“, dem wir Obiges entnehmen, bereits bekannt geworden. Alle Betroffenen sind österreiche Staatsangehörige aus Galizien. Dem obengenannten M. ist ein Aufschub bis zum 1. Juli bewilligt worden.

Chronik der Gewaltthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Zuchthaus - Kurs.)

Wegen Nötigung und Körperverletzung erschien der Nagelschmiedemeister Paul Müller aus Graubenz auf der Anklagebank. Im Jahre 1897 betrat der Agent Olschewski mit zwei anderen Männern die Schmiede des Angeklagten. Während die beiden Anderen bald darauf die Schmiede verließen, blieb Olschewski noch darin. Er erhielt nach seiner Bekundung, als er hinter den Blasebalg treten wollte, von dem Angeklagten Schläge mit einem Eisen auf den Rücken, dabei soll M. gerufen haben: „Du Hund, ich schlage dich gleich todt, wenn Du mir nicht sagst, ob Du gegen mich eine Anzeige geschrieben hast“. Olschewski erwiderte, er habe dies nicht gethan. Nichts destoweniger zog der Angeklagte ein glühendes Stück Eisen aus dem Feuer und schrie dem Olschewski zu: „Du Hund, Du Lump, lüte hier nieder und schreie mir hoch und heuer, daß Du die Anzeige gegen mich nicht geschrieben hast“. Da Olschewski weitere Thätlichkeiten fürchtete, hiet er nieder und versicherte, die Wahrheit gesagt zu haben. Der Angeklagte räumt zwar ein, den Olschewski mit einem Eisenstück geschlagen zu haben, er will aber von O. angegriffen sein und sich in der Abwehr befinden haben. Olschewski habe sich auch manfänglich in der Schmiede betrogen, so daß er ihn hinausgewiesen habe. Durch die heutige Verhandlung wurde dieser Sachverhalt als erwiesen angesehen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof faßte aber mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte gereizt und erregt gewesen, die Sache milder auf und verurtheilte den Angeklagten wegen Körperverletzung, Verleumdung und Nötigung zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängniß.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Ein auffällig milder Urtheil fällt dieser Tage das Tilsiter Schöffengericht. Der Gutbesitzer David Willutat aus Labdenen hat, wie der Anecht Bohwitz durchaus glaubwürdig bezeugte, am 18. Oktober v. J. den Bohwitz in ganz grundloser Erregtheit im Pferdehals über den Futterkasten gedrückt, geohrfeigt und zu Boden geschlagen. Darauf hat Willutat ein offenes Messer hervorgezogen und ist damit dem Anecht auf den Leib gerückt. Bohwitz schrie um Hilfe, die Hilferufe wurden auch gehört, die anderen Leute kamen aber nicht herbei, da Willutat gleich zu Anfang der Wäre einen der Anechte aus dem Stall herausgeschickt hatte. Der Besizer kloppte darauf das Messer zu und hat dann damit auf den Anecht eingehauen, wodurch er ihm mehrere erhebliche, wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen beibrachte. Nun setzte sich der Anecht zur Wehr. Er packte den Besizer am Kragen und geriet sich mit demselben hin und her und schließlich aus dem Stall heraus. Hier rief Willutat nach einem Strick, um den Menschen, der es gewagt, gegen ihn, den Vrotherren die Hand zu erheben, zu binden. Der Anecht wehrte sich weiter und Herr und Anecht bearbeiteten sich gegenseitig mit den Fäusten. Als sie einen Augenblick von einander abließen, sprang Willutat in die Wohnung und holte einen Revolver heraus. Bohwitz ergriff, um weiteren Angriffen nicht schutzlos gegenüber zu stehen, nach einem eisernen Gartenschneider. Ohne den Anecht zu gefaßten, sich ein Kleidungsstück zu nehmen, trieb Willutat den Mann vom Hofe, mit dem Revolver in der vorgestreckten Hand. Der Anecht entfernte sich. Außerhalb des Thores feuerte der Besizer und traf den Anecht am Hinterkopf. Vor Gericht behauptete er, er habe mit dem Revolver nur einen Schlag nach dem Kopfe des Anechtes geführt, wobei der Schlag losgegangen sei. Vor Gericht meinte er, er sei, weil an Influenza erkrankt, in besonders gereizter Stimmung gewesen. Das Gericht erkannte auf dreißig Mark Geldstrafe eventuell drei Tage Gefängniß.

Sächsischer Justiz.

Sachsens Bundesrath-Besoldungsmächter hat bei den Beratungen des Reichstages über den Justizetat mit weiser Lehre an das Haus begonnen und mit strenger Klage des Reichstags-Präsidentens abgeschlossen. Herr Müller glaubte vielleicht, er befände sich im sächsischen Dreiklassenwahl-Landtag, wo ein Adermann präsident und ein Pöbner die erste Beige spielen darf. Herr Müller mußte sich belehren lassen, daß das Niveau des Reichstages denn doch ein anderes ist.

Für Herrn Müller und seine Regierung trat nur die äußerste Reaktion im Reichstage ein. Nur den Verfall eines König Stumm fand die sächsische Justiz, Niemand sonst im Reichstage vermochte sie zu vertheidigen. Die ganze Mitte des Hauses, Nationalliberale sogar und das Zentrum blieben kühl bis ans Herz hinan bei Herrn Müllers Verurtheilung, die sächsischen Zustände zu verherrlichen. Und als des sächsischen Bundesrathsboten vertheidigende Angriffe gegen die Sozialdemokratie den heftigsten Widerspruch dieser Partei hervorriefen, als Herr Müller Minuten lang nicht weiterreden konnte, da gab ebenfalls die große Mehrheit des Hauses zu erkennen, wie berechtigt die Sozialdemokratie war, sich gegen die Brovolationen derselben zu wehren. Vor allem auch das Dresdener Schwurgerichts-Urtheil fand keine Gnade vor dem Reichstage. Von

der Linken ganz zu schweigen, kein Nationalliberaler legte ein Wort dafür ein und der Zentrumsdreher zeigte deutlich seine Willkür.

Wie wollen damit den Reichstag nicht loben. Es ist kein Verdienst, den sächsischen Dingen abhold zu sein. Es beweist nur, wie weit es die sächsische Heiligkeit im Dunkelämmerthum gedroht hat.

Einer der Hauptsätze des sächsischen Herrn, mit dem er in „kalter Zurückweisung“ sozialdemokratische Angriffe abzuwehren versuchte, war der folgende:

„Wenn behauptet wird, daß die sächsischen Richter nach Gunst entschieden, daß sie nicht nach ihrer freien Rechtsüberzeugung urtheilen, so wirst man unsern Richtern ein schweres Verbrechen vor, und ich bitte wiederum diejenigen Herren, die einzelne Fälle nachweisen können, mir diese vorzubringen. Dann werde ich Rede und Antwort stehen; aber für solche allgemeinen Beschuldigungen — ich wiederhole es — habe ich nichts als kalte Zurückweisung.“

So viel Worte, so viel Entstellungen des Thatbestandes. Daß der Herr General-Staatsanwalt, neben seinen sonstigen hervorragenden Fähigkeiten, auch die Fähigkeit, das, um was es sich handelt, nicht zu hören oder nicht zu verstehen, in so hohem Grade besitzt, wie die obige Aeußerung beweist, bildet ein neues frischgrünes Blatt in seinem Ruhmeskranz.

Es ist nicht gesagt worden, daß die Richter nach „Gunst“ entschieden, daß sie ihrer „freien Rechtsüberzeugung“ zuwider urtheilen. Es ist gesagt worden, daß ihre Unkenntniß der Ideen und Ideale der besitzlosen Volksklasse ihnen die Möglichkeit entziehe, über die Angehörigen dieser Klasse objektiv zu urtheilen. Weiß denn der sächsische General-Staatsanwalt nicht, daß das sächsische Oberlandesgericht selbst wiederholt und ausdrücklich in seinen Urtheilen gesagt hat: die sozialdemokratische Partei ist mit einem anderen Maße zu messen, als die übrigen Parteien! Wenn das ein politischer Feind der Sozialdemokratie sagt, so mag das sein. Wenn das aber Richter sagen, so sagen sie gerade das von sich, was wir ihnen zum Vorwurf gemacht haben.

Der General-Staatsanwalt hat weiter keine wiederholte kalte Zurückweisung damit zu begründen versucht, daß er meinte, wir sollten statt allgemeiner Anschuldigungen einzelne Fälle vordringen. Aber knüpfte sich denn nicht die ganze Debatte an einen Einzelfall, in dem der Nachweis erbracht wurde, daß durch ein sächsisches Oberlandesgerichts-Urtheil das Reichsrecht durchbrochen worden ist? Und was hat der Herr auf diese nicht allgemeine Beschuldigung, auf diesen Einzelfall geantwortet? Kein Wort. In seiner ersten Rede ging er einer Antwort aus dem Wege, indem er sagte, er wolle nicht auf Einzelheiten eingehen, und in seiner zweiten Rede erklärte er, wir sollten ihm Einzelheiten vordringen! Wenn aber dem sächsischen Rechtschützer der eine bei der diesmaligen Justizratsberatung vorgebrachte Einzelfall nicht genügt, wir können ihm gern mit mehr aufwarten: Erklärung des Vorfalls — wenn er von Sozialdemokraten ausgeht — als groben Unfug; Bestrafung von Flugblattverbreitungen, wenn Sozialdemokraten in Frage kommen, wegen groben Unfugs; Verbot von Versammlungen — wenn sie zu sozialdemokratischen Zwecken dienen; Befassung von Personen, deren Kinder ein Fest mitmachen — wenn das Fest von Sozialdemokraten unternommen ist u. s. f., u. s. f.

Ist es nicht, als ob die sächsische Justiz ausdrücklich die Verächtlichkeit unserer Angriffe wider sie bestätigen wollte, wenn sie jetzt den Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ strafen will, weil er durch Veröffentlichung des Auftrufs der sozialdemokratischen Fraktion eine unerlaubte Geldsammlung vorgenommen habe, und wenn die Polizeibehörde von Dresden-Kreisstadt auf Grund oberlandesgerichtlichen Urtheils Arbeiter, die auf einem Bau für die Familien jener Verurtheilten Geld sammelten, mit 7 Tagen Haft bestraft?

Hätte es aber noch für irgend jemanden einen Zweifel über das Verfaßten der sächsischen Justiz gegeben, so würde er behoben worden sein gerade durch jene Aeußerung des General-Staatsanwalts selbst, die er in der Erregung, in der der Mensch seines Herzens tiefsten Grund zeigt, gesprochen hat:

Sie mögen sagen, was Sie wollen, Ihr Einfluß reicht jedenfalls nicht so weit, daß sich die Thore des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde früher für die Verurtheilten öffnen werden!

Kein politischer Gegner der sächsischen Justiz konnte dieser Justiz ein schlimmeres Wort widmen als ihr berufenster Hüter!

Ausland.

Déroulède's Abenteuer.

Paris, 24. Febr. (Fig. Ver.)

So soll Déroulède's Abenteuer ist, so lächerlich es genöthet, es hat doch die Lage blühend erhebt. Nunmehr kann sich kein parlamentarischer Feigling vor der Thatsache die Augen verschließen, daß der Ansturm auf die Republik der wahre Zweck der prätorianischen „Vaterlandstreiter“ ist. Der Draufgänger Déroulède hat der ganzen bisher verblendeten Volksmasse das Geheimniß der patriotischen Umtriebe verrathen. Sein Versuch, einen „nationalistischen“ General zu einem militärischen Pronunziamento zu bewegen, enthält dem ganzen Volke den innigen Zusammenhang zwischen der patriotischen Hay und den Plänen der Feinde der Republik. Es trifft sich ganz gut, daß Déroulède's Staatsrechts-Kandidat, General Roget, ehemaliger Kabinettschef des Kriegsministers Cavaignac, zu den hervorragenden Heyern gegen die Kriminalkammer des Kassationshofes gehört.

Daß sich Déroulède in seiner Rechnung geirrt hat, spricht einzig und allein für die kluge Vorsicht des Generals, dem der gesunde Menschenverstand sagen mußte, daß Déroulède nicht der Mann ist, die Staatsrechts-Krone zu vergeben. General Roget wird wohl sich erinnern haben, daß selbst General Boulanger auf dem Höhepunkt seiner Popularität sich weigerte, gegen das Elysée mit bewaffneter Hand zu ziehen. Wer nennt aber unter der großen Masse den Namen des Generals Roget? Ueberhaupt ist es das Glück der Republik, daß sich bisher kein populärer „brav général“ finden will.

Die nächste erfreuliche Folge des Déroulède'schen Abenteuers ist, daß es Herrn Dupuy fortan unmöglich wird, mit Déroulède und Komforten zu liebäugeln. Schon die Interpellationsdrohungen des Senats wegen der polizeilich geduldeten Kundgebungen gegen Loubet hatten den Ministerpräsidenten gezwungen, die Herikal-mouarchistischen Kadaver macher scharfer anzufassen. Die goldene Jugend und ihre bezahlten Lumpenbanden dürfen nicht mehr unbehelligt den neuen Präsidenten auf den Straßen schmähern. Und die veränderte Haltung der Polizei hat genügt, um die geplante Störung der Leidenfeier Faure's zu verhindern. Um einige Franken rückt der Zanahgel das Gefängniß nicht.

Die weitere Folge des Déroulède'schen Abenteuers müßte eigentlich der Sturz Dupuy's sein, dessen seltsame Geduld gegenüber den zivilen Prätorianern erst Déroulède ermutigt hat. Genosse Jaures schreibt in der „Petite République“: „Die Republikaner haben es satt, denjenigen überwachern zu müssen, der der Hüter der Republik sein soll. Ein seltsamer Wachtposten, dem gegenüber man mindestens ebenso auf der Hut sein muß, wie gegenüber dem Feinde.“ In diesen Worten liegt zutreffend das tiefe Mißtrauen der ehrlichen Republikaner aller Parteien gegen Dupuy ausgedrückt. Man muß jedoch abwarten, ob diese Stimmung in die That umgesetzt wird.

Auf der Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher der Fall Déroulède verhandelt wurde, haben wir unseren gestrigen Depeschen noch nachzutragen, daß nach der ausführlichen, zum Theil stürmischen Verhandlung der Angelegenheit die Kammer beschloß, die Genehmigung zur Straßverfolgung Déroulède's und Habert's zu ertheilen. Der Antrag Casteln, die beiden Deputirten provisorisch in Freiheit zu setzen, welchen Antrag der Antragsteller aufrecht erhielt und den die Regierung belämpfte, wurde mit 433 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Küherdem geben wir noch folgende Stelle aus einem Bericht der „Voss. Ztg.“ über die Angelegenheit wieder: Drouot's einziger Angst ist, daß man ihn auslacht, statt ihn tragisch zu nehmen. Schon im ersten Verhör antwortete er auf eine Frage des Untersuchungsrichters, ob er gefesse, einen Staatsstreich geplant zu haben? „Gefesse? Ich verkünde es! Ich rufe es aus!“ Damit begnügte er sich noch nicht, sondern schrieb Dupuy einen Brief, worin er sich rühmt, er habe die parlamentarische Republik stürzen wollen. Man streitet jetzt über den Gerichtshof, der für den Fall zuständig ist. Die Kammerlinie hält daran fest, daß er dem Senat zuzuweisen sei, die Nationalisten fordern das Schwurgericht, weil sie auf einstimmige Freisprechung mit Händellätzen rechnen. Die Regierung geht inzwischen gegen die Patriotenlinie vor, die sie seit Jahren geduldet hatte. Die für gestern Abend einberufene Verammlung wurde polizeilich verboten, die Liste der Bezüher des Liga-Amtsblatts „Drapeau“ beschlagnahmt. Unter den Briefen, die bei der Hausdurchsuchung in den Ligaräumen gefunden wurden, sollen auch Abschriften von solchen sein, die Drouot's an mehrere bekannte Generale gerichtet hat, um sie zur Mitwirkung an einem militärischen Staatsstreich aufzufordern. Die Regierung gedenkt dieser Sache keine Folge zu geben, da die Generale auf diese Zumuthungen nicht geantwortet hätten. „Petit Journal“ versichert sogar, General Rogot sei vor einigen Tagen zum Kriegsminister gekommen und habe ihm mitgeteilt, Drouot's sei mit der Aufforderung zu einem Staatsstreich an ihn herantretten, worauf die Freisprechung erwidert habe, die Thatsache sei der Regierung bereits bekannt und der freiwillige Schritt des Generals nur ein weiterer ehrenvoller Beweis seiner unbedingten Loyalität. Einem Ausdrager des „Petit bleu“ sagte General Rogot: „Man macht keine Umwälzung mit einer Infanterie-Brigade und einem kleinen General wie ich; dazu braucht man größere Führer. Ich glaube, der arme Drouot's ist ein bißchen verrückt. Er und die Seinen sind gute Leute, sie thun mir leid; aber Dienst ist Dienst, und ich hatte dem Meer Kühlung zu sichern.“

Oesterreich-Ungarn.

Das neue ungarische Kabinet. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, hat Koloman Szell am Sonnabend dem Kaiser Bericht über seine Verhandlungen mit der Opposition erstattet. Nachdem nunmehr der Abschluß des Kompromisses erfolgte, ist das Ministerium Wankst entlassen und Szell auch formell zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Szell wird noch heute seine Vorschläge wegen der Kabinettsbildung unterbreiten und die Ernennung der neuen Minister wird noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Die Ernennungen sollen am Montag in einer Sonderausgabe des Amtsblattes veröffentlicht werden. Am Montag früh wird das ganze Kabinet in Wien zur Vereidigung eintreffen. Am Dienstag Abend wird sich das Kabinet der liberalen Partei vorstellen und am Mittwoch dem Reichstage.

Schweiz.

Bern, 24. Februar. Das langjährige Mitglied des Bundesrats Selti, welcher sechsmal Bundespräsident gewesen ist, ist gestern Abend gestorben.

England.

An der Sudanpolitik Englands übten am Freitag in der Kommission des englischen Unterhauses zur Verathung der Heeresforderungen die Vertreter der Oppositionsparteien scharfe Kritik. Morley gestellte die „empörende“ Behandlung des Reichthums des Mahdi und betonte, die mit der Okkupation Ägyptens verknüpften Lasten, Verantwortlichkeiten und Gefahren seien schwer, und sie seien jetzt noch schwerer gemacht dadurch, daß man die Verantwortlichkeiten übernehme, die die Gründung eines großen Reiches in Zentralafrika mit sich bringe. Man sage, wenn England doch in Indien Erfolg gehabt hat, warum nicht auch in Afrika? Er bemerke demgegenüber, es befänden drei große Unterschiede zwischen Indien und dem neuen afrikanischen Reich. Das letztere habe nämlich nicht die starke natürliche Grenze wie Indien, ferner keine sechshafte Bevölkerung, und drittens werde das neue britische Gebiet an einem oder dem anderen Punkte an Gebiete grenzen, die vielleicht, oder auch nicht, Freunde Englands seien. Das Vorwärtigen im Sudan sei von Anfang an ein Fehler gewesen. Parlements-Untersekretär Woodruff suchte zu beschwichtigen durch den Hinweis, daß Ägypten völlig im Stande sei, für den Sudan selbst die Kosten zu tragen. Seit 1883, wo sich England verpflichtet habe, Ägypten zum Schutze seiner Grenzen beizustehen, seien England nahezu zehn Millionen Pfund Kosten erwachsen. Die Kosten, die der Sudan Ägypten mache, erreichten im nächsten Jahre kaum den Betrag der Zinsen für jene Summe. Der neue Führer der liberalen Partei Campbell Bannerman erklärte, er habe stets mit Argwohn und Bögen die gesammte Politik des Vordringens nach dem oberen Nil betrachtet. Es sei Zeit, sich über die genaue Stellung Englands Klarheit zu verschaffen. Er pflichte Labouchère darin bei, daß es unmöglich sei, sich aus Ägypten zurückzuziehen. Labouchère rief dagegen: „Für den Augenblick!“ Ja! fuhr Bannerman fort, England sei mit einem großen Werk beschäftigt, das es nicht unvollendet lassen könne. Er glaube, es sei notwendig und zweckmäßig, daß Ägyptens Einfluß im Nilthale überwiege. Es wäre unerwünscht, einer anderen europäischen Macht zu gestatten, in das Nilthal einzudringen und eine neue Störung der ohnehin schon genügend prekären Stellung zu verursachen. Er beanstandete aber die Politik der Regierung, weil die Besetzung des Sudans eine grenzenlose Verantwortlichkeit zu involviren schiene. Er hoffe ernstlich, daß die Regierung Alles thun werde, um die Unterhandlungen mit Frankreich behufs der Grenze zu fördern. Sobald diese Frage geregelt sei, bestche Aussicht auf verhältnismäßige Ruhe. Man stehe in Ägypten, man müsse daher auch die vorhandenen Verhältnisse anerkennen. Falls Morley's Antrag die Rückgängigmachung des Geschehenen bedeuten sollte, könne er ihn nicht unterstützen; er betrachte den Antrag aber als fortgesetzten Protest gegen die Politik, gegen die er sich schon früher ausgesprochen habe, und stimme daher für denselben. Hiernach wurde der Antrag Morley's, von der Heeresforderung 100 Pfund Sterling zu streichen, um dadurch Kritik an der Sudan-Politik der Regierung zu üben, mit 167 gegen 158 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Das Ende der Selbstverwaltung in Finnland. Ein in der russischen Presse veröffentlichtes Manifest des Zaren dürfte wohl geeignet sein, die — offiziellen Unabhängigkeit des durch Personalunion mit Rußland verbundenen Finnlands den letzten Stoß zu versetzen. Der Zar erwähnt in seinem Erlaß die seitens seiner Ahnen diesem Staate bewilligten Privilegien, erklärt aber, daß die gegenwärtigen Interessen der Monarchie, sowie auch Finnlands, eine konzernirte, gemeinsame Verwaltung und Gesetzgebung erfordern. Aus einem, dem kaiserlichen Schreiben beigegebenen Statut, durch das in acht Paragraphen der neue Modus der Gesetzgebung in Finnland festgelegt wird, geht hervor, daß der finnländischen Kammer nur bei Angelegenheiten rein lokalen Charakters die ausschlaggebende Stimme bleibt. Jede Gesetzesvorlage, die die Gesamtinteressen der Monarchie berührt oder mit der Gesetzgebung Rußlands in verwandtschaftlicher Beziehung steht, bedarf erst der Genehmigung des Kaisers und tritt in Kraft durch Abstimmung im kaiserlichen Reichsrath in Petersburg, mit Hinzuziehung des Generalgouverneurs und des Staatssekretärs von Finnland sowie einiger vom Zaren hierzu beordneten Mitglieder des finnländischen Senates. Die russische Presse erwähnt des Manifestes als einer Wohlthat für Finnland und meint bezeichnenderweise, daß durch dasselbe eine Veränderung nur auf dem Papier eingetreten sei.

Die finnische Bevölkerung scheint über diese Dinge anderer Meinung zu sein. Neuerdings ist es zu offenen Kundgebungen mit Petersburg gekommen. Nach einer Meldung aus Helsinki waren der Landmarschall und die Vorgesetzten der Stände von Finnland nach St. Petersburg gereist, um eine Audienz bei dem Kaiser nachzusuchen. Die Audienz wurde ihnen verweigert. Dem Stockholmer Blatt „Dagens Nyheter“ wird aus Helsinki berichtet, der Generalgouverneur Bobrloff habe auf den finnischen Senat einen

starken Druck ausgeübt, um ihn zur Veröffentlichung der kaiserlichen Botschaft über die Befreiung zu bewegen, während die Mitglieder des Landtages und die Bürger der Stadt Helsinki in verschiedenen Versammlungen und durch Vorstellungen beim Senat die Veröffentlichung zu hindern oder so lange hinauszuverschieben gesucht hätten, bis der Kaiser von dem wahren Sachverhalt unterrichtet sei. Der General Bobrloff habe nun die Entscheidung herbeigeführt, indem er gedroht habe, den Verlagerungszustand zu erklären und russische Gardetruppen in Finnland einzurücken zu lassen. Der Senat habe daraufhin mit zehn gegen zehn Stimmen, wobei der Vorgesetzte den Ausschlag gegeben habe, die Veröffentlichung beschlossen.

Asien.

Das russische Vorgehen in China scheint im Lande der Mitte doch nicht stillschweigend hingekommen zu werden und große Erbitterung hervorgerufen zu haben. Die aus Peking telegraphirt wird, ist die Kaiserin-Wittve höchst entrüstet über die Tödtung der Chinesen in Tientsin; sie hat das Tzung-li-Pamen angewiesen, in schärfster Sprache gegen das unerhörte Vorgehen der Russen zu protestiren, welche ganz direkt die Bestimmungen der Konvention von Port Arthur verletzen hätten, in der keine Klausel enthalten sei, welche den Russen die Ermächtigung gäbe, Steuern zu erheben.

Die Lage der Amerikaner auf den Philippinen scheint nach und nach sehr schwierig zu werden. Admiral Dewey verlangte telegraphisch die schleunige Entsendung des Kriegsschiffes „Oregon“ nach Manila. Die Depesche erregte große Sensation, da man annimmt, daß eine fremde Macht, die ihre Staatsangehörigen nicht hinreichend geschützt findet, interveniren will. Die „Daily Mail“ sagt, wahrscheinlich sei Deutschland damit gemeint. Aus Washington wird dazu gemeldet: Die Bitte des Admirals Dewey um Entsendung des Schlachtschiffes „Oregon“ hat in amtlichen Kreisen überaus viel Aufsehen hervorgerufen, ob Dewey nicht nach Mitteln sucht, um einer möglicherweise bevorstehenden Intervention der europäischen Mächte auf den Philippinen zuvor zu kommen. Man glaubt, daß bei den letzten Vorfällen viel fremdes Eigentum zerstört worden ist, und daß einige Kommandanten der in den dortigen Gewässern stationirten fremden Kriegsschiffe erklären könnten, daß die Interessen ihrer Landesleute Schutz verlangen. — General Otis will in einer Woche 2600 Mann Verstärkung haben.

Ueber die beabsichtigte Landung deutscher Truppen in Manila wird der „Voss. Ztg.“ aus London berichtet: Nach einer Reiseposter-Drahtung des „Morning Leader“ empfing die Regierung zu Washington eine kiffirte Drahtmeldung des Admirals Dewey, die meldete, daß der deutsche Admiral Diederichs Schritte gethan habe, um vom Flaggschiff „Irene“ eine Abtheilung Seejoldaten in Manila zu landen, um seine Landesleute zu schützen. Dewey drohte, wenn Diederichs dies thäte, würde er die deutsche Flotte in den Grund bohren.

Man wird nähere Aufklärung über die Vorgänge abwarten müssen. Vom Sonnabend wird allerdings aus Washington gemeldet: Der Marinefiskal Long erklärte, er sei sicher, daß die Bezugnahme Dewey's auf politische Gründe in seinem telegraphischen Gesuch um Entsendung der „Oregon“ keine internationale Bedeutung habe. In anderen der Marine nahestehenden Kreisen ist man der Ansicht, daß Dewey die „Oregon“ brauche, um eine Anzahl kleinerer Schiffe seiner Flotte zum Zwecke der Einiegung der amerikanischen Herrschaft nach den übrigen Inseln des Archipels entsenden zu können.

Amerika.

Krieg mit Auba? Im Senate wurde am Freitag das Heeresgesetz beraten, für das als erster Redner Sewell eintrat, der ausführte, die Vereinigten Staaten würden bald im Kriege mit Auba sein und auf den Philippinen sei ein entscheidendes Vorgehen nöthig.

Und aus Havana wird von demselben Tage berichtet: Nazimo Gomez ist heute Nachmittag, begleitet vom General Ludlow und seinem Stabe, einer Abtheilung Kavallerie und von 2000 bewaffneten Kubanern zu Pferde und zu Fuß, in die Stadt eingezogen. In der Stadt herrschte große Begeisterung.

Parlei-Nachrichten.

Die Dreddeur Polizei gegen die Erwähnung des Zucht-hausurtheils. Je weniger die Behörden die Kritik des Urtheils in der Presse verhindern können, desto stärker geben sie gegen die Besprechung des Zucht-hausurtheils in Versammlungen vor. Den behördlichen Eingriffen bei Reden der Genossen Sindermann und Hänisch hat sich ein weiterer Eingriff zugesellt, den der überwachende Beamte für notwendig hielt, als Genosse Abgeordneter Aldrecht in der am Mittwoch im „Trianon“ abgehaltenen Schneiderversammlung auf das Dreddeur Urtheil zu sprechen kam. Der Beamte unterjagte dem Redner, über das Urtheil zu sprechen. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ bemerkt dazu: Die Wahrheit wollen die Herren von der Behörde eben nicht hören. Sie mögen aber nicht etwa glauben, daß sie durch derartige Maßnahmen die Aufriittelung des Volkes zum Kampfe gegen den Zucht-hausurtheil verhindern können. Im Gegentheil! Je nachdrücklicher die Behörden die Besprechung in Versammlungen verhindern, desto mehr begreifen die Arbeiter ihr Pflicht, überall in Werkstätten und Fabriken, durch die Agitation von Mund zu Mund alle noch fernstehenden über jenes Urtheil und seine Konsequenzen aufzuklären. Und das wird die Behörde niemals verhindern können, es sei denn, sie stelle jedem einzelnen lassenbewußten Arbeiter einen Gendarmen zur Seite.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dantsch kam der sozialdemokratische Kandidat Kaufmann Starke mit dem konservativen Kandidaten in die Stichwahl. Starke erhielt 75, der konservative 62 Stimmen, während der Freisinnige mit 45 Stimmen ausfiel. Die Freisinnigen werden also den Ausschlag geben. Ob sie ihn zu Gunsten des Sozialdemokraten anwenden werden?

Ueber die Aussichten der Sozialdemokratie auf dem flachen Lande äußert sich in einer Zuschrift an die „Straßburger Post“ ein protestantischer Pfarver, der die ganzen sechzig Jahre seines Lebens unter der bäuerlichen Bevölkerung zugebracht hat, in Erinnerung auf einen von dem genannten Blatte kürzlich über die Ursachen des „Dranges nach den Städten“ veröffentlichten Artikel dahin:

„Sozialdemokrat ist der Bauer im Allgemeinen noch nicht; aber das monarchische Gefühl ist in den letzten Jahren auf dem Lande sehr zurückgegangen und wenn die Sozen in ihren Aeußerungen über Religion, Familie und Eigentum etwas klüger gewesen wären, so hätten sie gerade auf dem Lande am meisten Boden gewonnen. Die Berichte über Arbeitervereine und Kaiserfeste können mich aber diese betrübende Thatsache nicht täuschen. Auch war ich wahrhaft erstarrt über die Behauptung Ihrer Korrespondenten, der Bauer verleihe so wenig von den Theorien der Sozialdemokratie, als von der Lehre Buddhas. In welcher Gegend muß doch Ihr Herr Korrespondent wohnen? Jeden Jahre war ich in Pöhringen, und jetzt bin ich seit 15 Jahren im Elsaß angestellt, und überall habe ich ein sehr seines Verständniß für die Lehren der Sozialdemokratie bei dem Bauer gefunden, der stets mit Vorliebe die regierungsföndlichen Artikel in den Zeitungen liest.“

Derartige Aeußerungen von Kennern der bäuerlichen Verhältnisse sind gewiß dazu angethan, den Eifer zu verdoppeln, mit welchem unsere zur Agitation auf dem Lande berufenen Genossen bisher dort für die Ausbreitung unserer Ideen thätig waren.

Der Genosse Kister ist, wie uns aus Offenburg depeschirt wird, in die württembergische Kaltwasser-Heilanstalt Gundelsheim gebracht worden. Er leidet an hochgradiger Nervosität; sein Zustand ist nicht unbedenklich.

Auf das Grab Jakob Audorf's, des Dichters der Arbeiter-Marschälle, hat, wie das „Hamburger Echo“ mittheilt, der deutsche Arbeiter-Männergesangsverein in Moskau einen prächtigen Kranz niederlegen lassen.

Partei-presse. Mit Beginn nächsten Monats erscheint in Preßburg (Ungarn) ein neues Partei-Organ: „Die Wahrheit“. Dem bisherigen Partei-Organ für West-Ungarn, der „West-Ung. Volksz.“, ist von den dortigen Parteigenossen die Berechtigung, sich zur sozialdemokratischen Partei-presse zu zählen, abgesprochen worden.

In Afrika im Städtchen Rutenburg ist einer der thätigsten Genossen, der Maurer Carl Osterland, verunglückt. Osterland war früher in Hamburg.

Eine unangenehme Folge der Dreifußsache ist, daß sie, eben weil sie keine Prinzipienfrage ist, leicht zu Mißverständnissen, auch unter den besten Freunden führt. Durch eine Bemerkung unseres Pariser Korrespondenten über eine Verhandlung der Deputirtenkammer („Vorwärts“ vom 14. Februar) findet sich unser Freund Charles Bonnier verlegt. Es ist dort gesagt, daß Jourde für das Gesetz, daß die Dreifuß-Revision dem Straffen aus der Hand genommen werden solle, gestimmt habe, und es ist dies Verhalten sehr scharf getadelt und ein Rath an die französischen Sozialisten ertheilt worden, wie sie gegenüber Jourde verfahren sollten. Wir pflichten unserem Freund Bonnier gern bei, daß es nicht Sache der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern sei, sich in die inneren Partei-Angelegenheiten der Nachbarparteien einzumischen und wir wollen uns mit der Form der privaten Meinungsäußerung unseres französischen Korrespondenten nicht identifiziren. Wie sind auch stets gern bereit, Meinungen unserer französischen Genossen, die von der des Genossen, der uns regelmäßig berichtet, abweichen, im „Vorwärts“ zu Worte kommen zu lassen.

Soziales.

Nach dem Geschäftsbericht des Reichs-Ver sicherungs-amtes für das Jahr 1898 waren auf dem Gebiete der Unfallversicherung 18 Millionen Versicherte vorhanden. Gegen Urtheile der dem Reichs-Ver sicherungsamt unterstellten 1293 Schiedsgerichte waren 15 780 Rekluse anhängig, unter denen sich 4452 aus den Vorjahren übernommen befanden. Durch Urtheil wurden 9725, durch Beschluß (Verweisung wegen Anzulässigkeit oder verpäteter Einlegung) und auf andere Art (Zurücknahme, Vergleich etc.) 1250, zusammen 10 975 Rekluse erledigt. Am 723 Sitzungstagen haben in 11 813 Sachen mündliche Verhandlungen stattgefunden. Darunter wurden an 228 Sitzungstagen 3499 Rekluse aus dem Gebiete der land- und forstwirtschaftlichen und an 4 Tagen 48 Rekluse aus dem Gebiete der See-Unfallversicherung verhandelt. Beweis-aufnahmen wurden in 2198 Fällen beschlossen, 5 Urtheile wurden ohne vorgängige mündliche Verhandlung gefällt. — Bei den dem Reichs-Ver sicherungsamt unterstellten Schiedsgerichten sind im Berichtsjahre 44 313 Berufungen anhängig geworden, gegenüber 194 433 Bescheiden der Feststellungsorgane. — Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach einer vorläufigen Ermittlung 406 958, die der entschädigten Unfälle 97 432. Die gezahlten Entschädigungen beliefen sich nach einer vorläufigen Ermittlung auf 71 102 687 M.

Wieder ein neues Mittel zu Gunsten der Agrarier. Gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter will jetzt die königl. Eisenbahn-Verwaltung vorgehen. Von verschiedenen Eisenbahndirektionen sind die Inspektionen und Bau-Abtheilungen angewiesen worden, keine Arbeiter anzunehmen, welche aus ihrem letzten Dienstverhältnis unter Verletzung der etwa eingegangenen kontraktlichen Verpflichtungen geschieden sind.

Grubenunglück im Bergrevier Waldenburg. Am Freitag früh verunglückten auf den Hirts Fleßchen Werken zwei mit dem Abtragen einer Berghalde beschäftigte Arbeiter in lebensgefährlicher Weise.

Sechzig Prozent Dividende — für die Aktionäre, Lohn-abzug — für die Arbeiter. Das Feiner Walzwerk zahlte den Aktionären im letzten Jahre anstatt der vorjährigen 52prozentigen Dividende eine solche von sechzig Prozent, den Arbeitern wurde aber ausgegeben, vom 1. November v. J. ab statt 250 Tons pro Schicht deren 300 zu liefern, ohne daß der Lohn erhöht worden wäre.

Schweizerischer Genossenschaftsbund. Am letzten Sonntag fand in Olten eine von den Konsumgenossenschaften der Arbeiter und der Bauern von 353 Delegirten besetzte Delegirten-Versammlung statt zur Gründung eines schweizerischen Genossenschaftsbundes, dem sofort Organisationen mit 80 000 Mitgliedern beitraten. Der Bund bezweckt die Sammlung und Organisation aller schweizerischen Genossenschaften, sowie die allseitige Wahrnehmung ihrer Interessen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 25. Februar. (W. Z. B.) Der hiesige Stadtrath hat einstimmig einen Antrag angenommen, nach welchem den Verzicht-erklärten der „Neuen Freien Presse“ wegen absichtlicher einseitiger Darstellung der öffentlichen Einrichtungen sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände Wiens und wegen ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Gemeindevverwaltung der Eintritt in den Sitzungssaal des Wiener Gemeinderathes verboten wird.

Wie die „Neue Freie Presse“ dazu meldet, beschloß der fortschrittliche Parteiverband des Wiener Gemeinderathes eine Resolution, in welcher er gegen die Ausschließung des Redakteurs Einspruch erhebt.

London, 25. Februar. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Dschehdah gemeldet wird, ist dort der Ausbruch der Pest amtlich bekannt gegeben worden.

Nizza, 25. Februar. Hier ist Baron v. Reuter, der Begründer des Reuter'schen Telegraphen-Bureaus, gestorben.

Brüssel, 25. Februar. (W. Z. B.) Mehrere Blätter versichern, Frankreich werde bei der belgischen Regierung Einspruch erheben gegen die begünstigende Haltung, welche Belgien dem Herzog von Orleans gegenüber an den Tag gelegt habe.

Rom, 25. Februar. (W. Z. B.) In der Deputirtenkammer standen die reaktionären sogenannten „politischen“ Gesekentwürfe der Regierung zur Debatte. Gegenüber den heftigen Angriffen der Opposition erklärte der Ministerpräsident Pelloux, die Regierung beabsichtige, mit ihren Gesekentwürfen keine der grundlegenden Freiheiten anzutasten, sondern wolle nur die Grenzen der Bürgern freistehenden Wirksamkeit genau feststellen. Doch moße sich die Regierung nicht an, ein vollkommenes Werk geschaffen zu haben, und sei sie daher geneigt, Abänderungszusätze zu ihren Gesekentwürfen anzunehmen, umsonst, da sich aus der bisherigen Debatte bezüglich einzelner Gegenstände, z. B. bezüglich der Presse, eine große Meinungsverschiedenheit ergeben habe. (Zustimmung.)

Pelloux bezeichnet es als eine Räuberei, wenn man behauptet, die Sachlage in letzter Zeit habe gezeigt, daß die von der Regierung geplanten Maßnahmen nicht notwendig seien. Man vergesse vor allem, daß das Land jetzt noch unter den Ausnahme-gesetzen stehe, welche nur bis zum 30. Juni in Kraft seien, aber inzwischen die volle Wirksamkeit der Behörden aufrecht erhalten. Die ungewöhnliche Ruhe der extremen Parteien sei eine mehr scheinbare als tatsächliche, denn sie ergreifen jede Gelegenheit, um die Massen aufzureizen. Er bitte die Kammer, für den Eintritt in die zweite Lesung der Gesekentwürfe zu stimmen. (Zustimmung.) Die Kammer genehmigte den Schluß der Debatte mit 168 gegen 89 Stimmen mit der Einschränkung, daß die eingebrachten zahlreichen Tagesordnungen vor dem Eintritt in die zweite Lesung nach einander begründet werden sollten.

New-York, 25. Febr. (W. Z. B.) Nach einem Telegramm aus Managua haben die Truppen des Präsidenten Zelaya die Sierra de Patz besetzt und Aguas Calientes genommen. Damit sei die auf-sündliche Bewegung in Nicaragua thatsächlich unterdrückt.

Reichstag.

42. Sitzung, Sonnabend, 25. Februar 1899, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Tirpitz, Thielen. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt Staatssekretär Tirpitz im Auftrage des Kaisers der Freude über die Rettung der „Vulgaria“ Ausdruck. Die Mannschaften der Handelsflotte hätten sich vorzüglich bewährt, es sei ein neuer Beweis von der großen Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit unserer Handelsflotte erbracht worden. (Bravo!) Die jedes deutsche Herz mit Stolz und Freude erfüllen muß.

Abg. Dr. Leberhove (L.) nimmt den Ausführungen des Staatssekretärs zu. Desgleichen der Präsident Graf Balkeström. Die zweite Beratung des Etats wird hierauf beim Etat für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Niff (fr. Bg.):

Es ist bedauerlich, daß die Volksvertretung von Elsaß-Lothringen nicht das Recht hat, über die Eisenbahnen in ihrem Lande selbständig zu entscheiden. Daher müssen wir unsere Beschwerden hier vorbringen. Die Ergebnisse unserer Bahnen sind durchaus günstig. Man darf aber in der Verwaltung die finanziellen Rücksichten nicht zu sehr in den Vordergrund stellen. Das Verlangen der reichsständischen Bevölkerung nach Verbilligung der Personentaxe ist von der Reichs-Eisenbahnverwaltung selbst als berechtigt anerkannt worden. Trotzdem wird diese nicht durchgeführt. Auch die so sehr notwendigen Kilometerbeste und Landesarten werden immer noch nicht eingeführt.

Preussischer Eisenbahnminister Thielen:

Eine Kritik, die wie die des Herrn Vorredners sich in so maßvollen Formen bewegt, ist für die Eisenbahnverwaltung so notwendig, wie der Sauerstoff für den Menschen. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß die Ueberschüsse der Elsaß-Lothringischen Bahnen nicht für das Reichsland selbst, sondern für das Reich verwandt werden. Da muß ich erwidern: Das Reich muß von jedem Großen, von jedem Kleinem, der eingegeben wird, eine Rente beziehen. (Heiterkeit.) Die reichsständischen Bahnen haben im letzten Jahre nur eine Verzinsung von 3,08 pCt. ergeben. Das ist doch keine übermäßig hohe Rente. Das Reich hat doch selbst ziemlich erhebliche Kapitalien für den Bau von Linien aufgewendet, bei denen auf abschbare Zeit an eine Verzinsung nicht gedacht werden kann. Wir haben demnach alle Ursache, mit einer Tarifermäßigung sehr vorsichtig vorzugehen. Nothwendig ist dagegen eine Tarifvereinfachung, und diese ohne wesentliche Erhöhung durchzuführen, das ist die große Preisgabe, an die wir jetzt gehen müssen. (Heiterkeit.) Was die speziellen Wünsche des Herrn Redners anlangt, so haben sich die sogenannten Landesarten in Württemberg, wo sie bereits bestehen, gar nicht bewährt. Die Reisenden nützlichsten dort überhaupt nicht mehr in den kleineren Orten, die Wirtschaften auf dem Lande bleiben leer. (Heiterkeit.) Die Kilometerbeste haben sich allerdings in Baden als zweckmäßig erwiesen. Aber es hat sich dort auch gezeigt, daß sie einen besonderen Anreiz zu gewissen Mängeln zur Folge gehabt haben, und daß dadurch die Abfertigung der Reisenden sehr erschwert wird. Wir haben also alle Ursache, uns mit derartigen Neuerungen nicht zu überflügen. (Heiterkeit.)

Abg. Delfor (W.):

Hält vor allem eine Dezentralisation in der Verwaltung für notwendig. Der Schwerpunkt der Verwaltung der reichsständischen Bahnen muß von Berlin nach Straßburg verlegt werden. Dann würden die Wünsche des Publikums eher Berücksichtigung finden. Mangelhaft sind die Angaben über Dienst- und Ruhezeit des Zugpersonals in den Berichten. Die Baugen für die Radstrabe sind durchaus ungenügend. Vor allem ist die Staatsregierung verpflichtet, ihren Angehörigen die volle Sonntagruhe zu gewähren. (Abg. Ling en B.) hört mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Sehr zu tadeln ist die überflüssige Einstellung von Vergnügungszügen. Es kommt vor, daß Theaterzüge 11 Uhr Abends abgelassen werden, obgleich auf der ganzen Strecke nur Bauern wohnen, die nicht ins Theater gehen, alles bloß um einiger Offiziere willen. Das ist doch wirklich nicht berechtigt. (Sehr richtig!)

Auch die Personentaxe erfüllt die Elsaß-Lothringische Bevölkerung nicht mit Befriedigung. Die ärmere Bevölkerung ist nicht in der Lage, wie die wohlhabende, 10 Pfennig zu opfern, um den Abschlebschuh zu verbilligen.

Eine befriedigende Klage der Bevölkerung bildet die Mangelhaftigkeit des Betriebes gerade an verkehrreichen Tagen, bei Jahrmärkten, Messen etc.

Die Beleuchtung der Koupees ist zu hell zum Schlafen, zu dunkel zum Lesen. Das kann doch als idealer Zustand nicht bezeichnet werden.

Minister Thielen

erklärt, daß die Selbständigkeit der Straßburger Generaldirektion in keiner Weise eingeengt werde. Nur bei der Erhöhung der Beamtengehälter und in der Frage der Bahnsteigperre hat der oberste Chef der Eisenbahn-Verwaltung und auch das Reichs-Schatzamt mitzusprechen. Die Erhöhung der Beamtengehälter der Reichsbeamten steht die Landesverwaltungen in große Verlegenheiten. Die Bahnsteigperre ist keine Finanzmaßregel, sondern lediglich für den Schutz der Schaffner bestimmt. Wir haben seit ihrer Einführung keine Schaffner mehr verloren, vorher in einem Jahre 7, in einem anderen 8. Wenn diese Thatsache erst in das Volksbewußtsein dringt, wird niemand mehr gegen die Unbequemlichkeit der Bahnsteigperre sprechen. (Bravo!)

Abg. Wetterlö (W.):

beklagt es, daß die Ueberschüsse der Elsaß-Lothringischen Bahnen nicht dem Reichslande, sondern dem Reiche zu Gute kommen. Bei der Anlage von neuen Secundärbahnen wird nur das Interesse einiger weniger Großindustriellen gewahrt. Die Zuschüsse, die diese zum Bau leisten, sind lächerlich gering.

Scheimrath Wackerzapp:

Der Herr Vorredner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, sie trage mehr den Interessen der Großindustriellen Rechnung, als denen der übrigen Bevölkerung. Dies würde eine Pflichtverletzung der schwersten Art bedeuten und der Herr Vorredner wäre verpflichtet gewesen, Beweismaterial für diese Behauptung vorzubringen. Die Großindustriellen zu besonders hohen Zuschüssen heranzuziehen, wäre unbillig, sie tragen doch schon ohnehin am meisten zur Rentabilität der Bahnen bei.

Abg. Camp (W.):

Die Herren aus Elsaß-Lothringen haben ja gewiß das Recht, hier ihre Lokalschmerzen vorzubringen, wenn dieselben auch eigentlich nicht vor den Reichstag gehören. Mit ihren Bahnanwünschen sind sie viel besser daran, als wir Preußen. Wenn wir dort Anschluß für irgend eine Nebenbahn wünschen, so sucht die Eisenbahn-Verwaltung aus den Interessentenkreisen so viel Zusätz wie möglich herauszupressen. Ueber die Tarifreform ist gestern bereits ausführlich debattiert worden, zu einer Einigung über die finanzielle Wirkung einer solchen Reform werden wir doch nicht kommen. Jedenfalls darf dieselbe nicht eine Schädigung der Reichseinkünfte bedeuten. Auch ist diese Frage eine so prinzipiell wichtige, daß ihre Regelung nicht der Landesverwaltung überlassen werden darf, sondern von der Centralstelle aus erfolgen muß.

Den Ausfall der Vergnügungszüge am Sonntag kann ich nicht befürworten. Das sind Erholungszüge für die Arbeiter, die auch einmal an die frische Luft kommen wollen.

Was die Personalunion anlangt, so würde Elsaß-Lothringen sehr schlecht dabei fahren, wenn es eine eigene Verwaltung bekäme. Die heftigen Bahnen haben durch ihre Betriebsvereinigung mit den

preussischen sehr gewonnen. Die Elsaß-Lothringer werden unter der preussischen Verwaltung besser behandelt, als wir in Preußen selbst.

Abg. Baron de Schmid (W.):

bittet den Präsidenten um die Ermächtigung, seine Rede abzu-lesen, da er die deutsche Sprache nicht beherrsche. Die Elsaß-Lothringer wollen nicht Deutsche zweiter Klasse sein. (Bravo!) Redner beschwert sich darüber, daß der Bau wichtiger Linien in Lothringen unterlassen werde.

Minister Thielen

erwidert, die Bahnen wären dort längst gebaut worden, wenn die Interessenten mehr Entgegenkommen gezeigt hätten.

Abg. Graf Kanitz (L.):

Die Lothringer wünschen mit Recht dieselbe Ermächtigung für den Transport der Saarkohle, wie sie die weisfällische Kohle genießt. Da herrscht dort jetzt ungefähr dieselbe Anomalie, wie in Preußen, wo das russische Getreide zum Theil billiger transportirt wird, als das einheimische.

Abg. Sueb (Soz.):

Zunächst muß ich zugeben, daß insolge meiner Kritik im vorigen Jahre verschiedene Mängel in den Elsaß-Lothringischen Eisenbahn-Verhältnissen beseitigt worden sind. Noch aber ist vieles nicht gethan, was notwendig ist. Im Laufe der Debatte wurde bereits die Frage der Personalunion berührt. Ohne Zweifel ist diese mit ein Grund für das Fortbestehen vieler Mängel. Die Eisenbahnverwaltung in Straßburg kennt die Verhältnisse natürlich besser als die Zentrale in Berlin. Was die Personentaxe betrifft, so stehe ich da nicht auf dem Standpunkt des Abg. Delfor, sondern bin im Gegenteil der Meinung des Herrn Ministers, daß dieselbe mit Recht eingeführt worden ist. Die Beschwerden, die daraus entstehen, werden durch die Vorteile wieder aufgehoben. Ich habe nun noch eine Anfrage an den Herrn Minister zu richten betreffs des Bahnhofes von Wülshausen. Wie die Verhältnisse heute dort liegen, sind sie unhaltbar. Wenn dort nicht mehr Unglücksfälle sich ereignen haben, als die zwei oder drei, die im vergangenen Jahre vorgekommen sind, tragen daran wirklich nicht die Bahnhofsverhältnisse Schuld, sondern es ist lediglich der guten Aufsicht der dortigen Beamten zu danken. Ich glaube kaum, daß es noch eine Stadt von derselben industriellen Bedeutung giebt, mit deren Bahnhofsanlagen es so schlecht bestellt ist. Der Bahnhof muß unbedingt verlegt werden, und es handelt sich nur darum, ob die neuen Strecken als Hoch- oder Niederbahn gebaut werden sollen. Man verlangt von der Stadt, daß sie die Kosten für eine Hochbahn selbst trägt, aber die Eisenbahn-Verwaltung sollte doch berücksichtigen, daß sie jederzeit den Fehler der falschen Bahnhofsanlage begangen hat. Ich hoffe, daß möglichst bald eine Einigung zwischen der Stadt Wülshausen und der Bahnverwaltung erzielt wird. Weiter möchte ich noch an den Herrn Minister die Bitte richten, daß bei Vergabung von Bahnarbeiten in Submission nur als solche bekannte Unternehmer berücksichtigt werden. Im Oktober vorigen Jahres haben in einem Falle 200 Arbeiter circa 8000 M. Lohn infolge der Insolvidität eines Unternehmers verloren. Weitere Wünsche bezüglich der Beamtengehälter werde ich bei anderen Etatspositionen vorbringen.

Minister Thielen versichert, daß seinerseits alles gethane werde, um die Verhältnisse des Wülshausener Bahnhofes zu ändern.

Abg. Haub (W.) wünscht, daß die Landbevölkerung als Äquivalent für die Sonntagszüge, die doch nur den Städtern zu gute kommen, Wochentags ebenso billig in die Stadt fahren können. Redner hält die Bahnsteigperre nicht für gerechtfertigt.

Abg. Baasche (nail.) sucht den Nachweis zu führen, daß die Elsaß-Lothringer nicht die Stiefkinder, sondern die verwöhnten Kinder des Deutschen Reiches sind.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung, außerdem Etat für Rechnungshof, Reichs-Schatzamt, Zölle, Verbrauchsteuern etc. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zum Verg- und Sittens-Stat hat die freisinnige Volkspartei im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, zum Zwecke der künftigen Verhütung von Unfällen und der Stärkung des Vertrauens der Grubenarbeiter in die Sicherheit des Betriebes, neben den Revier-Aufsichtsbeamten Arbeitervertreter zur Aufsichtigung der Steinkohlen-Gruben heranzuziehen.

In der Verkaufskommission wurde gestern nach längerer Debatte der Artikel 8, der belagt, daß der Reichsbank zustehende Anteil an dem Gesamtbetrag der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlauf auf 400 Millionen Mark festgesetzt wird, unter gleichzeitiger Erhöhung des Gesamtbetrages auf 491 600 000 M., nach der Regierungsvorlage und unter Ablehnung der konservativen Anträge angenommen. Dienstag Fortsetzung der Beratung.

Der politische Zerfall Italiens.

Rom, im Februar.

Der gegenwärtige Stand des politischen Lebens in Italien ist sehr symptomatisch. Jeder Tag bringt neue Anzeichen des politischen Zerfalls, hervorgerufen durch ein tiefgehendes, soziales Unbehagen und Uebelbefinden, dem gegenüber sich die politische Regierung, die aus der glorreichen nationalen Revolution hervorgegangen ist, als eine Maschine zeigt, bei welcher das Getriebe und die einzelnen Theile nicht mehr organisch und fest mit einander verbunden sind.

In Neapel hat die konservative Partei eine „antifiscale Bewegung“ gegen die vom Minister Pelloux vorgeschlagenen Steuern begonnen, und die Bewegung nimmt mehr und mehr zu, so daß man davon spricht, eine „Viga der Steuerzahler“ zu gründen, sogar in Mailand, wo doch das Elend noch nicht so groß und chronisch ist, wie in den südlichen Provinzen.

Das parlamentarische Leben brachte in diesen Tagen einen großen patriotischen Skandal, weil man gefunden hat, daß 108 Abgeordnete, meist Konservative, aber auch Fortschrittler einen Antrag an den Kultusminister unterschrieben haben, mit der Forderung, daß das Hauptinstitut der Jesuiten (das Institut Mondragone in Frascati bei Rom) den Regierungsinstituten gleichberechtigt werde.

Nun, wir Sozialisten sind für die Freiheit für Alle: Freiheit des Unterrichts, Freiheit der Presse, Vereins- und Versammlungsfreiheit u. s. w., und haben nichts dagegen, daß alle anderen Parteien, alle wissenschaftlichen, religiösen und politischen Richtungen und Schulen das Recht haben, nach ihren Lehren zu unterrichten. Die Wahrheit wird allein siegen, wenn sie nur endlich einmal von aller offiziellen und offiziellen Dogmatik befreit sein wird.

Daß aber 108 italienische Abgeordnete die Beschüger eines Jesuiten-Instituts werden, in dem man die Hölger lehrte, daß die Einigung Italiens nur ein Akt der Rauberei gegen das Papsttum sei, welches stets das Souveränitäts-Recht über Rom gehabt habe und es wieder erobern müsse — das ist das Symptomatische; denn damit werden die Prinzipien der Gedankenfreiheit und der nationalen und weltlichen Unabhängigkeit verleugnet, welche die Grundlage und Stärke der patriotischen Revolution waren.

Ebenso charakteristisch ist eine Polemik, in welche sich die Bourgeois-Blätter von Rom und Mailand eingelassen haben.

Die offiziöse Presse Roms, von der das sogenannte liberale und fortschrittliche Ministerium Pelloux vertheidigt wird, hat der Opposition der Konservativen und der Reaktionäre, die im Senat und in ihren Zeitungen vom Ministerium reaktionäre Befehle gegen die Freiheit der Presse, gegen das Vereins- und Versammlungsbrecht verlangten, die Anklage ins Gesicht schleudern zu müssen geglaubt, daß sie weder ehrliche Freunde der Einheit noch aufrichtige Anhänger der Monarchie seien.

Man hat den Konservativen und Reaktionären vorgeworfen, daß sie „die Monarchie zu ihrem Vortheil ausbeuten wollten, und für die nationale Einheit nur seien, so weit sie ihnen Nutzen, nicht aber soweit sie ihnen unbequeme Rücksichten auferlege und Nachtheile bringe, wie sie aus der Verschiedenheit der ökonomischen Entwicklung zwischen dem Norden und dem Süden entspringen.“

Selbst die Fahne der nationalen Einheit, die man so stolz in der Luft flattern ließ, um die orthodoxen Parteien zur Vereinigung gegen die internationalen Sozialisten aufzurufen, wird also schon von denjenigen gerissen, die in erster Linie ihre Vertheidiger sein sollten.

Außerdem hatten wir in der ersten Hälfte des Januar die offiziellen Reden der Vertreter der Justiz und der Staatsanwaltschaft bei der jährlichen Einweihung des Kassations- und Justizhofes und der Tribunale.

Diese Reden der vornehmsten Vertreter der Justiz-Autorität waren auch die tragende Symptome.

Der Generalstaatsanwalt des Kassationshofes in Rom hatte die Dreifigkeit gehabt, die Volksrechte anzugreifen, die in unserer Verfassungsurkunde verbürgt sind, und die Rückkehr zum Mittelalter, unter die Fittiche der Kirche, vorzuschlagen. Das heißt, man hat in Rom den Quirinal gegen den Vatikan angerufen, vorausgesetzt, daß sich beide nicht einigen können.

Auf der anderen Seite hat in Mailand der Redner des Appellhofes an sehr herben Tönen die Thatsache vorgeführt, daß die kaufmännischen Bankrotte sich in Mailand im Jahr 1898 durch den Belagerungszustand ungeheuer vermehrt haben. Die Kaufleute haben durch die so lange fortgesetzten tollen Repressivmaßregeln der reaktionären Minorität, die in der Gemeindeverwaltung von Mailand herrscht, mehrere Millionen verloren.

Schließlich muß hier noch an die Thatsache erinnert werden, daß in den zwanzig Jahren, von 1878 bis 1898, vierzehn Amnestien erlassen worden sind, und zwar in den letzten zehn Jahren fast jedes Jahr eine. Es bedeutet doch, daß selbst die Maschine der Strafrechtsbarkeit nicht gut funktioniert, wenn man genöthigt ist, durch Amnestien wieder das aufzuheben, was die sogenannte Justiz, die militärische oder bürgerliche, gethan hat.

So wird gerade auch jetzt im ganzen Lande und im Parlament für eine große allgemeine Bewegung zu Gunsten einer Amnestie für die Politisch-Verurtheilten agitiert, die voraussichtlich auch, für einen Theil wenigstens, am 14. März (dem Geburtsstage des Königs) erlassen werden wird. Eine vollständige und endgültige Amnestie dürfte dann aber bestimmt am 4. Juni (dem Tage der Gedächtnisfeier unserer Verfassungs-Veränderung) erfolgen.

Diese Episoden aus unserem politischen Leben — ich habe nur die wichtigsten herausgegriffen und bin über viele, nicht unerhebliche hinweggegangen, z. B. über die kleinen Volksunruhen in Süden Italiens, veranlaßt durch die hohen Brotpreise — diese Episoden scheinen mir Symptome zu sein, welche den Zustand der politischen und sozialen Auflösung mit Sicherheit erkennen lassen.

Was wird das Ende dieses Zerfalls sein?

Wird die Regierung genug Energie und Verstand haben, das Steuerruder zu drehen und unserer Politik eine andere Richtung zu geben, damit einem noch tieferen und drohenden Zerfall vorgebeugt werde? Die verrückten Anebelgesetze, welche Pelloux der Kammer jetzt eben vorgelegt hat, sprechen nicht dafür.

Oder giebt es in Italien eine bürgerliche Demokratie, die der reaktionären und blinden Minorität die Zügel des Staates entreißen könnte?

Oder ist es das sozialistische Proletariat, das allein ein neues, politisches, soziales System aus seinem Schooß hervorbringen kann?

Daß diese Fragen aufgeworfen werden können und müssen, das allein beweist schon die Verworrenheit der Lage.

Enrico Ferri.

Kommunales.

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Magistratsvorlage, betreffend die anderweitige Festsetzung der Dienstalters-Gehälter für verschiedene Beamtenkategorien und die Bewilligung von Stellenzulagen, hielt am Freitag die Schlußsitzung ab. In derselben wurden folgende Abänderungen der Vorlage beschlossen: Für die Stadtbaumeister statt 6600 M. nach 10 Jahren 6900 M. nach 12 Jahren; Stadtbau-Assistenten und Bau-Assistenten bis zum 12. Jahre nach dem Magistratsantrage, ferner nach 14 Jahren 3400, nach 16 3600, nach 18 3800 und nach 20 Jahren 4000 M.; ebenso für die Hilfsarbeiter im Revisionsbureau der Hochbau-Verwaltung. Angenommen wurden ferner die neu eingelegene Vorlage bezüglich der Neuordnung der Dienstaltersgehälter der städtischen Landmesser und des technischen Sekretärs nach der Magistratsvorlage. Bezüglich der Petition des Ortsvereins der Hilfsarbeiter schlägt der Ausschuh auf die Bitte um Gehaltserhöhung einstimmig Uebergang zur Tagesordnung vor, bezüglich der Pensioneranzahlung Ueberweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung, die dritte Bitte — Gewährung der Rekrutenversorgung — erklärte der Ausschuh für erledigt, da nach Mitteilung des Bürgermeisters Reichner im beabsichtigten Sinne der Versammlung eine Vorlage zugehen wird. Bezüglich der Standesbeamten und deren Stellvertreter wurde ein Antrag aus der Mitte des Ausschusses, das Höchstgehalt ersterer auf 5000 M., letzterer auf 4300 M., zu erreichen nach 15-jähriger Amtszeit, festzusetzen, angenommen. Die von den Stadtverordneten Singer und Vorganann beantragte Resolution, den Magistrat zu ersuchen: 1. um eine Radwegweisung über die Pöbne und Arbeitszeit der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter; 2. um eine Vorlage, betreffend die Errichtung einer Pensionsklasse für die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf Grundlage von Beiträgen der Verwaltung und der Arbeiter, gelangte einstimmig zur Annahme.

*) Im Quirinal residirt der König von Italien, im Vatikan der von ihm entthronte Papst.

Das Magistratskollegium beschäftigte sich in seiner außerordentlichen Sitzung am Sonnabend zunächst mit einem, mit dem Unternehmer Siegfried Cronbach abzuschließenden Vertrage, hinsichtlich der Urania Säulen. Es handelt sich hierbei um Aufstellung von Ständelabern sowie die Verlegung von Säulen aus dem Innern der Stadt nach der Peripherie. Das Magistratskollegium hat beschlossen, die Angelegenheit einer Kommission von sieben Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen.

Das Magistratskollegium hat das ihm vorgelegte Projekt zur Errichtung einer Heimstätte für tuberkulose Männer genehmigt und beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zur Zustimmung zu unterbreiten.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Verbilligung des Wassertarifs ist das Magistratskollegium beigetreten.

Die Potsdamer Brücke. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung mitgeteilt, daß er den Antrag der gemischten Deputation zur Vorberatung der Anlagen bezüglich der Potsdamer Brücke: „für die künstlerische Ausschmückung der Potsdamer Brücke unter Aufrechterhaltung der technischen Konstruktion ein Preisanschreiben zu veranlassen“, abgelehnt und von weiteren Schritten in der Angelegenheit Abstand genommen habe, weil es nicht angezeigt erscheint, an dem gegenwärtigen Zustande der Potsdamer Brücke Änderungen vorzunehmen.

Tokales.

Freie Volksbühne. Die Vorstellung der 3. Abtheilung (graue Karten) findet heute Nachmittag 3/4 Uhr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater statt, und zwar „In Behandlung“. Die erste Aufführung der Komödie „Erziehung zur Ehe“ von Otto Erich Hartleben und des Einakters von Max Dreher „Liebesträume“ (mit Fräulein Elise Sauer) wird heute Nachmittag für die erste Abtheilung im Lessing-Theater stattfinden, so daß heute in beiden Theatern gespielt wird. Die Mitglieder dürfen im Lessing-Theater nur die Vorstellung ihrer Abtheilung besuchen, da Nachzügler in den übrigen Vorstellungen keinen Raum finden. Die sechste Abtheilung kann noch einige Mitglieder aufnehmen, Anmeldungen nehmen alle Jahrestellen entgegen. In den Jahrestellen sind Billets zur Gemälde-Ausstellung im Kunstsalon Ribera à 20 Pf. für Mitglieder erhältlich (halber Kassenpreis). Desgleichen die Marken zum Märzfest des Vereins (nur für Mitglieder) am 18. März im Böhmischen Brauhaus. Da dieselben nur in geringer Zahl ausgegeben werden können, ist es für die Mitglieder empfehlenswert, sich schleunigst damit zu versehen. (Siehe auch heutiges Inserat.)
Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis hatte eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Normalstatuts für paritätische Fach-Arbeitsnachweise beauftragt. Der Kommission gehörten als Vertreter der Arbeitgeber: Kommerzienrath Richard Böfide und Fabrikant Weigert, als Vertreter der Arbeiter: Former Körsten und Einseger Millarg, als Unparteiische: Regierungsrath Sprenger und Vorsitzender des Gewerbegerichts v. Schulz; den Vorsitz führte der Vorsitzende des Zentralvereins für Arbeitsnachweis Dr. Freund. Die Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und sich einstimmig auf ein Normalstatut geeinigt, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Die Verwaltung und Beaufsichtigung des für ein bestimmtes Gewerbe errichteten Facharbeitsnachweises liegt einem Kuratorium ob, das aus je 4 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einem Mitgliede des Vorstandes des Zentral-Vereins für Arbeitsnachweis als unparteiischen Vorsitzenden besteht. Im Einzelnen hat das Kuratorium folgende Aufgaben: Regelmäßige Revision des Arbeitsnachweises durch seine Mitglieder, Entscheidung über Beschwerden der den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Festsetzung der Normen für die Einrichtung und den Betrieb des Arbeitsnachweises, Wahl von Beamten des Arbeitsnachweises und Festsetzung der Anstellungsbedingungen. Die Arbeitsvermittlung geschieht grundsätzlich kostenlos; doch wird von dem den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitnehmer eine Kontrollgebühr von 20 Pfennigen erhoben, deren Erträge in einen Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeitnehmer fließen. — Das Statut enthält keine Vorschriften, welche irgendwie die Freiheit der Arbeitgeber in der Annahme der Arbeiter und die Freiheit der Arbeitnehmer in der Annahme von Arbeit beeinträchtigt. Es wird gehofft, daß die also beschlossenen Statuten eine geeignete Grundlage für die Organisation der paritätischen Fachverbandsnachweise bilden werden.

Schulpflicht. Aus dem Rathhause wird gemeldet: Wie aus zahlreichen Berichten der städtischen Schulkommissionen zu ersehen, ist im Publikum, und zwar angeblich aus Anlaß einer Zeitungsnotiz, der Irrthum verbreitet, daß Kinder, sobald sie 14 Jahre alt geworden sind, die Schule nicht mehr zu besuchen brauchen. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß die Schulpflicht in Berlin gemäß des § 1 des Regulativs zur Konstatierung des Schulbesuchs etc. im Allgemeinen bis zum Schluß desjenigen Halbjahres dauert, in welchem das Kind das 14. Lebensjahr vollendet. Sie kann noch länger dauern, wenn das Kind bis dahin die Mittelstufe einer Gemeindeschule nicht erreicht hat. Die städtische Schuldeputation ist daher gezwungen, gemäß der Verordnung des königl. Provinzial-Schulkollegiums vom 6. April 1897 nicht genügend entschuldigte Verhältnisse bis zur Verdingung der Schulpflicht dem königlichen Polizeipräsidenten zur Verfassung der verantwortlichen Personen anzuzeigen.

Der Erfinder des Parfümiers Kaiser, Ritter vieler Orden, der Erfinder des Parfümiers „Es ist erreicht“, Nationalheld der Deutschen Partei etc. etc., muß ein ganz vertieftes Geschäftsmann sein. In der Nr. 8 der „Zeitlicher Drogistenzeitung“ vom 23. Februar finden wir folgende Mitteilung:

Was ist die Hauptsache an einer Kosmetischen u. s. w. Spezialität? Früher war man wohl der Meinung, daß dies eine zweckentsprechende Zusammenfassung und gute Mischung sei, und erst wenn dies festgestellt war, brachte man den Artikel in den Handel. Heutzutage ist die Hauptsache der Name; der dazu gehörige Artikel kommt erst in zweiter Linie. Die „Pharm. Zeitung“ enthält vor einigen Wochen nachstehendes Inserat:

„Haarfarbmittel!! Für meine Schürmarke „Ewige Jugend“, verbunden mit einer neu erfundenen, geschäftlich geschützten, originellen M. suche ich von einem Chemiker das Rezept eines allmählich färbenden, neuen Haar- und Bartfarbwassers, welches aber frei von schädlichen, durch das Gesetz vom 5. Juli 1887, § 1, Abth. II, verbotenen Stoffen sein muß, gegen einmalige Zahlung zu erwerben. Auf Wunsch bin ich auch bereit, das Geschäft, welches mit großer Kellame in Szene gesetzt werden soll, mit dem Erfinder zusammen zu machen. François Gaby, Hof-Friseur und Parfümeur St. Raj. des Kaisers und Königs, Berlin NW.“

„Vesichlungen“ sollen fortan im Reiche des Herrn Thieren die Gauer genannt werden, die bisher mit schänden wässigen Lauten als Signalstationen bezeichnet worden sind. Für die Vesichlungen, in denen auf einigen Stationen der Stadt- und Ringbahn die Vesichlung eingepflegt sind, würden wir den Namen „Rheumatismusbuden“ vorschlagen, wenn dies Wort nicht so gräßlich undeutsch wäre.

Verzweigungsthat eines Hungernden. Ein erschütternder Vorgang spielte sich am Sonnabend Nachmittag um 8 Uhr im Hause Ewaldstr. 113 ab. Dort wohnt der 39 Jahre alte Kutcher Ewald Richter, der seit einem Vierteljahr außer Stellung und wiederum vergebens nach Arbeit Umschau gehalten hatte. In seiner Verzweiflung ergriff er eine Flasche mit Salzsäure und trank einen großen Theil des Inhalts aus, ohne daß die Frau und eine Tochter ihn daran hindern konnten. Als er infolge dessen

bewußtlos umfiel, glaubte die Ehefrau, daß er todt sei und ergriff nun ihrerseits die Flasche mit Gift, um dem Manne zu folgen. Durch den Unglücksfall der Tochter wurde sie zur Vernunft zurückgebracht und ließ von der Flasche ab. Inzwischen waren Nachbarn zusammengelaufen; Richter lehnte allmählich vom Bewußtsein zurück und wurde in einem Liegenden Krankenwagen nach der Charitee gebracht. Dort haben die Aerzte sofort Gegenmittel angewandt und hoffen, ihn am Leben erhalten zu können.

Die Abholzungen im Thiergarten, welche bisher nur in dem südlich von der Charlottenburger Chaussee gelegenen größeren Theile stattfanden, werden jetzt auch nördlich von dieser Chaussee vorgenommen.

Ein neues Theater-Unternehmen. Wie wir in Erfahrung bringen, wird das Parodie-Theater einer vollständigen Umänderung und Renovation unterzogen und als „Wiener Volks-Theater“ am 4. März d. J. unter Leitung eines Herrn Leopold Weiß, Schriftsteller aus Wien, eröffnet werden.

Der verhasste Willy Lange hat seine Aussagen über den Verbleib des veruntreuten Geldes geändert. Er giebt nunmehr an, daß die 40 000 M. ihm nicht im Schlaf, als er auf dem Kreuzberg genächtigt hätte, gestohlen worden seien, sondern er will das Geld einem großen „unbekannten“ Mann zur Aufbewahrung übergeben haben, was natürlich ebenso unwahr ist, wie die ersten Angaben. Lange macht allgemein einen sehr schlechten Eindruck. Doch ist zu hoffen, daß er noch eingesteht, wo er das Geld versteckt hat. Die Kriminalpolizei hat bei seiner Mutter und seinen Bekannten Hausdurchsuchungen gehalten, die bis jetzt vergeblich gewesen sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Lange das Geld irgendwo im Freien versteckt oder vergraben hat. Die Rächte hat Lange in der Wohnung von zwei Mädchen verbracht, bei denen auch schon Nachforschungen nach dem Gelde veranstaltet worden sind.

Durch ein Schaufenster des Zigarrenladens von Max Geist ging gestern früh ein schmales Pferd, das vor einem Geschäftswagen geparkt war. An der Ecke der Kaiser-Wilhelm- und Klosterstraße hielten mehrere Wagen, deren Inhalt für die Zentral-Markthalle bestimmt war. Ein Pferd wurde plötzlich wild, drehte sich kurz um und sprang mit Vorderbeinen und Kopf durch das Schaufenster in den Laden Kaiser-Wilhelmstraße 28 hinein. Außer der Scheibe wurde ein im Fenster hängendes Glasbild zertrümmert und einige Stützen Zigarren zertrümmert. Es kostete Mühe, das am Kopf und an den Vorderbeinen durch Glasschritte verletzte Thier aus der gefährlichen Lage wieder herauszubringen.

Fünf Feuerwänner bei einem Brande verunglückt. Ein schrecklicher Brandfall ereignete sich gestern Abend Meyerstr. 29. In dem Dachgeschoss des sehr breiten und tiefen fünfstöckigen Vorderhauses lagerten große Posten Roals, Watte, Zellabschnitte und andere in der Küche verbrauchte Stoffe. Gegen 7 1/2 Uhr Abends ging der Küchener Martz ein mit einer Petroleumlampe nach dem Boden. Angeblich explodirte dieselbe und setzte die leicht brennbaren Stoffe in Brand, der sich mit einer solchen Schnelligkeit über den ganzen Dachboden verbreitete, daß die Hausbewohner der rapiden Entzündung mit großem Mißtrauen gegenüberstehen. Sie sind geneigt, vorsätzliche Brandstiftung anzunehmen. Als Brandinspektor Barth von der ersten Kompanie mit dem ersten Löschzuge am Brandorte eintraf und die Gefahr übernahm, ließ er sofort „Mittelfeuer“ nachmelden, worauf in kurzer Zeit neun Löschzüge zur Stelle waren. Leider kamen die mechanischen Leitern etwas spät, so daß der erste Angriff lediglich über die einzige vorhandene Treppe erfolgen mußte. Als dann die mechanischen Leitern eintrafen, unternahm Brandmeister Baumann von der 1. Kompanie einen Angriff vom Dach aus. Letzteres war aber aus Holzwerk hergestellt und erlitt durch den Angriff ungemein. Während man noch beschäftigt war, das Dach zu durchschlagen, brach letzteres durch und Brandmeister Baumann, sowie Feuerwänner Meyer stürzten in die Gluth. Meyer war es nicht möglich, sich zu retten; er wurde später vollständig verkohlt unter den Trümmern hervorgezogen. Baumann, obwohl im Gesicht und an den Händen schwer verbrannt, konnte sich noch nach einer feilschen Rettung retten, von wo aus er den Sprung in das mittlere ausgebreitete Sprungnetz riskirte und auch glücklich unten ankam. Oberfeuerwänner Hank erlitt starke Rauchvergiftung und mußte nach seiner Wohnung gefahren werden. Zwei Feuerwänner wurden außerdem durch Stichflammen schwer verbrannt. — Der ganze Dachstuhl brannte aus und haben viele Mieser starke Verluste. Branddirektor Gierberg leitete anfangs die Lösungsarbeiten und kam später noch einmal, um sich nach dem Befinden der Verunglückten zu erkundigen.

Aus den Nachbarorten.

Ablerhof. Die Parteigenossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß heute, Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Schmauser eine Volksversammlung stattfinden wird, in der der Gemeindevertreter Wadepuhl über die Thätigkeit des hiesigen Gemeinderathes berichtet wird. Außerdem wird Genosse Massini über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter im Berliner Lokal-Anzeiger referiren. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet jeden Parteigenossen zum Besuche und zu reger Agitation für die Versammlung.
Der Vertrauensmann.

Rixdorf. Am Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, findet in Peters Salon, Ansebräcker 113, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Welche Bedeutung haben die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen für die Einwohner Rixdorfs? Referent: Reichstags-Abgeordneter Stolle. 2. Diskussion. 3. Bericht des Wahlkomitees. Um zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, ersucht
Der Vertrauensmann.

Spandau. Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins findet am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Madde, Reimeislerstr. 5, statt. Reichstags-Abgeordneter Sasse spricht über das Thema: „Soziale Rechtspflege“. Zahlreicher Besuch wird bestimmt erwartet.

Die Einführung von Schularzten ist in der letzten Sitzung des Charlottenburger Magistrats lediglich im Prinzip beschlossen worden. Die Einzelheiten der neuen Einrichtung bleiben weiterer Beschlussfassung vorbehalten. Für diese wird seitens der Schuldeputation eine umfangreiche Vorlage angefertigt. Geplant wird zunächst die Anstellung von fünf Aerzten. Für deren Thätigkeit ist eine Entschädigung von je 300 M. vorgesehen. Jedem Arzt sollen durchschnittlich 1800, höchstens 2000 Kinder anvertraut werden. Um ein möglichst eingehendes und erschöpfendes Urtheil in der Frage zu gewinnen, wird beabsichtigt, hierfür fünf Gemeinde-Doppelschulen in den verschiedenen Theilen der Stadt auszuwählen. Vor allem ist dazu die katholische Schule IX/X in der Kirchhofstraße bestimmt, die von Kindern aus allen Stadttheilen, insbesondere auch von der ganzen polnischen Bevölkerung Charlottenburgs, besucht wird. Aus der Gegend des Zoologischen Gartens ist die Doppelschule VII/VIII in der Joachimshalerstraße, von der Gegend der Trinitatisstraße die Schule I/II in der Pestalozzistraße, jenseits der Spree die Schule XI/XII in der Sophie-Charlottenstraße auszuwählen.

Die Meinungsverschiedenheit des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung in der Frage der Erhöhung der Schulgebühren an den höheren Schulen Charlottenburgs dürfte nunmehr ihre Lösung finden. Wie berichtet, hatte die Stadtverordneten-Versammlung einige der Sätze etwas erhöht, der Magistrat aber seine Zustimmung versagt. Der Staatsauschuss, dem die Angelegenheit überwiesen worden war, hat nun am Freitag Abend einstimmig eine Resolution zu der Position beschlossen. In der Resolution wird der Magistrat ersucht, mit thunlichster Beschleunigung die Errichtung einer mittleren Bürgerschule, etwa auf der Stufe der Berliner Realschulen, in die Wege zu leiten. Unter dieser Voraussetzung hat der Ausschuss, um alle Härten zu vermeiden, beschlossen, nur um wenig höhere Sätze als die des Magistrats der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen. Bei der Ober-Realschule sollen die Sätze überhaupt dieselben bleiben. Am Real-

gymnasium sollen 110 M., an den Volksschulen 100 M., an den oberen Klassen der höheren Mädchenschule 110 M., an den unteren 80 M. erhoben werden.

Die Festsetzung des Etats der städtischen Volksbibliothek in Charlottenburg hatte im vorigen Jahr zu lebhaften Erörterungen in der Bürgerschaft und in der Presse geführt. Der Magistrat hatte für die Bibliothek einen Fonds von 25 000 M. beantragt, der Staatsauschuss und die Stadtverordneten-Versammlung aber nur 150 000 M. bewilligt. Für das kommende Rechnungsjahr hat nun der Magistrat wiederum 25 000 M. in den Etat gestellt. Der Staatsauschuss hat dieser Position gestern Abend seine Zustimmung erteilt, was jetzt hoffentlich auch von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung geschehen wird.

Den Namen Caprivibrücke sollte, wie wir berichtet haben, eine der vier neuen Brücken Charlottenburgs, der Geburtsstadt des zweiten Kanzlers, erhalten. Für diese Benennung ist jetzt die Brücke, die vom Liegow aus bei dem Zimmermann'schen Grundstück über die Spree führt, auszuwählen.

Ein Opfer des Frühstücksaustragens. In der Wugsburgerstraße 19 wohnte eine Familie K., deren noch im schulpflichtigen Alter stehendes Töchterchen Morgens Frühstück austragen hilft. Das Kind, welches sich zum Leuchten auf der Treppe einer Petroleumlampe bediente, stolperte und ließ die Lampe fallen. Es erfolgte eine Explosion, durch welche das arme Mädchen ausgebeulte Brandwunden am ganzen Körper erlitt. Im Kopp'schen Krankenwagen wurde es in sehr bedenklichem Zustande nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht.

Die Gemeindevertretung von Adlershof hat die Erhebung eines Zuschlages zur Bransteuer in Höhe von 65 Pf. für den Gemarkungsbezirk beschlossen. Bei Originalgebühren, die von Adlershof ausgeführt werden, wird die Steuer zurückerstattet. — Ein Antrag des Schuldners E. auf Erstattung von 124 M. Unzugskosten wurde abgelehnt. — Obgleich der Kostenanschlag für die neue Schule auf 194 000 M. lautete, hat der Bau in Wirklichkeit 290 000 M. verschlungen. Die Forderungen der Handwerker haben allein den Zuschlag um 7000 M. überzogen. — Im Gemeindebureau, Zimmer 8, soll fortan eine Liste über leerstehende Wohnungen ausgelegt werden.

Weihensee. Vom 1. März ab ist an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen der Nachmittags-Schalterdienst beim hiesigen Postamt in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags verlegt. Die Telegraphendienststunden erfahren keine Veränderung. — Das Bestreben der Straßenbaukommission, den Wünschen der Einwohnerschaft nach guten passablen Straßen Rechnung zu tragen, wird durch das Verhalten einzelner Grundbesitzer in hohem Maße beeinträchtigt. Schon seit langer Zeit fordern z. B. die Anwohner der Viktorienstraße eine vollständige Regelung des Theiles zwischen Kollstraße und Hamburger Platz. Die Kommission berief eine Versammlung der Adjazenten dieser Straße ein, um mit ihnen Rücksprache zu nehmen. Es zeigte sich hierbei, daß sämtliche Adjazenten mit einer einzigen Ausnahme sich bereit erklärten, die zur Regelung der Straße notwendigen Arbeiten herzustellen zu lassen. Da dieser Eine sich weigerte, mußte die Regelung der Straße unterbleiben. Der Herr, welcher durch Verweigerung seiner Zusage soviel — Sinn für das Gemeinwohl zeigte, ist der Gärtnereibesitzer Deeg. Nicht oft geschieht es, daß in so augenfälliger Weise die Kurzsichtigkeit gewisser Kreise für das Gemeinwohl illustriert wird als es hier geschehen. Gründe anzugeben für solches Verhalten haben solche Herren nicht nötig. Ich will nicht über: Ich fühle kein Bedürfnis hierzu! Derartige, von, wir wollen sagen, allzugrohem Selbstbewußtsein zeugende Ausprüche zeigen mit wünschenswerther Deutlichkeit, daß in diesen Kreisen die Verechtung persönlicher Interessen, ohne jede Rücksicht auf die Forderungen der Allgemeinheit, über alles geht.

Das Schöneberger Reformgymnasium, im Banckreis des Reclus und seiner Bororte die erste höhere Lehranstalt nach dem neuen („Frankfurter“) Schulsystem, wird, wie jetzt feststeht, zu Michaelis dieses Jahres bestimmt in sein eigenes Heim an der Velzigerstraße übersiedeln.

Die Spandauer Stadtverordneten haben eine siebenköpfige Kommission zur Aufstellung einer „Lohnskala für sämtliche städtische Arbeiter“ niedergesetzt, der auch unser Parteigenosse Dusch angehört. Die Bevölkerung der Stadt Spandau hat sich im letzten Jahre um 1500 Einwohner vermehrt. Für das neue Etatsjahr ist der Zuschlag zu den Personalssteuern um 10 pCt. herabgesetzt; er solle 170 pCt. betragen, während 190 pCt. Zuschlag zu den Realsteuern in Aussicht genommen sind. Das Kapitalvermögen ist bedeutend vermindert und beträgt jetzt rund 234 000 M.; die Schuldenlast ist durch die Einrichtung der Kanalisation und Wasserleitung bis auf 5 679 000 M. gestiegen.

In Reinickendorf ist zwischen der Gemeinde und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach im Oktober d. J. mit der Legung des Kabels soweit vorgeschritten sein muß, daß sämtliche Straßen, die jetzt mit Petroleum erleuchtet werden, elektrisches Licht erhalten. Selbst die Amendstraße, wo man Abends völlig im Dunkeln tappte, soll im Licht der Kerzen erstrahlen.

Wegen Diebstahls an Kriegsgewehren wurde beim 2. Garde-Regiment-Artillerie-Regiment in Potsdam der Quartiermeister Feuer von der 1. reitenden Batterie verhaftet. Der Diebstahl wurde durch Zufall entdeckt.

Aufhebung eines Kupplernestes. Die Rixdorfer Gendarmen hob gestern in der Schulstraße daselbst ein größeres Kupplerneest auf, wobei u. A. auch ein blutjunges Mädchen sowie ein junger Mann aus Berlin festgenommen wurden. Dieser wollte sich seiner Verhaftung durch schleunige Flucht entziehen, woran er jedoch verhindert wurde. Nach seiner Angabe feierte er gerade an diesem Tage seinen Geburtstag, den er nicht gern im Gefängnis zubringen wollte. Die laubere Gesellschaft wurde dem Amtsgefängnis in Rixdorf zugeführt.

Infolge von Typhuskrankungen, die in mehreren Ortsteilen des Kreises Osthavelland ausgebrochen sind, ist die Polizeiverwaltung in Rauen von der Aufsichtsbehörde angewiesen worden, das Wasser der öffentlichen Straßenbrunnen auf seine Eigenschaft als Trinkwasser untersuchen zu lassen. Die vom Nahrungsmittelamt in Berlin angestellte Untersuchung hat ergeben, daß das Wasser von zwölf Brunnen, und zwar von denjenigen, die am meisten benutzt worden sind, zum Genuß für Menschen völlig untauglich ist. Die gesundheitsgefährlichen Brunnen sind nun polizeilich geschlossen worden.

Eine wahrhaft moderne Zeitung.

Mit einem Zirkular, das die Reklame-Überschrift trägt: „Eine wahrhaft moderne Zeitung“, betreibt jetzt der Verleger des „Lokal-Anzeigers“ den Abonnentengang. In einer Lobhymne erscheinen die Vorzüge des Weltblattes unübersehbare von allen anderen. Modern mag sich der „Lokal-Anzeiger“ schon nennen — modern im Sinne Stumm's, aber nicht in der Auffassung einer freien Entwicklung der Arbeiterbewegung, — modern wie sie in der Sprache des Sigers, auf den Remplagen und Wallfäden wiederkehrt, aber nicht wie sie in der Sprache eines ernsten Blattes zu finden ist.

Aber die Reklame rührt weiter, der „Lokal-Anzeiger“ wolle dem Leser nicht eine einseitige Meinung aufzwingen oder ihm Alles durch eine gefärbte Parteibrille zeigen. Nur eine parteilose, unabhängige Zeitung ist im Stande, die Ansprüche eines selbständigen denkenden und urtheilenden Lesers zu befriedigen.

Nun, die selbständig denkenden Leser haben dem „modernen Lokal-Anzeiger“ den Zutritt verweigert für die in seiner Offizin gegen die Vuchdrucker geübte parteiische Behandlung. Die Fragestellung der Vuchdrucker ist eine That, die nur in ganz fanatischen arbeiterscheindlichen Kreisen Zustimmung finden kann und in die „parteilose Haltung“ des „Lokal-Anzeigers“ ein helles

Schlaglicht geworfen hat. Hinter dem „Parteilosen“ treibt ein Vertreter der Reaktion sein Geschäft, der in Verabreichung kleiner Dosen das zu erreichen sucht, was seine Gesinnungsfreunde durch Offenheit im Kampfe zu erkennen geben.

Dabei muß trotz aller angewandten Mittel, trotz allem Verstedpielerei die Abmottentucht eine große sein. Dieser Tage wurde ein Jukular an sämtliche Buchhändler auf Bahnhöfen, an die Bahnhofs- und Gastwirtschaften verteilt, in welchem den Empfängern mitgeteilt wird, daß sie für den Monat März eine beliebige Anzahl von Exemplaren des „Lokal-Anzeiger“ beziehen können. Als besondere Vergütung wird ihnen dann für die Folge eine Preisermäßigung von 50 pCt in Aussicht gestellt. Das schmutzige Flugblatt der „Gutenbergbündler“, die in jämmerlicher Weise ihre Haltung zur Mahregelung ihrer Kollegen zu verteidigen suchen, und anscheinend von dem edlen Streben beseelt sind, Material zur Juchthausvorlage zu liefern, wird jetzt in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Aus welchen Quellen der Sold für diese That bezogen wird, ist nur zu deutlich ersichtlich. Das Machwerk ist seiner Zeit von uns besprochen, wir wollen dem Substrat weiter kein Wort mehr widmen.

An Mäßen und neuen genialen Jugmitteln fehlt es also Herrn Scheel nicht, damit aber der Erfolg nicht ausbleibt, werden die Arbeiter dafür sorgen, daß die „arbeiterfreundliche“ Stellung des „modernen Blattes“ überall zur Kenntnis gelangt und der Abmottent- und Juchthaus sich weiter deutlich bemerkbar macht. Kein Arbeiter wird ein Blatt abmottent, das seine Rechte mit Füßen tritt. Und damit die Berliner Bevölkerung dem „modernen Lokal-Anzeiger“ die rechte Würdigung zu theil werden lasse, wird heute abends seine „Arbeiterfreundlichkeit“ in unparteiischem Sinne in einer Million Flugblättern, die in ganz Berlin und den Vororten zur Verbreitung gelangen, bekannt gegeben werden. Die Berliner Arbeiterchaft wird ihre Rechte nicht von der Laune eines Kapitalisten wegdekretiren lassen, sondern wird gegen Angriffe auf ihre Koalitionsrecht alle Mittel zur Abwehr benützen, die ihr allen zu Gebote stehen. Deshalb: „Fort mit dem „Lokal-Anzeiger“!

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Bühnen. Freie Volksbühne, Friedrich-Wilhelm-Straße, Theater, Nachmittags 2 1/2, Uhr, III. Abtheilung: „In Behandlung“. Fessing-Theater, Nachmittags 2 1/2, Uhr, I. Abtheilung: „Die Erziehung zur Ehe“. Ueberräume: 2. Abtheilung: „Djaguzi“. „Bergheimische“. Anfang 7 1/2, Uhr. Dienstag: „Urbine“. Mittwoch: „Cavalleria rusticana“. „Die Abreise“. „Bergheimische“. Donnerstag: „Tammhäuser“. Freitag: „Die Entführung aus dem Serail“. „Bergheimische“. Sonnabend: „Diamant“. „Die Abreise“. „Bergheimische“. Sonntag, 6. März: „Die verkaufte Braut“. „Bergheimische“. Montag, 6. März: „Großes Konzert zum Behen der Wildnis“. Zum I. Male: „Die Unterwerfung des Lazarus“ von Don Lorenzo Perosi. Freitags: „Overture“. „Symphonie „Gricca“. Kaisermarsch mit Schlußchor. Anfang 8 Uhr. — Schauspielhaus. Sonntag: „Das fünfte Rad“. Montag: „Julius Cäsar“. Anfang 7 Uhr. Dienstag: „Das fünfte Rad“. Mittwoch: „Auf der Sonneneise“. Donnerstag: „Das fünfte Rad“. Freitag: „Julius Cäsar“. Sonnabend: „Das fünfte Rad“. Sonntag, 6. März: „Das fünfte Rad“. Montag, 6. März: „Liebe für Liebe“. — Neues königliches Opern-Theater. Sonntag: „Keine Vorstellung“. Mittwoch: „Konzert des Belgrader Gesangsvereins. Neu einstudirt: „Die Wälder“. „Der erste Kameval“. Donnerstag: „Konzert des Belgrader Gesangsvereins. „Die Wälder“. „Der erste Kameval“. Freitag: „Konzert des Belgrader Gesangsvereins. „Tangünde“. „Der erste Kameval“. Sonntag, den 5. März: „Madame Sans-Gêne“. Frau Hedwig Niemann-Knaabe, Herr Gustav Kober, als Käse. — Das Deutsche Theater hat für diese Woche folgenden Spielplan: Heute, Sonntag, Abend: „Pauline“. Morgen, Montag: „Cyrano von Bergerac“. Dienstag: „Fuhrmann Henschel“. Mittwoch, neu einstudirt: „Die Jüdin von Toledo“ mit Josef Kainz als König Wilson und Maria Weissenhofer als Rahel; Donnerstag: „Pauline“. Freitag: „Cyrano von Bergerac“. Sonnabend: „Fuhrmann Henschel“. nächstfolgenden Sonntag Abend: „Die Jüdin von Toledo“. Als Nachmittags-Vorstellung bringt der heutige Sonntag „Johannes“, der nächstfolgende Sonntag „Die Weber“. — Im Schiller-Theater werden heute Nachmittag Burdards's Komödie „Die Bürgerweiberwahl“ und der Malter „Schneider Hips“ mit Herrn Schwanow in der Titelrolle gegeben. Abends kommt das Postspiel „Gefmann's Rächer“ von F. Arronge zur Aufführung. Am Montag und Dienstag finden die letzten Wiederholungen des Schauspiel „Der Dornenweg“ statt. Für Mittwoch ist die erste Aufführung von „Die Neumärkter“, Schauspiel in 2 Aufzügen von H. H. H. und „Verbotene Früchte“, Lustspiel in 3 Aufzügen nach einem Zwischenpiel des Cervantes von Emil Gott angelegt. Am Donnerstag und Sonnabend wird diese Vorstellung wiederholt. Am Freitag geht „Die Weber“, der Mohr von Benedig“, in Szene. Nächsten Sonntag Nachmittag wird die „Pantelente“, Abends „Gib von Verdingen“ gegeben. — Im Bürgertheater des Rathhauses findet heute ein „Garten-Abend“ statt. — Im Theater des Westens gelangt Brüll's komische Oper „Der Husar“ heute Abend, am Montag, Mittwoch, Freitag und nächsten Sonntag mit den Hohen Reith, Wehlog und Fritz Werner zur Aufführung. Fräulein Veso gastirt nur noch zweimal, und zwar morgen als Jona und am Freitag als Santuzza in „Cavalleria rusticana“, welche letzteres Werk in Verbindung mit „Der Husar“ in Szene geht. Am Dienstag geht „Der Freischütz“ und am Donnerstag „Der Postillon von Donquixote“, hierauf „Am Wilder See“ in Szene. Als Vorstellung zu ermäßigten Preisen wird am Sonnabend „Das Glück des Eremiten“ gegeben. „Cavalleria rusticana“ leitet außer am Freitag auch am Sonntag die Vorstellung ein. Als Nachmittags-Vorstellung ist für heute „Der Waffenschmied“, für nächsten Sonntag „Der Freischütz“ bestimmt. — Im Fessing-Theater finden heute Abend sowie am Dienstag, Donnerstag und Freitag der Woche Wiederholungen von Max Halbes Drama „Die Heimathlosen“ statt. Am Sonnabend beginnt das Gastspiel von Frau Agnes Sorma mit einer Vorstellung von „Hara“ und wird am nächsten Sonntag mit einer Vorstellung von „Coprienne“ fortgesetzt. Am Montag wird das Lustspiel „Im weißen Röhl“, am Mittwoch der „Gnatterjahn“ von F. Falda und W. Dreier, „Die Jüdin“, „Unter blauen Wellen“, „Ein Ehrenhandel“, „Liebesdräume“ gegeben. — Im Neuen Theater finden in dieser Woche folgende Vorstellungen statt: Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: „Hofgänger“. Dienstag, zum ersten Mal: „Die Pflicht“, Drama in vier Akten von Rich. Landströmer; Freitag und nächsten Sonntag Abend: „Die Pflicht“; heute Nachmittag zu halben Preisen: „Die Barbaren“. — Im Belle-Alliance-Theater findet die Aufführung von G. Wibel's neuem Schauspiel „Die Gräfin von Schwerin“ am Freitag nächster Woche statt. Das „Mädchen von Schöneberg“ wird heute, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend gegeben. Montag: „Der Nachruhm“, am Mittwoch zu ermäßigten Preisen „Die Jungfrau von Orleans“. Als Nachmittags-Vorstellung ist für heute „Die Bluthochzeit“, für nächsten Sonntag „Napoleon“ angelegt. — Das Repertoire des Residenz-Theaters wird auch in dieser Woche ausschließlich Hiffon's Schwan, „Der Schatzkammer-Kontrollleur“ beherrschen. Heute Nachmittag geht „Jugend“, von Max Halbe, zu ermäßigten Preisen in Szene. — Im Thalia-Theater geht heute die Gefangenschaft „Schindels Engel“ mit Herrn Thomas als Gast zum 30. Male in Szene und bleibt auch in der nächsten Woche auf dem Spielplan. — Im Apollo-Theater wird am 1. März ein vollständig neues Programm beginnen, welches dadurch von besonderem Interesse sein dürfte, daß fast die sämtlichen Kräfte bisher noch niemals in Berlin aufgetreten und für das hiesige Publikum vollständig neu sind.

Gewerkschaftliches.

Abermals ein Berliner Schuhmann vor Gericht. Als ein faulbarer Wächter der Ordnung hat sich der jetzt entlassene Schuhmann Dallmann bei einem Vorfall erwiesen, der ihn gestern auf die Anklagebank der zweiten Strafkammer des Landgerichts I brachte. Er wurde angeklagt, in amtlicher Eigenschaft sich eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und eine weibliche Person thätlich beleidigt zu haben. Der Angeklagte hat kein Vertrauen erweckende Personalakten aufzuweisen; es geht aus ihnen hervor, daß er im Dienste wiederholt angetreten war und einmal eine schwere Disziplinarrasse erlitten hat, weil er im Jähzorn auf einen andern mit einem Revolver losgegangen war. Der im 16. Polizeirevier angestellte getwehene Angeklagte hatte am 20. Dezember den dienstlichen Auftrag erhalten, die Cheftour eines geisteskranken Malers nach dem Bureau zu bestellen. Er traf die Frau nicht zu Hause, er wußte aber, daß sie mit einer in der Rodlantstr. 5 wohnenden Frau A. verkehrt und deshalb begab er sich dorthin. Frau A. war auch nicht zu Hause, wie ihm von der die Thür öffnenden, im Regliese befindlichen Inwohnerin, der Klavierdielerin Garmisch, gesagt wurde. Der An-

geklagte erklärte darauf, daß er die Wohnung dennoch betreten müsse, um sich selbst von der Abwesenheit der Frau A. zu überzeugen und da der Beamte in Uniform war, glaubte Fr. G., daß sie dem Verlangen nachkommen müsse und ließ den Angeklagten hinein. Sie ist eine Oesterreicherin und etwas gesprächig und erzählte dem Beamten gleich allerlei aus ihrem Leben, von den schlechten Erfahrungen, die sie mit ihrer Wirthin gemacht habe u. s. w. Der Angeklagte verlangte nun auch das Zimmer des Fräulein zu sehen und dort fiel er plötzlich vollständig aus der Rolle: er umschlang die Zeugin, küßte sie, berührte sie in unanständiger Weise und ließ von seinen Angriffen erst ab, als die sich mit Aufbietung ihrer ganzen Kraft wehrende, schwächliche Person ihn energisch aufforderte, das Zimmer zu verlassen und um Hilfe zu rufen drohte. Sie hat dann in höchster Aufregung ihrer Wirthin ihr Abenteuer erzählt und dieses kam zur Kenntniß des Reviervorstandes des Angeklagten. Als der Hauptmann Gerle den Angeklagten vernahm, hat dieser schon durch seine Keuschheit einen indirekten Beweis seiner Schuld gegeben, er hat dann aber auch eingeräumt, die Zeugin umarmt und geküßt zu haben und nur gebeten, ihn nicht zu entlassen. Gestern widerrief er das Geständniß und erklärte die ganze Beschuldigung der Zeugin für un w a h r. — Die Zeugin ist ein kleines, fränkisches Fräulein, dem man die Noth des Lebens ansieht. — Staatsanwalt Dieze war durch die schlichte Darstellung von der Schuld des Angeklagten vollkommen überzeugt und beantragte, ihn aus §§ 123 und 342 St.-G.-B. zu verurtheilen. Erwägend falls ins Gewicht, daß der Angeklagte sich als Beamter, dem der Schutz der Bürger Berlins anvertraut war, in dieser Weise vergangen habe. Er habe durch die Wölfe, die er sich gegeben, demjenigen Theil der Oeffentlichkeit, der jede Gelegenheit gerne benutze, um den Schuflenten etwas am Zeuge zu flicken, Stoff zu neuen Angriffen gegeben. Aber gerade dieser Fall zeige, daß, wenn sich ein Schuhmann wirklich gegen sein Amt verbehe, auf das energischste und rücksichtsloseste vorgegangen werde, und daß hier gar nichts verlustet worden sei, was sehr leicht gewesen wäre, da die Zeugin die Bestrafung des Angeklagten gar nicht so nachdrücklich verlangte. Er dagegen halte eine energische Bestrafung für durchaus geboten und beantrage 1 Jahr 3 Monate Gefängniß. — Der Gerichtshof schenkte der Zeugin vollen Glauben und verurtheilte den Angeklagten wegen Vergehens im Amte und Beleidigung zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängniß. Der Antrag des Angeklagten auf Haftentlassung wurde abgelehnt.

Die Anschauungen, die der Staatsanwalt hier über das unvergleichliche Wollen der Gerechtigkeit in unserem Polizeiwesen mit einem kleinen Seitenblick auf den nördlichen Theil der Oeffentlichkeit vorträgt, verdienen angesichts der Thatfachen, die z. B. im Polizeiprozess Stadthagen ans Licht gefördert sind, ihres seltenen Idealismus wegen ganz besondere Anerkennung.

Wie die Polizei sich Mühtung verhasst. „Cyrano de Bergerac“ und die „Gedogener Madetten“ beschäftigten gestern noch einmal die achte Strafkammer des Landgerichts I. Wie bekannt hatte, als Direktor Brahm in Deutsches Theater den „Cyrano de Bergerac“ aufführen wollte, die polizeiliche Zensur einige durchaus harmlose Stellen gestrichen. Direktor Brahm glaubte, daß die Polizei nicht das Recht habe, einem Dichterverk so willkürliche Verschönerungen zuzufügen, er erhob bei dem Oberpräsidenten Beschwerde und inzwischen sprach Herr Kainz von der Bühne herab auch die gestrichenen Stellen. Der Oberpräsident hat auf dem schnellsten Wege den Mißgriff der polizeilichen Zensur verbessert und entschieden, daß gegen die Küffigung des Werkes einschließliche der gestrichenen Stellen keinerlei ordnungs- oder sittenpolizeiliche Bedenken vorliegen. Dies konnte nicht verhindern, daß Direktor Brahm wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 10. Juli 1851 unter Anklage gestellt wurde. Das Schöffengericht erkannte seinerzeit auf rechtlichen Gründen auf Freisprechung, der Staatsanwalt legte hiergegen Berufung ein. Staatsanwalt K a n z o w nahm seinen Anstand, zu erklären, daß das Zensurverbot ein absolut unberechtigtes gewesen sei, hielt aber doch eine Verurteilung für geboten, da für einen Theaterdirektor das Verbot zwingende Kraft gehabt habe und der Verurteilung des Oberpräsidenten eine richterliche Kraft nicht innewohne. Er beantragte 60 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt J o n a s beantragte aus rechtlichen Gründen die Verwerfung der Berufung. Es handelte sich hier um einen Fall, in welchem sich die Polizei gründlich verhalten habe. Nicht nur der Oberpräsident habe die Polizeiverfügung schnellstens aufgehoben, sondern es haben alle Instanzen gesagt, daß die Polizei hier etwas Unbegreifliches gethan habe. Es wäre bedauerlich, wenn das Gericht aus irgend einem formalen Grunde der Polizei in diesem Beginnen Hilfe leisten müßte. — Der Gerichtshof erkannte durch den Mund seines Vorsitzenden an, daß in diesem Falle die Jähre oder Jähre eine verkehrte Maßregel war, die besser unterblieben wäre. Trotzdem habe das Gericht verurtheilen müssen, da die Polizei nun ein mal das Recht habe, die Gestaltung eines Stüdes nur in eingeschränkter Form auszusprechen und der Theaterleiter habe die Pflicht, dieser polizeilichen Anordnung Folge zu leisten, bis er etwa auf dem Beschwerewege das Unberechtigte der Verordnung nachgewiesen habe. Der Gerichtshof hielt aber die geringste zulässige Strafe für geboten und erkannte für 3 Uebertretungsjahre auf 9 M. Geldstrafe.

Als der Landtags-Abgeordnete Wark die merkwürdigen Verfassungen des Zensurpolizeiwesens im Abgeordnetenhause unter allgemeinem Gelächter vortrug, glaubte er bekanntlich, sich ganz besonders entschuldigen zu müssen, weil er in seiner Rede das Wort „Geist“ mit diesen Polizeihoten in Verbindung gebracht hatte.

Neues vom kriegenden Gerichtsstand. Aus Halle berichtet man uns: Der Redakteur R e x h ä u s e r von dem in Leipzig erscheinenden Buchdrucker-Correspondenten war von dem an der kaiserlichen halleischen Zeitung angestellten Faktor H ü b s c h wegen Beleidigung vor den Kadi geladen worden. Hübisch ist wegen Unterschlagung von Arbeitergroschen bestraft worden und diese Thatsache war im Correspondenten seinerzeit bekannt geworden. Der Vertheidiger R e x h ä u s e r, Rechtsanwalt Herzfeld, machte den Einwand der Unzuständigkeit geltend mit dem Hinweis, daß Preßbeleidigungen nur dort verfolgt werden können, wo sie begangen worden sind. Der Privatkläger hätte seine Klage in Leipzig anhängig machen müssen. Das Gericht erkannte dem Antrage des Vertheidigers gemäß auf Einstellung des Verfahrens und legte dem Privatkläger H ü b s c h die Kosten zur Last.

Ein empfehlenswerther Arzt. Der praktische Arzt Dr. med. Max S c h l e i c h von Löwenfeld war in einem früheren Verfahren vom Landgericht Weiden wegen fahrlässiger Tödtung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Nachdem seine Revision vom Reichsgericht verworfen worden war, reichte er ein Gnadengeuch ein. Hierdurch wurde der Staatsanwalt veranlaßt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. In der neuen Verhandlung, die am 29. November d. J. vor dem Landgerichte Weiden stattfand, beantragte der Staatsanwalt zwar die Freisprechung des Angeklagten, aber das Gericht verurtheilte den Angeklagten doch wieder zu drei Monaten Gefängniß. Zur Last gelegt wurde dem Angeklagten, daß er bei der Entbindung einer Frau in höchst fahrlässiger Weise zu Werke gegangen ist, so daß Mutter und Kind starben. Das Kind befand sich in der Querlage und der Angeklagte wußte, um die Geburt zu ermöglichen, nichts besseres zu thun, als daß er einen Arm amputirte, wobei er bemerkte, das Kind werde wohl schon todt sein. In Wirklichkeit lebte das Kind aber noch. Nachdem der Angeklagte mehrere Stunden vergeblich bemüht war, die Geburt zu Ende zu führen, stand er davon ab. Ein anderer Arzt, der sodann herbeigerufen wurde, brachte das Kind in kurzer Zeit zur Welt. Es mochte noch dem Austritt noch einige Athmungsversuche, starb dann aber sofort. Zwei Tage später starb auch die Mutter, wie angenommen wurde, weil der Angeklagte während seiner Thätigkeit seine Hände nicht genügend desinfizirt hatte. Die Fahrlässigkeit des Angeklagten und der ursächliche Zusammenhang zwischen seinem Handeln und dem Tode von Mutter und Kind ist vom Gerichte festgestellt. Als

strafmildernd wurden in Betracht gezogen die schlechte Vorbildung und die Unfähigkeit des Angeklagten. — Gegen das Urtheil hatte sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Revision eingelegt. Der letztere behauptete, es fehle die thätliche Grundlage dafür, daß der Tod nicht auch ohne die vorangegangene Behandlung des Angeklagten eingetreten wäre. In der gestrigen Verhandlung vor dem Reichsgericht beantragte der Reichsanwalt die Verwerfung beider Revisionen. Das Reichsgericht entschied gemäß diesem Antrag.

Der Bureauvorsteher Wolter, der kürzlich von der 1. Strafkammer am Landgericht I zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt wurde, theilt uns mit, daß er gegen dies Urtheil Revision eingelegt habe.

Gegen die Schauspielerin Nisleben aus der Dorotheenstraße, deren Verhaftung wegen Kluppelei wir melbeten, ist das schwurgerichtliche Urtheil nach einer Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gestern gesprochen. Der Anwalt der Angeklagten Dr. H. Maruse betrog sie in letzter Stunde zu einem Geständniß. Der Nachweis, daß in ihrer Wohnung minderjährige Mädchen preisgegeben wurden, konnte nicht erbracht werden. Daher lautete das Urtheil nur auf 5 Monate Gefängniß, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Deutsches Reich.

Der Weberstand bei der Firma Schiller, Crous u. Cie. in Kempen ist durch Vermittelung des Bürgermeisters beigelegt. Die Firma erklärte sich bereit, mindestens während eines halben Jahres 10 pCt. Lohnerhöhung zu zahlen.

Tabakarbeiter! Die Streiks in Heiligenstadt und Delmenhorst dauern fort, auch die Aussperrung in Braunschweig ist noch nicht beendet. Ferner ist der Zug nach Gumbinnen fernzuhalten.

Maurerausperrung in Sangerhausen. Der Erfurter „Tribüne“ wird berichtet: Ende Januar machten die Maurer in Sangerhausen an die Meister eine Forderung, worin dieselben forderten, daß vom 1. April d. J. an der bis jetzt gezahlte Stundenlohn von 33 Pf. auf 38 Pf. erhöht werden soll. Es wurde dies Erfuchen von den Meistern kurz abgelehnt. Um den Gefellen betrefis weiterer Maßnahmen zuvor zu kommen, legten die Meister denselben am letzten Sonnabend ein Schriftstück vor, worauf sie sich durch Unterschrift verpflichteten, im Jahre 1899 für einen Stundenlohn von 33 Pf. zu arbeiten. Dies Ansuchen lehnte jedoch der größte Theil der Maurer ab. Dieselben wurden darauf sofort ausgesperrt. Die Meister haben sich gegenseitig verpflichtet, gegen eine Konventionalstrafe von 1000 M. keinen Maurer einzustellen, welcher vorbezeichnete Unterschrift verweigert. Die Situation ist für die Maurer sehr günstig, und ist nach Lage der Sache in kurzer Zeit bestimmt auf einen Sieg der Arbeiter zu rechnen, wenn dieselben wie bisher in Einigkeit beharren.

Die Dresdener Maurer machen ihre Berufskollegen darauf aufmerksam, daß gegenwärtig in ihrem Beruf eine große Arbeitslosigkeit herrscht und deshalb der Zug nach Dresden möglichst zu meiden ist.

Die Handlungsgehilfen in Frankfurt a. M. betreiben eine eifrige Agitation, um die völlige Sonntagsruhe in Bank- und Engros-Geschäften durchzusetzen. Die Gemeindevertretung hat sich bisher der Sache sehr lau angenommen und sucht anscheinend die Entscheidung hinauszuschieben, indem sie die Handelskammer beauftragt, sich durch eine Umfrage gutachtlich zu äußern. Hiergegen haben die Handlungsgehilfen durch Annahme folgender Resolution Stellung genommen:

Die von Seiten der Frankfurter Kaufmännischen Vereine einberufene Versammlung bedauert die unkluge Haltung des Sozialpolitischen Ausschusses der angestrebten völligen Sonntagsruhe gegenüber. Die Versammlung drückt ihre Mißbilligung aus, daß die Handelskammer mit der Veranstaltung einer Umfrage betraut wurde, obgleich diese Körperschaft durch einen früheren ablehnenden Bescheid in ihren Anschauungen festgelegt ist, während man gleichzeitig auf die Unterstützung der Gehilfenschaft verzichtet und das Verfragen derselben nur unbestimmt andeutet. Die Versammlung fordert: 1. Mündliche Vernehmung der Gehilfenvertreter; 2. Das Hinzufügen der weiter angefügten Fragen in die Erhebung: a) Wie lange ist die gewöhnliche Arbeitszeit? b) Wie lange ist sie in der Saison? c) Haben die Handlungsgehilfen regelmäßige Mittagspausen? d) Wie lange dauert dieselbe? e) Wird den Angeklagten Urlaub gewährt? 3. Die Drudlegung und Veröffentlichung des Ergebnisses.

Der Streik in der Elektrizitäts-Gesellschaft Schudert in Nürnberg dauert fort. Eine Kommission, die Verhandlungen mit der Direktion anknüpfte, wurde abgewiesen. Wie mitgetheilt wird, verichit die Firma ihre Modelle an andere Gießereien, um dort den fehlenden Guß anfertigen zu lassen. Die Formner werden gebeten, die Ausständigen in ihrem Kampf zu unterstützen, vor allem aber den Zug fernzuhalten.

Ausland.

Die Textilarbeiter in Nachod (Böhmen) befinden sich in allen Fabriken im Ausstand. Es sind ungefähr 1700 Arbeiter betheilt. Die Differenzen entstanden durch einen Lohnabzug in einer größeren Fabrik, worauf sämtliche Arbeiter in den anderen Fabriken dem Streik sich angeschlossen.

Die Londoner Studature werden anscheinend ihre Differenzen mit dem Prinzipalsverein doch nicht auf altem Wege erledigen können. Wie bereits mitgetheilt, verlangen einige Sektionen der Arbeiterorganisation, daß die Vertföhren und Betriebsleiter ihrer Vereinigung betreten müßten. Der Prinzipalsverein drohte hiergegen die Ausperrung an, worauf die Arbeiter in einer Konferenz das Verlangen der Sektionen zurückwiesen. Nun haben die Unternehmner weiter verlangt, daß die Organisation künftig nicht mehr durch Kundenscheiben die Meister bekannt geben soll, bei welchen keine Arbeit angenommen werden darf und ferner die Mitbestimmung über die Arbeitsverhältnisse aufgeben soll. Die Studature lehnten dieses Verlangen ab und hat hierauf die Unternehmerorganisation angedroht, daß sie am 6. März in ganz England die Studature ausperrten wird.

Vermischtes.

Der Westmünder Landdampfer „Minister Rathbach“ ist mit 33 Mann Besatzung von New-Hork nach Biffingen unterwegs und seit zehn Tagen überfällig; man besorgt, er sei verloren.

Der Arbeiter Rangol, der den Amtsergenten Randzia in P a u r a h ü t t e durch mehrere Revolverschläge lebensgefährlich verletzt hat, ist gestern in Piasnik verhaftet worden.

Gefährliche Zigaretten. Aus G r a z wird berichtet: Wiederholt schon explodirten in österreichischen Fabriken erzeugte Zigaretten aus unbekanntem Uraachen. Bei in Laibach fabrizirten Dram-Zigaretten fand man nun Kaliumchlorid. Es wurden infolge dessen 9000 Schachteln konfisizirt.

Der Raubmörder, der vor etwa vier Wochen die Pfandsleherin Diehl in München am hellen lichten Tage in ihrem Laden ermordete und beraubte, ist jetzt verhaftet worden. Auf seine Spur kam man, als er in einem Juwelierladen einen aus einem Ring ausgebrochenen Stein verkaufen wollte. Er ist der 16jährige Weggeföhrling Max Wagner, ein kleines, unansehnliches Fräulein mit verschmittem Gesicht. Er hat bereits gefanden. Die gestohlenen Werthgegenstände fand man in seiner Schlafstätte. Die gestohlenen 500 M. hat er verbraucht.

Die Rettung der „Bulgaria.“ Von dem Kapitän S c h m i d l ist der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie ein Bericht über den

Quittung.

Für die Familien der Opfer des Dresdener Schwurgerichts-Urtheils gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beträge ein:

- Für die Familien der Opfer des Dresdener Schwurgerichts-Urtheils gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beträge ein: Berlin: Zimmerplatz 8 u. Nr. 16. - Elektrische Glühlampen-Geschäft 26, 4. - Die Metallarbeiter von Gies 17,15. Die Lithographen und Steinbruder der Firma Hugelberg 37,95. Bauschleifer von Sawatzky, Belle-Alliancestr. 84 6. - Arbeiter der Zigarrenfabrik H. Menert 2,00. Bau-Remontranten 21 9. - Rürnberg, durch die Expedition der „Frankischen Tagespost“ 491,21. München, durch den Verlag der „Münchener Post“ 125,70. Vom Remeslerhande 5. - Aus Osnabrück, über das Dresdener Urtheil empörte Angehörige des Bürgerthams 10. - Budapest, von deutschen Arbeitern 10,18. Breslau, durch die Vertrauensleute 1. Rate 500. - Erfurt, Sammlung der „Tribüne“ 2. Rate 200. - Götting, durch die Expedition des „Volksblatts“ 110. - Stuttgart, Sammlung der „Schwäbischen Tagespost“ 1. Rate 451,92. Elze, Steinarbeiter 2,15. Moskau, von den Parteigenossen 50. - Surslun, d. d. Beitr. 30. - Reutlingen a. Oberrhein, v. d. Arbeitern der Tietz'schen Maschinenfabrik 17. - Bonn, v. d. Maurern der Baufirma Bonn 8. - Dransburg, Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes, Baufirma Dr. 4,50. Werdau, 18. schiff. Reichstags-Wahlkreis 18,40. Werdau, organisierte Textilarbeiter 10. - Werdau, amerikanische Kautschuk 6,20. Friedmann, Stenotypen der Firma Weidlich u. Hamisch nebst Waidler 8,55. Weitz, Baufirma Weitz & S. die Klassenbewussten Arbeiter 100. - Wetzlar a. D., von Maurern 20. - Hamburg, Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands 500. - Hanau, Wahlkr. durch G. Hoch 161,04. Berlin: Wandhorst 98 9,60. Von der Verammlung der städtischen Arbeiter durch Fiebig 10. - Rechtsanwalt Geine 50. - E. W. 3. - Karneval 50. - Köln a. Rh., durch die Expedition der „Rheinischen Zeitung“ 1. Rate 175. - Schweg, 2. Rate 200. - Gorkow, 5. 5. - Genthin, Gewerkschaftsliste 10,70. Freiberg i. S., von den Mitgliedern der Hütten der Gutmadler 3. - Porzellanarbeiter in Gera 10. - Deutscher in Hermsdorf 15,20. Deutscher in Gräfenhain 4. - Deutscher in Langenwieschen 8. - Deutscher in Döbeln 8,70. Deutgl. in Fürstberg a. W. 10. - Deutgl. in Schwarzenbach a. S. 10. - Jena, von den Parteigenossen durch Weber 1. Rate 160. - Geminatun, gel. v. d. Arbeitern der Firma S. Dooke u. Co. 10. - Braunschweig, durch den Vertrauensmann D. 400. - Hofst., durch die Exped. der „Mitteldeutschen Volkszeitg.“ 200. - Kiel, durch die Exped. der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ 2. Rate 600. - Reichardt a. S., Gold-Stern durch H. 3. - Dortmund, durch die Expedition der „Mitteldeutschen Volkszeitg.“ 100. - Offenbach, durch die Expedition des „Offenb. Abendbl.“ 77,92. Nowawes, Zentralverband d. Maurer 20. - Oden, Holzarbeiter 3,45. Radenau, B. 3,70. Dessau, 2. Rate 70. - Bremerhaven, a. d. Untersee-Ordn. Bremerhaven, Weitemünde, Lebe, 2. Rate durch R. 200. - Völschheim i. B., durch einem Vortrag der Gewerkschaften 6,52. Ulfed, gesammelt in der Expedition des „Volksblatts“, 1. Rate 200. - Hannover, von den Parteigenossen 900. - Dresden, gel. durch die Exped. der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, 1. Rate 10 000. - Stuttgart, Sammlung der „Schwäb. Tagespost“, 2. Rate 326,96. Bremen, gesammelt von den Parteigenossen 1. Rate 300. - Helmstedt, durch G. 30. - Schönebeck a. E., durch G. 70. - Wierleben, organisierte Formner 15. - Wierleben, v. d. Parteigenossen durch R. G. 16,70. Weib, 6. d. Parteigenossen, 1. Rate 126,92. Charlottenburg, Parteigenossen Arbeiter durch die Redaktion der „Kunze“ (H. Jahn, Marschstr. 22), 1. Rate 111. - Landsberg a. W. 50. - (darunter von den bei der Firma Bendix Beschäftigten Parteigenossen 30. -) Söhne i. Th. durch S. 1. Rate 20. - Seibenberg, von gut denkenden aber nicht organisierten Arbeitern 4,50. Frankfurt a. M., durch die Expedition der „Volksblatts“ 295,75. Hien (Küß), Ordreieren des Verb. deutscher Buchdrucker 15. - Erfurt, Sammlung der „Tribüne“, 3. Rate 200. - Berlin: Hans Schöffer, Blumenhändler 13 5. - Krugler, Kreuzbergstraße 4,25. Im zweiten Berliner Wahlkreis - Wahlkreis auf Völsch gesammelt: Völsch 201, einschüßliche Zimmerer bei Höhe 13,35. Völsch 202, Bau-Unterstützer 11,25. Völsch 204, Zimmerer Warkauerstraße 20, 8,70. Völsch 205 3. Völsch 206 11,70. Völsch 210 11,15. Völsch 211 4,10. Völsch 222 7,05. Völsch 223 5. Völsch 224 10,95. Völsch 225 8,50. Völsch 228 6. Völsch 252 9,50. Völsch 253, von Schöffer u. Hamisch 18,75. Völsch 259, gel. in einer Hg. Werkt. 10,20. Völsch 261 10,20. Völsch 269 1,50. Völsch 273 1. Völsch 277 7. Völsch 279 7,20. Völsch 302 8,40. Völsch 304 21,75. Völsch 305 32,90. Völsch 312 9,50. Völsch 313 22,55. Völsch 316 9,05. Völsch 352 7,20. Völsch 354 7,20. Völsch 355 13,60. Völsch 359 10,15. Völsch 370 15,35. Völsch 375 4,50. Völsch 376 14,55. Völsch 379, Arbeiter bei Hühle, Kopschtr. 1, 6,75. Völsch 388, Werkh. Raven 14,70. Völsch 397 10,25. Völsch 420, Hefe S. Reineke G. 11,20. Völsch 431 12,72. Völsch 432 8,40. Völsch 433 6,50. Völsch 436, Richter's Tischfabrik, Blumenstraße 3,35. Völsch 437 6,40. Völsch 442 6,40. Völsch 451 9,90. Völsch 452 8,95. Völsch 457 7,00. Völsch 472, Vetterlied, Gimgelst. 6,20. Völsch 480 2,40. Völsch 492, Tischlerer Gohlfam 16. - Völsch 495 15,25. Völsch 499 8,70. Sa. 510,77. In der Expedition des „Vorwärts“ vom 17. - 25. Februar eingegangen 4134,02. Summa 22 929,91. Bereich quitiert 14 727,80. Gesamtsumme 37 657,77 M.

Inspektionen bezogen 1895/96 durchschnittlich 2,58 M.; ihr Verdienst stieg im Jahre 1896/97 um 2 Pf. pro Tag, sank aber im Berichtsjahre wieder auf 2,58 M. Die Bahnarbeiter, Kohlenlader, Wasserpumper, Rangirarbeiter, Wagenpuger, Magazinarbeiter und Schauerfrauen, die 1895/96 2,92 M. verdienten, verdienten im letzten Jahre nur 2,81 M.

Betrachten wir nun die durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne im Einzelnen! Einen ganz genauen Ueberblick können wir leider infolge der eigenartigen Verrechnung der Verwaltung nicht gewinnen. Die Vergütungs- und Lohnsätze sind nämlich in der Weise ermittelt, daß die an die einzelnen Dienstklassen im ganzen Jahre überhaupt gezahlten Lohnbeträge durch die Gesamtzahl der geleisteten Tagewerke getheilt sind. Auch die geleisteten Leberstunden sind in Tagewerke umgerechnet worden. Die viele Arbeiter hinter dem Durchschnittslohn zurückgeblieben sind, läßt sich also nicht ermitteln, und doch wäre es dringend erwünscht, darüber genaue Auskunft zu erhalten.

Unter den in der Tabelle aufgeführten Hilfskräften und Arbeitern stehen oben die technischen Voreingehilfen und Bauaufseher mit einem Durchschnittseinkommen von 6,17 M., dann folgen die Zeichnergehilfen mit 4,26 M., die Werkstätten-Vorarbeiter mit 4,17 M., die in Stülcklohn arbeitenden Werkstätten-Handwerker mit 4,05 M. Mehr als 3, aber weniger als 4 M. verdienen die nicht-technischen Voreingehilfen (3,59 M.), die Telegraphenunterhaltungs-Arbeiter (3,87 M.), die im Stülcklohn beschäftigten, handwerkermäßig ausgebildeten Werkstätten-Arbeiter (3,56 M.), die im Stülcklohn arbeitenden sonstigen Werkstätten-Handarbeiter (3,33 M.), die Hilfs-Wagenmeister (3,13 M.) und die Schreibegehilfen für Betriebs-Werkmeister (3,01 M.). Sämmtliche übrigen Arbeiter hatten weniger als 3 M. Tagesverdienst, also bei 25 Arbeitstagen im Monat noch nicht einmal 75 M. Ein geringsten beläuft sich der Verdienst der Hilfs-Weichensteller (2,28 M.), Hilfs-Nachtwächter (2,18 M.), Hilfs-Krahnwärter, Hilfs-Wohnwärter und Begehranten-Wärterinnen (1,75 M.), Bahnunterhaltungs- und Kiesgewinnungs-Arbeiter (2,06 M.). Das Durchschnittseinkommen der Werkstätten-Zehrlinge betrug 1,11 M.

Wesentlich auffallend ist der Unterschied des Einkommens zwischen denjenigen, die im Akkord, und denjenigen, die im Tagelohn arbeiteten. Es sind das drei Arbeiterkategorien, die Werkstätten-Handwerker, die handwerkermäßig ausgebildeten Werkstätten-Handarbeiter und die sonstigen Werkstätten-Handarbeiter ausschließlich der Magazinarbeiter. Es sind im Jahre 1895/96 2 498 002 Tagewerke im Tagelohn und 8 351 717 Tagewerke im Stülcklohn, im Jahre 1896/97 2 697 024 Tagewerke im Tagelohn und 8 260 543 Tagewerke im Stülcklohn, im Jahre 1897/98 aber nur 2 502 421 Tagewerke im Tagelohn, dagegen 9 292 610 Tagewerke im Stülcklohn geleistet worden. Im Jahre 1897/98 haben senach die Arbeiter im Tagelohn ab-, die Arbeiter im Stülcklohn aber zugenommen, so daß die Arbeiter in verhältnismäßig viel größerer Anzahl an den höheren Stülcklohnverdiensten theilhaftig gewesen sind. Welche Folgen diese Akkordarbeit auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ausgeübt hat, darüber schweigt der Bericht leider.

Die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals betrug bei 34 732 Arbeitern bis zu 8 Stunden, bei 33 550 Arbeitern 8 bis 9 Stunden, bei 93 031 Arbeitern 9 bis 10 Stunden, bei 67 084 10 bis 11 Stunden, bei 68 714 11 bis 12 Stunden, bei 11 403 12 bis 13 Stunden, bei 7 473 13 bis 14 Stunden, bei 3082 14 bis 15 und bei 2295 15 bis 16 Stunden. Die Ausdehnung des Dienstes über 11 Stunden betrifft hauptsächlich die Bahnwärter, Weichensteller, das Jugendleitungs- und Lokomotivpersonal, sowie die Bahnhofsarbeiter. Um jedoch dem Eisenbahn-Minister Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir hinzufügen, daß bei dem Jugendleitungs- und Lokomotivpersonal förmliche in die planmäßige Dienstzeit entfallende Ruhepausen, die bei diesem Personale häufig vorkommen und bis zu 6 Stunden umfassen, in die planmäßige Dienstzeit eingerechnet sind.

Zumehrhin aber ist die Dienstdauer bei dem verantwortungsvollen Dienste dieser Beamten noch eine viel zu lange. Zahlreiche Geschäftsverhandlungen haben ja zur Genüge den Beweis erbracht, daß die von Beamten verschuldeten Unfälle in der Verheertheit zurückzuführen sind auf Ueberanstrengung des Personals. Gerade bei einem so verantwortungsvollen Dienste, wie ihn die Eisenbahn-Beamten zu versehen haben, wäre es Pflicht der Verwaltung, streng darauf zu achten, daß nicht überarbeiteten Beamten das Leben und die Gesundheit tausender von Reisenden anvertraut wird. Weniger als irgendwo anders ist in der Eisenbahnverwaltung Sparsamkeit angebracht.

Die zahlreichen Eisenbahnunfälle im Sommer 1897 haben den Minister zum Erlaß neuer Vorschriften über die planmäßige Inanspruchnahme und Ruhe des Personals bewegen. Seit Jahren schon werden fort und fort neue derartige Verfügungen erlassen, die aber leider in der Praxis nicht befolgt werden und nicht befolgt werden können. Kein Wunder! Nützt man doch zur Veranlassung nicht Arbeiter oder untere Beamte hinzu, die die einschlägigen Verhältnisse am besten kennen! Man verläßt sich vielmehr in eck preußischen Bureaucratismus auf die Herren am grünen Tische, die genug praktische Erfahrungen gesammelt zu haben glauben, um dem unteren Personal Vorschriften machen zu können. Würde sich die Verwaltung endlich dazu entschließen, auch die Arbeiter und Unterbeamten zu hören, so würde in mancher Beziehung Wandel geschaffen werden - nicht zum Schaden der Verwaltung.

Um so mehr ist es nöthig, das untere Personal mit zu Rathe zu ziehen, als ja gerade dieses tagtäglich in der größten Lebensgefahr schwelgt. Von den Bahnbeamten und Bahnarbeitern im Dienste verunglückten beim eigentlichen Betrieb im Jahre 1897/98 durch Unfälle der Züge während der Fahrt 147, auf andere Weise 907. Davon sind aus der ersten Kategorie 19, aus der zweiten 308 sofort getödtet oder innerhalb 24 Stunden gestorben. Im Jahre 1896/97 war die Zahl der verunglückten Beamten geringer; getödtet wurden, wenn man die innerhalb 24 Stunden Gestorbenen mit einrechnet, durch Unfälle während der Fahrt 4, auf andere Weise 200, verletzt wurden 87 durch Unfälle während der Fahrt 87, auf andere Weise 590. Es kamen auf je 1 Million durchgefahrene Zugkilometer 1896/97 1 069 Tödtungen und 2 817 Verletzungen, im Jahre 1897/98 hingegen 1 239 Tödtungen und 2 755 Verletzungen von Beamten und Arbeitern. Die tödtlichen Unfälle haben also zugenommen, die leichteren Unfälle weisen eine kleine Abnahme auf.

Diese trockenen Zahlen reden eine deutliche Sprache. Abgesehen vom Vergbau ist der Eisenbahn-Betrieb der allergerährlichste. Stündlich sehen die Arbeiter ihr Leben aufs Spiel, keinen Augenblick sind sie sicher, ob sie nicht als Krüppel in ihr Heim zurückkehren, das sie mit gesunden Gliedern, im Besitze ihrer Körperkräfte verlassen haben. Aber der Kapitalismus, der in diesem Falle von dem Fiskus repräsentiert wird, gewährt den Arbeitern nicht einmal ihr natürliches Menschenrecht, er verbietet ihnen bei Strafe sofortiger Entlassung, sich zu organisieren, um sich auf gesetzlichem Wege im Verein mit ihren Kollegen eine menschenwürdigerer Erziehung zu erringen. Unzulänglicher Lohn und lange Arbeitszeit, Vorenthaltung des gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechtes - das ist das, was heutzutage den Arbeitern im Eisenbahnbetrieb geboten ist. Die Eisenbahnen sind ihrem eigentlichen Zwecke, dem eines bloßen Verkehrsmittels, längst entfremdet; heute dienen sie hauptsächlich dazu, hohe Ueberschüsse für den Staat zu erzielen, der sein Geld oder besser gesagt, das Geld der Steuerzahler, hauptsächlich für Militarismus, Marinismus und abenteuerliche stolomaspolitik verwendet. Für die Arbeiter aber hat der heutige Staat nichts übrig, denn die Beförderung des Looses der arbeitenden Klassen wäre ja eine Kulturtaufgabe. Von Kulturtaufgaben aber will Herr v. Miquel bekämtlich nichts wissen.

Soziale Rechtspflege.

Die britische Unzuständigkeit des Gewerbegerichts stand in einem Rechtsstreit, den der Arbeiter F. gegen den Unternehmer Menze beim Berliner Gewerbegericht anhängig gemacht hatte, unstrittig fest. Der Beklagte wohnt in Potsdam, der Kläger in Lichterfelde, und die strittige Arbeit war ebenfalls in Lichterfelde. Die Kammer III trat trotzdem in die Verhandlung ein, weil beide Parteien damit einverstanden waren. Gewerbegericht Schiedsrichter bemerkte, die örtliche Unzuständigkeit sei ein Gegenstand des Einwandes, und da der Einwand fehle, müsse das Gericht verhandeln.

Unfall und innere Krankheit. Durch einen Sturz aus einer Höhe von etwa 6 Metern waren dem Brauereiarbeiter Schleid die Arme und Füße, sowie die Nase erheblich beschädigt worden. Nach drei Monaten konnte er die Arbeit wieder aufnehmen und soviel verdienen, wie vorher. Im Sommer 1897 erkrankte er und stieg dann langsam hin, bis er an einem Krebsleiden der Leber und anderer innerer Organe zu Grunde ging. Seine Hinterbliebenen nahmen einen schon von ihm gestellten Antrag auf Renten-Gewährung auf, wurden aber damit von der Brauerei-Vereinsgenossenschaft abgewiesen. Der Genossenschaftsvorstand bestritt jeden ursächlichen Zusammenhang des Unfalles mit dem Tode des Verunglückten. Das Schiedsgericht gab jedoch der Berufung der Witwe statt und verurtheilte die Vereinsgenossenschaft, ihr die Rente zu zahlen. Das Gericht berief sich auf ein Gutachten des Professors Gürbringer, wonach Leber- und Darmkrebs auch durch äußere Einwirkungen hervorgerufen werden könnten und führte aus, daß eine solche Einwirkung hier vorläge. Sch. könne unmöglich die Rucht des Falles mit den Händen, den Beinen und dem Kopfe allein aufgefassen haben, sondern müsse auch mit dem Leibe aufgeschlagen sein. Die Vereinsgenossenschaft legte hiergegen den Refus ein und machte geltend, das Krebsleiden des Sch. wäre viel eher wie auf den Unfall, auf die fehlerhafte Diät aller Brauerei-Arbeiter, auf das viele Biertrinken zurückzuführen. Das Reichs-Versicherungsamt hob dem auch die Rentescheidung wieder auf und wies die Klägerin endgültig mit ihrem Verlangen ab. Zur Begründung wurde ausgeführt, Sch. habe nach Lage der Sache bei dem Unfall unmöglich innere Verletzungen erlitten. Darauf deuteten die feiggestellten äußeren Verletzungen und die Thatsache, daß sehr bald eine Besserung im Befinden des Mannes eingetreten sei. Im Uebrigen siehe Nr. 11, 1. Teil, daß Sch. auf den Leib gefallen sei, es fehlten also die Voraussetzungen für die Annahme des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Unfall und Tod.

Die Dynamitpatronen. Der Arbeiter Kolling, der in einem Hüttenbetriebe beschäftigt war, erhielt beim Kohlenabladen von einem Kollegen eine Patronne mit Dynamitfüllung, die der betreffende Arbeitsethose am Tage vorher bei derselben Beschäftigung auf einem Kohlenwagen gefunden hatte. Kolling vermachte mit einem Holzspahn aus der Patronenhülle den Inhalt zu entfernen. Hierbei explodirte die Patronne und zerschmetterte ihm die Hand. Der Verletzte verlangte darauf von der rheinisch-westfälischen Hütten- und Salzwerk-Vereinsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit seinem Antrage abgewiesen. Die Genossenschaft stützte begründend aus, K. könne eine Entschädigung nicht beanspruchen, weil er einer selbstgeschaffenen Gefahr zum Opfer gefallen sei. Auf seine Berufung verurtheilte jedoch das Schiedsgericht die Vereinsgenossenschaft zur Rentengewährung, indem es ausführte: Der Unfall habe sich während der Arbeit ereignet. Wenn nun auch die Untersuchung der Patronne durch den Kläger ein zufälliges Ereignis gewesen sei und mit dem Betriebe in keinem direkten Zusammenhang stehe, so sei doch ein indirekter Zusammenhang mit dem Betriebe vorhanden. Unter den in großen Werken verbrauchten vielen Kohlen könnten sich sehr leicht Dynamitpatronen befinden, es seien also gerade die Arbeiter derartiger Hüttenbetriebe von Explosionsgefahren bedroht. Der Betrieb habe somit im vorliegenden Falle bei dem Unfälle mitgewirkt, das genüge aber schon, die Annahme eines ursächlichen Zusammenhanges zu begründen. Das Reichs-Versicherungsamt als Revisionsinstanz trat dieser Auffassung ab und wies den Refus der Vereinsgenossenschaft zurück. Der Vorstehende bemerkte noch, die Thatsache, daß der Kläger leistungsfähig gehandelt habe, schließe ihn nicht aus dem Betriebe für die Zeit aus, während der er sich mit der Patronne zu schaffen machte.

Vermischtes.

Ganz abscheuliche Majestätsbeleidigungen sind an einem Fürsten, der kürzlich nach Berlin zum Besuch weilte, begangen worden. Im Fürstenthum Monaco, das heißt unter den Organen der öffentlichen und gemeinen Gewalt dieses Staates herrscht, so wird der „Frankf. Zeitung“ berichtet, kirchliche Aufregung, und das hat mit ihrem Mangel an Ehrfurcht vor den höchsten Dingen eine Postkarte gethan. „Souvenir de Monte Carlo“. In der Kopfschrift steht man des Fürsten Hoheit auf dem Throne. Ringsum die Welsche, feuchende Männer schleppen immer neue Meisenbeutel auf dem Rücken herbei. In Fäden des Thrones liegt die Hand eines Croupiers mit der Axt über die Spiel-einfache hin. Ueber der Gruppe stehen die Worte: „Rouge perd et noir perd, la banque gagne toujours.“ (Roth verliert und schwarz verliert, die Bank gewinnt immer.) Unten als Hauptbild steht das Kasino. Den Vordergrund des Kasinos bilden stauken zwei Bahnen. An einer hängt ein Selbstmörder, an der anderen jagt sich eben ein eleganter Herr eine Angel durch den Kopf. Unter diesem Bilde ein Gemälde mit einem verzweifelnden Mann, der eine Frau zu trösten sucht: „Rains! rien no va plus!“ Wegen den leeren Raum der Karte hin vermittelt den Uebergang ein rothes Tuscheln, der mit verbindlichem Nicken und einladender Handbewegung sagt: „Faites votre jeu, messieurs!“ Wie man sieht: So viele Figuren, so viele - Aufschneidereien! Die Postkarte hat eine angenehme Kunst- und Verlagsanstalt in München für einen Herrn in Pension angefertigt. Als die Karte in Monte Carlo gegeben wurde, wurde sie sofort verboten, und es wird Alles gethan, um ihre Verbreitung unmöglich zu machen. An alle Polizei-Organen Monaco's und Monte Carlo's wurde mit einer genauen Personalsbeschreibung des Bestellers der Befehl erlassen, diesen Verbreiter zu verhaften, sobald er die Grenzen des Fürstenthums überschreite. Trotz alledem fand die entsetzliche Karte weitere Verbreitung und sie hat nun schon ein zweites Opfer gefordert. Ein Herr aus Berlin hatte eine der Karten gelegentlich seinem Hotelwirth in Monte Carlo gezeigt. Dieser dat ihn, ihm 100 Stück zu besorgen. Der Berliner Herr wilscherte dieser Bitte. Am nächsten Morgen war er aber schon verhaftet. Seine Briefschaften wurden geöffnet und er erhielt den Befehl, binnen 24 Stunden das Ländchen zu verlassen. Vorher wurde er noch in einen Hof geführt, es wurde ihm eine Tafel mit einer Nummer vor die Brust gehalten und jetzt wurde der Herr von vier Seiten photographirt und hierauf gemessen nach Größe, Schädelumfang, Hand- und Fußgröße u. s. w. Nach dieser Prozedur mußte er einen Aktevers unterschreiben, daß er nie wieder nach Monaco zurückkehren werde. Hierauf wurde er auf freien Fuß gesetzt. Als er erklärte, daß er noch weitere vierundzwanzig Stunden nöthig habe, weil er sich aus Berlin telegraphisch weiteres Geld beschaffen müsse, erbot sich die Bank in ihrer Großmuth, ihm ein Bistlet 1. Klasse bis nach Berlin zu bezahlen. Der Herr lehnte dieses Anerbieten jedoch ab. Auf Schritt und Tritt wurde er bis zu seiner Abreise von einem Geheimpolizisten überwacht, und als er abreiste, wurde er von drei Detektiven bis Bestimmung begleitet. - Der Berliner wird sich auf der Rückreise freuen, daß er mit seiner Majestätsbeleidigung so gut davon gekommen ist. Was wäre ihm bei Verübung derartiger Verbrechen in Deutschland geschehen?

Arbeiter und Unterbeamte der preussischen Eisenbahnverwaltung.

Wie alljährlich, so ist auch diesmal dem preussischen Landtage eine Denkschrift des Eisenbahnministers über die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen zugegangen. Der Bericht, der sich auf die Zeit vom 1. April 1897 bis 1. April 1898 erstreckt, hebt u. A. hervor, daß sich der Durchschnittslohn der gesamten Hilfsbediensteten und Arbeiter im Berichtsjahre erheblich gehoben habe, weil einestheils in fast allen Direktionsbezirken, durch die stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften bedingt, die Lohnsätze an sich erhöht worden seien, anderentheils die Zahl derjenigen Hilfsbediensteten und Arbeiter, die langjährig bei der Staatsverwaltung beschäftigt sind, sich stetig vermehrt und somit das für das Auf-rücken in den Lohnsätzen maßgebende Lohndienstalter, für alle Arbeiter zusammengekommen, sich höher gestellt habe, als im Vorjahre.

Vergleichen wir einmal mit diesem Lobe, das Herr Thielen sich selbst spendet, die wictlichen Verhältnisse an der Hand der Angaben eben dieses amtlichen Berichtes!

Die Gesamtzahl der beim Staatseisenbahn-Betriebe - einschließlich der Bahnunterhaltung und des Werkstättenbetriebes - beschäftigten Arbeiter und Hilfskräfte im unteren Dienst belief sich im Durchschnitt des Jahres 1897/98 auf 205 025 gegen 188 262 im Jahre 1896/97, sie ist also um 16 763 oder 8,90 pCt. gestiegen. Außerdem waren beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den extraordinäre vorgesehener Ergänzungs- und Erweiterungsbauten auf dem im Betriebe befindlichen Strecken im Jahre 1897/98 3597 Arbeiter, 1896/97 8921 Arbeiter beschäftigt. Die Vermehrung des Personals ist nicht etwa, wie es aus den ersten Blick erscheinen könnte, die Folge einer verkürzten Arbeitszeit, sondern einmal eine Folge der anhaltenden Verkehrssteigerung und der zu ihrer Bewältigung getroffenen Maßnahmen, sodann aber eine Folge des Erwerbs der vormaligen Hessischen Ludwigsbahn durch den Staat und der mit dem Beginn des Berichtsjahres eingetretenen Vereinigung der Hessischen mit den preussischen Staatseisenbahnen zu einer Betriebsgemeinschaft.

Was nun die an die Gehilfen im mittleren Dienste, die Hilfskräfte im unteren Dienste, die Handwerker und Arbeiter im Betriebe der Staatseisenbahn-Verwaltung gezahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne betrifft, so ergibt sich, wenn man die Tagewerke und Löhne sämtlicher Klassen von Bediensteten zusammenfaßt, für einen Tagewerke einen Durchschnittslohn von 2,48 M. gegen 2,41 M. im Jahre vorher und 2,39 M. im Jahre 1896/98. Im Allgemeinen ist also thatsächlich eine, wenn auch geringe Steigerung des Einkommens zu verzeichnen. Ganze 49 Pfennige mehr sind an wöchentlichem Durchschnittslohn gezahlt worden. Aber nicht alle Klassen haben einen höheren Verdienst zu verzeichnen; bei einigen ist er stehen geblieben, bei anderen sogar zurückgegangen. So ist z. B. an die Hilfs-Kartenausgeber und Ausgeberinnen 1895/98 für ein Tagewerke im Durchschnitt eine Vergütung von 3,13 M. gezahlt worden, 1896/97 nur noch 2,64 M. und 1897/98 2,89 M. - ein Rückgang, der nach Angabe des Ministers auf die seit 1895/98 eingetretene große Vermehrung der Arbeitskräfte zurückzuführen ist, von denen die neu eingestellten nur den Anfangslohn erhalten konnten. Die Arbeiter bei den Eisenbahn-Direktionen und In-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonntag, 26. Februar.
Freie Volksbühne. Friedrich Wilhelmstadt. Theater: In Behandlung. 3. Vorstellung (Graue Karten.) Anfang Nachmittags 2 1/2 Uhr.
Abend: Theater. 1. Abtheilung (rote Karten). Die Erziehung zur Ehe. Hierauf: Liebesträume. Anfang Nachmittags 2 1/2 Uhr.
Cyberhaus. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Casagat. Bergtheater.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Julius César.
Neues ital. Opern-Theater (Kroll). Madame Sans-Gêne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Pauline. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Johannes.
Montag: Cyrano von Bergerac.
Leipzig. Die Heimathlosen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Im weißen Rössl.
Berliner. Das Recht auf sich selbst. Hierauf: Derbst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Maria Stuart.
Montag: Saja.
Reichshallen. Der Schlafwagen - Kontroller. Hierauf: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Jugend.
Montag: Der Schlafwagen - Kontroller. Hierauf: Zum Einsiedler.
Neues Hofumh. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Bardaren.
Montag: Hosiery.
Metropol. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller. Hofemann's Töchter. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Bürgermeisterwahl. Schneider Fips.
Montag: Der Dornenweg.
Weiten. Am Würdiger See. Hierauf: Der Dufar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Dornenweg.
Montag: Der Dornenweg.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Fiebermännchen.
Montag: Die Puppe.
Thalia. Schibdebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Luisen. Der goldene Zylinder. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.
Montag: Der goldene Zylinder.
Volke-Mitteln. Das Mädchen von Schöneberg. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Ruchruhm.
Montag: Der Ruchruhm.
Chend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Vorbeerbaum und Bettelstab.
Montag: Der Brandstifter.
Friedrich-Wilhelmshändel. Hofmann Heuschel. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Alexanderplatz. Studenten-Trudeln. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Tischlein deck Dich, Stein freud Dich, Knüttel aus dem Saal.
Montag: Studenten-Trudeln.
Rivolla. Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Haupttänzerische Vorstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Oberleitung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Secu-Palast. Spezialitäten - Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Oberleutnant Wensky: „Klondyke!“
Meine Reise ins neue Goldland.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a,
Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis
25 Pf.
Reichhaltigste Sammlung
der Welt an lebenden Seethieren,
Reptilien etc.

Passage-Panopticum.
Lehter
Sonntag:
**40 Krieger
des Mahdi.**
Im Theateraal
von 6 Uhr ab:
**Théâtre
variété.**

**Castan's
Panopticum.**
Ital. Sönger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstrasse 34.
Nachmittags 3 Uhr:
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Das Käthchen von Heilbronn.
Abends 8 Uhr:
Der goldene Zylinder.
Sollständig mit Gesang in 4 Akten
nach einem vorhandenen Stoffe für
die Bühne des Kaiserlichen Theaters
freibearbeitet von Richard Brodel.
Musik von Fritz Krause.
Montag und folgende Tage:
Der goldene Zylinder.
Freitag:
Benefiz für Arthur Windler.
Der Hüttenbesitzer.

Opern-Carl Weich-Theater.
Gr. Frankfurterstrasse 132.
Nachm. 3 Uhr, zum letzten Male:
Lorbeerbaum und Bettelstab.
Schauspiel in 3 Akten
und 1 Nachspiel von Carl v. Hofstet.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Brandstifter

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultze.
Freitag:
Die kleinen Michu's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hierauf:
Die Engeldjäger.
Tanzpoem in 14 Bildern von O. Regel
und J. Bayer.

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48.
Täglich:
**Hoffmann's
Quartett u. Humoristen**
Heute Sonntag:
Theaterskandal
und Dienstmädchen
von heute.
Montag:
Theaterskandal.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Miesel,
Wiero, Britton,
Steidl, Krone,
Nähl, Schneider
und Schrader.)
Heute:
Neues Elite-Programm.
Anfang 8 Uhr. - Entree 50 Pf.,
Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon
75 Pf., Balkonloge 1 Mk., Orchester-
Loge 1,50 Mk., Fremden-Loge 2 Mk.
Tageslosse von 11-1 Uhr.
Morgen: Frauen-Emanzipation.

Apollo-Theater.
Mlle. Leo de Bacha
Brothers Braatz
Mr. Segommer - Alexias
Thibault-Tauffenberger
Henry Bender
und 16 hervorragende
Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf tägl. im Theater
u. beim „Künstlerdank“, Unter den
Linden 69.

**Feen-Palast-
Theater**
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Dienstag zum letzten Male:
Direktor Wilhelm Fröbel
in der urkomischen Gefangenschaft
**Berliner
Konfektionseusen**
sowie das mit solchstem Erfolg
aufgeführte riesengroße
Spezialitäten-Programm.
Mittwoch zum ersten Male:
Berliner Wäschermädel.
Durchweg neues Programm.
Sonntag, den 4. März:
**Großes Bockler-Fest u.
Trubelselt.** Vorstellung.
Tanz, Gratia - Verlobung.
Anfang 7 1/2, Sonntag 8 Uhr.
Billet-Born. Born. v. 11-1 Uhr.

Mähr's Theater
Cranien-Strasse 21.
Täglich:
X-Strahlen.
Schwan in 1 Akt.
Der Zigarren-Baron.
Schwan mit Gesang.
Mr. Berno, Verwandlungsjongleur.
Sond. haben Vorträge.
Sonntags Anfang 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Die Rose von Baharrah.
Sollständig mit Gesang in 4 Akten
von Th. Noackmann.
Nach der
Vorstellung: **Lanzknechten.**

Alcazar-Theater
Dresdenstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Markthalle VII
oder: **Ein Kostümfest.**
Aufführungspose mit Gesang
von Oskar Victor. Abend.
Jeden Abend unter stürmischem
Beifall:
Carl Jörgensen,
der beste Mimiker der Zeit.
„Bismarck vom Jüngling bis zum
Greis“.
Scherz:
Ein bengalischer Tiger.
Aufspiel von Grise-Barre.
Anfang: Wochentags 7 1/2, Uhr.
Sonntags 6 1/2, Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Sorgzuchtlets haben Vorträge.

**Quarg's
Spezialitäten-Theater**
Im Grand Hotel Alexanderplatz.
Hedwig Günther!
Willy Walde!
The Threvelly:
Louis Höhn!
Lebende Photographien!
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 7 Uhr.
Am 28. d. M. Benefiz für Köhler
und Maske.

**Circus
Busch**
Sonntag, 26. Februar 1899:
2 ge. brillante Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr:
Gr. Humor. Vorstellung.
Auftreten der Troupe **Polo à
bicyclette.** Die deutschen Kunst-
turner **Sandor Trio.** Außerdem:
Contre dans le Pierde, geritten
von 4 Damen und 4 Herren auf
8 Schulstufen. Auftreten der vor-
züglichen Clowns und Angule der
Gesellschaft mit ihren neuen Spöken u.
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung.
Zum 104. Male:
PERSIEN.
Debut der deutschen Kunstturner
Sandor Trio.
Vorführung der Ballspieler
Polo à bicyclette.
Auftreten des berühmten Schul-
reiters **Burkhardt-Footitt.** Clowns
und Angule.
Morgen Sonntag, den 27. Februar,
Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Holt.
Täglich:
Großes Konzert
unter Leitung des Musikdirektors Herrn
Otto Görner.
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Quinoristen
Gustav Knoch.
Stets wechselndes Programm.

**Moabiter
Gesellschaftshaus,**
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
**Hippel's Stettiner
Gesellschaft.**
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Vorträge.
C. Peters.

Urania
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen.

**Max Klien's
Sommertheater und Festsäle**
Patenhalde 13-15.
In den Sälen: Jeden Sonntag
Grosser Ball.
Gleichzeitig empfehle den geehrten
Bereitern mein bedeutend vergrößertes
Sommertheater zu Sommerfesten.
Außerdem mache hiermit bekannt, daß
ich zum 1. Oktober meinen neu zu
erbauenden 3. Festsaal Patenhalde 13
(1500 Personen fassend) eröffne.
10349*
Max Klien.

**Restaurant
Moritz Uhle,**
Kreuzbergstr. 50, Ecke Rappachstr.
Grosser Mittagstisch
& **Concert 50 Pf.** vorzögl. Voten-
braten, Entenbraten, Coleiteilt mit
Spargel, Gletslein m. Sauerkoh, Speg.
Donnerstag, den 2. März:
Frische Wurst à Pfund 60 Pf.,
Zwiesel-Leb erwarst, Thüringer Fleisch-
wurst à Pfund 70 Pf. Bockhler, alte
März-Walase. Son 4 Uhr an: **Frei-
Konzert.** 10252*

Gesellschaftshaus
Zwinnmühlstr. 42.
Jeden Sonntag: Ball und
Theater-Vorstellung. 5362*

Moabiter Klubhaus
Beusselstr. 9.
Empfehle meinen großen Saal,
Reinigungszimmer 1. 20-30 Personen,
Reinigungszimmer 1. 20-30 Personen,
Reinigungszimmer 1. 20-30 Personen.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
535L*
Carl Fischer.

Moabiter Sprehallen
Kirchstr. 27.
Empfehle meinen Saal. - Jeden
Sonntag **Tanz.**
Einige Sonnabende noch frei.
5322*
R. Hube.

H. Krieger's Festsäle
Wasserthorstr. 68.
Empf. meinen Saal Bereiten und
Gewerkschaften zu Versammlungen u.
Festlichkeiten. - Jeden Sonntag,
Dienstag u. Sonnabend öffentl. Tanz-
Einige Sonnabende noch zu vergeben.

Graumann's Festsäle
(früher Renz)
Nannustrasse 27.
Empfehle meine Säle mit und ohne
Bühne, 900 Personen fassend, zu allen
Festlichkeiten und Versammlungen.
Einige Sonnabende sind noch zu
vergeben. Jeden Sonntag
und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Achtung Gewerkschaften! Auch
der Montag ist für Versammlungen
zu haben. 5342*

Freie Volksbühne.
III. Abtheilung heute Nachmittag 2 1/2 Uhr im Friedrich-
Wilhelmst. Theater: **In Behandlung** (mit Frau Frasch-
Grevenberg).
I. Abtheilung heute Nachm. 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater:
Die Erziehung zur Ehe. Komödie in 3 Akten von
Otto Erich Hartleben. Hierauf: **Liebesträume.**
Anmeldungen zur VI. Abtheilung werden in
allen Zahlstellen entgegen genommen.
Marken zum Märifest à 50 Pf. in allen Zahlstellen nur an
Mitglieder. Dito Billets zur Kunstausstellung im Salon Ribers
(à 20 Pf.) für Sonntag, den 28. Februar und 6. März, Mittags
12 Uhr. Vortrag über: Harro Magnussen und seine Kunst. Bis
3 Uhr geöffnet. 228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Entree frei! **Entree frei!**
früher
Volksgarten Weimann's Volksgarten.
Gesundbrunnen.
Pankstrasse 25. Badstrasse 56.
Da befinden sich: Glycerin, Dampf-Karouffel, Schaubuden aller Art,
Schleifhaken, Rielendane, Epitelbuden, Photographie, Amerikanische Schautel,
Circus, Vorkämpfer, Kitzlein, Bollerwagen aller Art, Diefen-Gesellschaftshaus,
Kasperl-Theater, Waschebäder, Pufferbäder, Russische Schautel, Seefahrer-
Schautel, Singpielhalle (8 Damen, 4 Herren). 13485
Im Saale: Heute **Grosser Ball!**
Täglich Vorstellungen außer Freitags.
Entree frei! **Entree frei!**

**Gustav Milbrodt's Festsäle, Müller-
Strasse 7.**
Jeden Sonntag: **Großer Ball, große Ballmusik.**
Empfehle meinen großen Saal zu Versammlungen und
Festlichkeiten sowie Vereinszimmer und Restaurant. 8442*

Louis Keller's Festsäle.
Koppenstrasse 29. Koppenstrasse 29.
Größtes u. schönstes Etablissement der Residenz.
Heute, Sonntag:
Grosse Spezialitäten-Vorstellung
Konzert mit darauf folgendem Ball.
Entree 30 Pf. 2 Orchester. Anfang 5 1/2 Uhr.
6752* **Louis Keller.**

Etablissement Süd-Ost, Waldemarsir. 75.
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. 494L*
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** **H. Brüder.**

Märkischer Hof, Admiralstrasse 18c.
Fest-Ball. Anfang 4 Uhr. - Am Palm-Sonntag sind beide Säle an
Bereine zu vergeben.

**Robert Scheere, Restaurant „Zängerheim“
O. Blumen-Strasse 38.
Telephon: Amt VII Nr. 3760.**
Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerer-Gliedarbeiter,
Zahlstelle des Verbandes der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder,
der Orts-Krankenkasse der Möbelpolier, der Central-Krankenkassen der
Schuhmacher, Gold- und Silberarbeiter, Buchbinder und Zahlstelle des
Vereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Oden). 555L*

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
herrlicher Garten und große Säle.
Mittwoch und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Vorzüglliche
Küche, Würstchen,
Schleifhaken, Regentbahnen u
sonstige diverse Befestigungen.
Kasselerische von 2 Uhr ab geöffnet.
5282* Pferdewagen vom Marktplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei

Deconomie: Martin Berndt
Nach beendeter **Inventur u. vollständiger Umgestaltung**
meines Teppich-Kaufhauses
Teppiche **Gardinen,**
Portiären,
Möbelstoffe,
Stieppdecken
reellste Fabrikate in Sopha- u. H. f. W.
Salon-Teppichen à 3,75, 5, 6-500 Mk. 1046L*
Illustrirt. Pracht-Katalog
118 Seiten hart gratis und portofrei.
Vermerk des festen Preises auf jedem Stück.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstrasse 158.

Achtung! Elektrotechnik!
Bei der Lehranstalt
„Elektra“, Prinzenstr. 55 I
(gegenüber der Turnhalle)
beginnt am **Freitag, den 3. März cr.**
ein neuer Abendkursus
für Elektromonteur, Installateur, Maschinenbau etc., sowie für
alle Herren, welche sich der Branche zuwenden und ihre
Stellung verbessern
wollen. Akademisch gebildete Ingenieure, ca. 300 Demonstrationenapparate
honorar monatlich 6 Mark. Dauer 6 Monate.
Praktische Ausbildung in den Lehrwerkstätten.
Lehr- und Reifezeugnis.
Stellungsnachweis.
Anmeldungen jederzeit, auch Sonntag 1 Uhr.
Prospecte mit Stundenplan gratis.
Telephon Amt IVa 6006.

Öffentliche Konferenz der Bauarbeiter Deutschlands.

Magdeburg, 24. Februar 1899.

Heute Vormittag eröffnete Löffler-Hamburg die Konferenz und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Bericht des General-Bevollmächtigten; 2. Die Agitation und wie ist sie am besten zu fördern; 3. Die Arbeiterkongresskonferenz und Anträge zu derselben.

Anwesend sind 64 Delegierte, die 48 Orte vertreten. Zu Punkt 1 ergreift Löffler-Hamburg das Wort. Der Bericht erstreckt sich auf die Tätigkeit in den letzten zwei Jahren. Er lautet aus:

Seine Aufgabe sei gewesen, in Orten, an denen die Zentral-Organisation noch nicht vertreten war, für die Zentral-Organisation tätig zu sein. Das sei ihm mit Hilfe der Kartelle möglich gewesen, jedoch eine Anzahl neuer Zellen ins Leben treten. Schwierigkeiten seien ihm nur in Frankfurt a. M. und Stuttgart entstanden. Nach vielen Mühen sei es aber gelungen, in beiden Orten Zellen zu gründen, die heute einer guten Zukunft entgegengehen. Im Jahre 1897 wurden 100, im Jahre 1898 125 Orte erreicht. Nebenbei wurden noch andere Agitationsreisen unternommen. Die Mittel zur Agitation seien aber nur von wenigen Orten, vor allem aus der brandenburgischen Gegend eingegangen. Orte mit starken Lohnbewegungen hätten fast nichts senden können. (Ausnahmen hierbei machen Magdeburg, Oldenburg, Otterleben.) Die Einnahme beläuft sich auf 4873,59 M. Ausgegeben wurden für Agitationen 8867,40 M., für Drucksachen 138,85 M., für Porto 165,91 M.

Der Versuch, internationale Verbindungen anzuknüpfen, sei verschiedentlich gemacht worden, aber ohne Erfolg, da die Verhältnisse bei den organisierten Bauarbeitern in der Schweiz, Desterreich und Dänemark noch zu verworren sind.

Es wird nach einer längeren Debatte beschlossen, Punkt I und II zusammen zu verhandeln. Gaudon's-Altona (Erdarbeiter) schildert in lebhafter Weise die Lage dieser Arbeiter, die er eine traurige nennt, und geht des Weiteren auf die Unfreiheit der in Kasernen einlogierten Erdarbeiter ein. Sein Vorschlag geht dahin, durch Flugblätter die Erdarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Die Debatte endet mit der Entlassung des General-Bevollmächtigten. Althaus wird die Einsetzung von Agitationskomitees, welche unter Aufsicht des General-Bevollmächtigten zu stehen haben, beschlossen. Ein weiterer Antrag, der zur Annahme gelangt, bestimmt die Wahl von Provinzial-Bevollmächtigten, welche auf Provinzial-Kongressen gewählt werden und dem General-Bevollmächtigten unterstehen. Der dritte, gleichfalls zur Annahme gelangte Antrag fordert die Herausgabe von Flugblättern in dänischer Sprache. Hierauf wird Kreis-Hamburg als General-Bevollmächtigter gewählt.

Zur Veranlassung kommt der Bauarbeiterkongress, welcher am 19. März d. J. in Berlin stattfindet. Sämtliche Redner sind von der Wichtigkeit und der hohen Bedeutung des Kongresses durchdrungen, sie schildern eine Reihe von Vorkommnissen auf Bauten, welche die Wichtigkeit eines wirksamen Bauarbeiter-Schutzes illustrieren. Beschlüssen wird, die Besichtigung des Kongresses den einzelnen Orten zu überlassen. Damit tritt Schluß der Konferenz ein.

Verfassungen.

Den Genossen des 6. Wahlkreises steht ein neues großes Lokal zur Verfügung. Es ist dies Wahlmieders großer Festsaal in der Bahstraße. Am Freitag Abend fand in demselben eine Volks-Verammlung statt. Etwa 900-1000 Personen hatten sich zu dieser Versammlung eingefunden, ohne daß dadurch der Saal überfüllt gewesen wäre und da auch die Akustik des Raumes eine vorzügliche ist, so vertritt es den Genossen des 6. Kreises bei der Agitation noch gute Dienste zu leisten. Auf der Tagesordnung stand: „Die bürgerliche Gesellschaft und der Sozialismus.“ Zur Behandlung dieses Themas war der Reichstagsabgeordnete Rosenow erschienen. Redner schilderte die lassenden Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft, den Verfall der bürgerlichen Parteien, die Tatsache, daß das Bürgertum immer mehr die geistige Führung an die Arbeiterklasse verliere, unschließlich nachzuweisen, daß der Sozialismus über das Bürgertum triumphieren werde. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. In der Diskussion sprach zunächst R. Fischer, einige Bemerkungen über den Alkoholismus und die Naturheilmethoden machend, dann H. Fischer, welcher die politischen Ereignisse zur Sprache brachte und den Anschluß an die Organisation empfahl. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die sich im Sinne des Referats bewegte. Nachdem noch der Vorsitzende Brinmann dem „Lokal-Anzeiger“ einer gefälligen Kritik unterzogen hatte, fand die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihren Schluß.

Die Preisdrückerei im Fräseerbetriebe. Mit diesem Thema beschäftigte sich am Freitag in Stechers Saal tagende Versammlung von Fräseerbetreibern und Arbeitern an Holzbearbeitungsmaschinen. Die von den Fräseerbetreibern einberufene Versammlung war sehr zahlreich, zum größten Teil von Arbeitern, besucht. Aus dem einleitenden Referat des Fräseerbetreibers Weg ging hervor, daß die kürzlich ins Leben getretene Firma Lange u. Wagner ihre Arbeiten zu ganz ungewöhnlich niedrigen Preisen offeriert. Der Referent führte aus, daß ja die Arbeiter immer die Erlöse finden, welche unter einer Herabsetzung der Preise zu leiden haben, und da es nicht möglich sei, daß die Firma Lange u. Wagner bei den Preisen, zu denen sie ihre Arbeiten herstellt, auf die Dauer die in der Branche üblichen Löhne zahlen könne, so hätten die Arbeiter auch ein Interesse daran, daß einer Preisdrückerei, wie sie die Firma Lange u. Wagner betreibt, entgegengetreten werde. Weiter besprach der Referent die Reklamemacherei der genannten Firma, und stellte in Aussicht, daß man dem Verein der Fräseerbetreiber empfehlen werde, zu erwägen, ob es nicht angebracht sei, auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb mit einer Klage gegen die Firma vorzugehen. Von Seiten der Arbeiter sprachen Stein, Jimpel, Hoffmann, Sauerzapf und Andere. Sie vertraten übereinstimmend den Standpunkt: Bis jetzt zahle die Firma Lange u. Wagner gute Löhne, auch über die Behandlung hätten die Arbeiter nicht zu klagen. So lange diese Verhältnisse bei der Firma bestehen, hätten die Arbeiter keine Veranlassung, irgend etwas gegen Lange und Wagner zu unternehmen. Sollten die Löhne herabgesetzt werden, was ja bei den niedrigen Preisen zu erwarten sei, dann würden die Arbeiter selbstverständlich dagegen vorgehen. Den Fräseerbetreibern müsse man es überlassen, wie sie mit dem unangenehmen Konkurrenten fertig werden. Ferner sprachen sich die Arbeiter dahin aus, daß es ja recht ehrenlich sei, wenn Herr Weg betont habe, es liege den Arbeitgebern an der Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses, welches seit 1898 zwischen ihnen und den Arbeitern bestehe. Es sei zu wünschen, daß sich die Unternehmer des Zusammengehens mit den Arbeitern nicht nur dann bedienen, wenn es ihr eigenes geschäftliches Interesse erfordere. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen sei eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden sehr am Platze. Es wäre deshalb wohl angebracht, daß zwischen den beiderseitigen Organisationen wegen dieses Punktes Verhandlungen gepflogen werden. Seitens der Arbeitgeber wurde darauf erwidert: Ob die achtstündige Arbeitszeit in nächster Zeit eingeführt werden könne, das könnten die Unternehmer nicht versprechen. Die Arbeiter sollten vorerst dahin wirken, daß die 1890 festgesetzte neunstündige Arbeitszeit allgemein durchgeführt werde. Es gebe noch manden Betriebe wo noch 10 Stunden gearbeitet wird. Bezüglich der Stellung, welche die Arbeiter zu

dem eigentlichen Punkt der Tages-Ordnung einnahmen, meinten die Fabrikanten, sie verlangten von den Arbeitern nichts weiter, als daß sie ihre Mißbilligung über die Preisherabsetzung der Firma Lange u. Wagner ausdrücken. Schließlich wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen: Die Versammlung spricht ihre entschiedene Mißbilligung über die Herabsetzung der Preise seitens der Holzbearbeitungsfirma Lange u. Wagner aus. Falls der von dieser Firma verhandelte Preisverfall allgemeine Gültigkeit erlangt, erachten wir ein ferneres gewinnbringendes Fortbestehen der selbstständigen Unternehmer unserer Branche für gefährdet; ein friedliches und gedeihliches Zusammengehen mit unseren Arbeitnehmern bei den bisher gezahlten Löhnen und der jetzt üblichen Arbeitszeit für ausgeschlossen. Die jetzige Marktlage giebt keine Veranlassung zu solcher Preisdrückerei und der damit verbundenen Schädigung der Gesamtheit der Arbeitgeber. — Entschieden verurteilt die Versammlung die Art und Weise der Anpreisungen und die sonstigen Handlungen der Firma, die eine Verletzung berechtigter Interessen unseres Standes zur Folge haben. — Im übrigen überläßt die Versammlung der Organisation der Arbeitgeber das weitere Vorgehen in der vorliegenden Angelegenheit.

Nach Schluß der Versammlung veranstalteten die Arbeiter eine Teller-Versammlung für die Kreisfelder Weber.

Deutscher Holzarbeiterverband. Eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung tagte am Mittwoch bei Cohn, Deutschstraße. Klingner referierte über das Thema: Kann eine Kampf-Organisation auch Unterstufungsstellen haben? Der Referent betonte zunächst, daß die Unterstufungsfrage keine prinzipielle, sondern eine tatsächliche sei. Es handele sich für uns darum, die Mitglieder dauernd an die Organisation zu fesseln. Dies gelinge heute nur zum Teil. Unterstufungen werden im Verbandsverbande gesucht, so Reife-, Streik-, Sterbe-Unterstützung u. s. w. Die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung, würde als Gegenstück zur Reife-Unterstützung den unzufriedenen Mitgliedern zu Gute kommen und zweifellos die Organisation stärken. Die Konkurrenz der Arbeitslosen würde vermindert, unser Arbeitsnachweis gestärkt und das lästige Hausgehen nicht mehr in dem Maße vorkommen, wie es jetzt noch leider der Fall ist. Der Redner gab zum Schluß den Vertrauensmännern anheim, die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung in ihren Werkstätten eingehend zu diskutieren. Den Ausführungen des Referenten folgte eine lebhafteste Debatte. Wegen der vorgerückten Zeit gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher Schluß der Diskussion und die Fortsetzung der Debatte in der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung verlangt. Der Arbeitsvermittler berichtete sodann über eine ganze Reihe von Werkstattdifferenzen. W. D. Scheide mit, daß der Ausstand der Drechsler bei Schwarz, Urbanstraße, zu Gunsten der Kollegen beendet ist. Hierauf wurde beschlossen, am Sonntag, den 5. März, eine Generalversammlung zu berufen.

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter hielt am 20. Februar seine ordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in der Kleinlein über das Dresdener Justizurteil referierte. Die Diskussion war eine sehr lebhafteste und bewegte sich im Sinne des Referats. Sodann ergriffte die Agitationskommission Bericht über den Lohnabzug bei der Firma Kieber u. Co. Es wurde der Kommission des Verbandes der Vorwurf gemacht, daß sie sich zu einem Vorgehen gegen die Firma nicht aufzuschwingen vermöchte. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die für die Kreisfelder Weber gemachten Gelder nach wie vor an die Geschäftsmission der Vertrauensmänner-Zentralisation abgeführt werden. — Ausgenommen wurden sechs Kollegen.

Die Lederarbeiter hielten am Freitag eine öffentliche Versammlung im Lokal „Marienbad“, Badstraße, ab, in der Genosse Wagner über „Volksbildung und Arbeiterbewußtsein“ referierte. Der sehr interessante Vortrag, in dem der Redner an der Hand eines reichhaltigen Materials die verschiedenartigen Mißstände auf dem Gebiete des Schulwesens einer herben Kritik unterzog und die daraus resultierenden, den Kulturfortschritt hindernenden und insbesondere für die Arbeiterklasse sehr nachteiligen Folgen beleuchtete, wurde von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf berichtete die in der vorigen Versammlung hierzu beauftragte Kommission über die Verhandlungen mit dem Gerbereibesitzer Schubert. Nach diesem Bericht sind die Verhandlungen völlig resultatlos verlaufen, weil der Unternehmer jedes Entgegenkommen verweigert und nicht gewillt ist, die durchaus unbegründete Lohnreduzierung, wegen der die Juristen die Arbeit niederlegten, rückgängig zu machen. In der Diskussion wurde von allen Rednern die Ansicht ausgesprochen, daß diese Lohnreduzierung unter allen Umständen abgewehrt werden müsse, weil die Preise schon so wie so außerordentlich geringe sind und besonders auch deshalb, um weitere Lohnabzüge zu verhüten. Von mehreren Rednern wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Vorgehen des Herrn Schubert auf eine Verzögerung mit anderen Fabrikanten zurückzuführen ist, daß bei dieser Firma nur der Anfang gemacht werden soll und falls die Arbeiter dem nicht entgegenstehen, die gegenwärtig nicht sehr günstige Konjunktur auch von den anderen Unternehmern zu einer planmäßigen allgemeinen Lohnreduzierung benutzt werden wird. Wie noch mitgeteilt wurde, beabsichtigt Herr Schubert die Gerberei-Arbeiter in der Juristerei zu beschäftigen und zwar sollen diesen die alten Preise bezahlt werden, welche den ausständigen Juristen verweigert werden. Bei der Firma Schwarzmann sind ebenfalls den Juristen Lohnabzüge gemacht worden. Während diese Firma in einem früheren Falle einen Lohnabzug von 50 Pf. verjagt hatte, aber durch den Widerstand der Arbeiter ihre Absicht wieder aufgab, wurde den Juristen für eine Arbeit, die bisher mit 8 M. bezahlt worden ist, in dieser Woche gleich ein Lohnabzug von einer Mark zugemutet. Die Arbeiter weigerten sich die Arbeit zu dem herabgesetzten Preise anzufertigen und wurden nun entlassen. Nach einer längeren Diskussion, in der das ungerechtfertigte Vorgehen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern kritisiert worden war, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten u. A. mit den ausständigen solidarisch erklärten und verpflichteten jedweder Lohnreduzierung mit aller Energie entgegenzutreten und außerdem eventuell weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt werden. Ferner wurde beschlossen, daß, wenn die Lohnabzüge nicht rückgängig gemacht und die Juristen nicht zu den alten Preisen noch im Laufe der Woche wieder eingestellt werden, daß dann auch die Gerberei-Arbeiter am Sonntag bei beiden Firmen die Arbeit niederlegen sollen. Die Kommission wird die Unternehmer von den Beschlüssen in Kenntnis setzen und damit nochmals Verhandlungen behufs Beilegung der Differenzen versuchen.

Die Zimmerer tagten am Freitag bei Keller in der Koppenstraße, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heins über: „Der Prozeß der Ködtauer Zimmerer“ zu hören. Redner führte aus, daß unsere Gegner die Ködtauer Vorfälle politisch auszunutzen wollten, daß man aber sehe, wie es ihnen selbst bei den 53 Jahren Justizhaus nicht recht wohl sei. Die That der Angeklagten, die der Redner im Anschluß an die Prozeßverhandlungen ausführlich schilderte, sei ein Gewaltakt, den moralisch die Sozialdemokratie am meisten verwerfen müsse, wenn derselbe auch aus den Umständen heraus zu erklären sei; aber politisch sei die That, d. h. die gewalttätige Mißhandlung Kiemer's, nicht etwa als ein Ausfluß sozialdemokratischer Gesinnung oder gewerkschaftlichen Solidaritätsgefühls anzusehen. Redner erklärte, hierbei bleiben zu müssen, trotzdem ihn der Zeitartikler der „Neuen Zeit“ deshalb angegriffen habe. Dieser habe diese Auffassung geteilt, denn man täusche die Gegner doch nicht dadurch. „Dem Redner sei es nicht eingefallen, die Gegner täuschen zu wollen. Das wäre allerdings ein sehr verächtliches Beginnen gewesen. Er habe lediglich der ganzen reinen Wahrheit dienen wollen. (Beifall.) Wenn man sagte, daß die Verurteilungen mit ihren Gewaltthaten der gewerkschaftlichen oder politischen Agitation hätten dienen sollen, so würde man eines

agitatorischen Zweckes wegen die Genossen täuschen. Die Arbeiterklasse könne aber die Politik solcher Acten nicht billigen und müsse den Gegnern überlassen. (Lebhafter Beifall.) Der Artikel der „N. Z.“ finde, daß man beim Bestreiten des politischen Charakters der That ein schlechtes Licht auf die Angeklagten fallen lasse. Redner sei dagegen der Ansicht, daß anderenfalls dies schlechte Licht auf die Partei fallen würde. Die Hauptfrage aber sei, daß seiner Ueberzeugung nach die von den Angeklagten verübten Mißhandlungen keinen Zusammenhang mit ihrer politischen Gesinnung gehabt hätten und nur eine Frucht der Erregung gewesen seien. Anders sehe es mit dem Urteil. Wenn der Artikel der „Neuen Zeit“ den Redner darauf hinweise, daß dem Urteil die Annahme zu Grunde liege, es habe sich um eine politische Ausschreitung gehandelt, so räume er offene Thüren ein, denn eine solche Auffassung habe Redner selbst längst im „Vorwärts“ vertreten. Aber wenn die Richter dies geglaubt hätten, so seien sie eben im Irrthum gewesen, und wir hätten keine Veranlassung, diesen Irrthum zu unterstützen.

Redner unterzog darauf das Urteil einer eingehenden juristischen Beleuchtung und verwies auf die Hezerei der Schornmacherspresse. Gegenüber den Angriffen der Gegner sei solidarischer Zusammenschluß, Massenbeitritt zu den Gewerkschaften, Ruhe und Kraft von Nöthen. Dann werde aus der Gisthaft der Gegner die Frucht neuen Machtzuwachses für die Arbeiterbewegung entstehen. (Lang anhaltender Beifall.)

Eine Resolution, die in energischen Worten den Ausführungen des Redners beipflichtete, wurde einstimmig angenommen. Hierauf sprach Kube über die außerordentlichen Mißstände im Baugewerbe, deren Beseitigung schon lange erstrebt werde und mit denen sich der demnächst tagende Bauarbeiter-Kongress im Besonderen beschäftigen wolle. Kube und Knüpfer wurden zu Delegierten des Kongresses gewählt, das Ergebnis der Teller-Versammlung den Angehörigen der Ködtauer Verurtheilten überweisen und besonders auf die Versammlung am nächsten Mittwoch aufmerksam gemacht, wo der mit den Reichern zu vereinbarenden Tarif beraten werden soll. Dann wurden die in der letzten Woche verunglückten Kollegen durch Erheben von den Plätzen geehrt und die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Ungeheuerliche Versammlungsausslösung. Freitag Abend sollte in Köpenick Genosse Debel in einer Volksversammlung sprechen. Der große Saal des Stadttheater-Lokals war überfüllt. Genosse Faber war Vorsitzender und gab Verbel das Wort. Kaum hatte dieser einige Minuten gesprochen, so unterbrach ihn der Vorsitzende; der die Versammlung überwachende Polizeiwachtmeister Waldow habe ihm eben mitgeteilt, daß, wenn die angehenden Frauen nicht aus dem Saale entfernt würden, er die Versammlung auflösen müsse. Genosse Faber protestierte gegen dieses Verlangen, zu dem die Polizei kein Recht habe. Genosse Debel schloß sich diesem Protest an. Das Geseh gefiel die Anwesenheit von Frauen in Volksversammlungen, es verbiete nur ihre Mitgliedschaft in politischen Vereinen und ihre Anwesenheit in solchen Versammlungen. Er fordere die Versammlung auf, über die Forderung der Polizei abzustimmen und hoffe, daß man sich nicht fügen werde. Führe also daß die Polizei ihre Drohung aus und löse die Versammlung auf, so sei dies ein ungeheuerlicher Akt und würde man die entsprechenden Mittel hiergegen ergreifen. Die Versammlung beschloß mit allen gegen drei Stimmen die Frauen nicht auszuschließen. Darauf erhob sich der Wachtmeister, erklärte die Versammlung für geschlossen und forderte die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen. Ein Sturm der Entrüstung antwortete ihm. Langsam verließen die Anwesenden den Saal.

So geschah in der nächsten Nähe der Hauptstadt, nachdem die Verordnung über das Versammlungsgesetz nahezu fünfzig Jahre besteht, also alt genug ist, um von den Behörden verstanden zu werden. Hervorzuheben ist, daß schon vor Beginn der Versammlung das Gerücht im Saale zirkulirte, die Polizei werde die Entfernung der Frauen aus dem Saale fordern und, falls dieser Forderung nicht Folge geleistet werde, werde sie die Versammlung auflösen. Gegen die Auflösung wird der Beschwerdeweg betreten werden.

Es ist ein starkes Stück und beweist, wie weit wir in Preußen noch in der Kultur zurück sind, daß ein untergeordnetes Polizeibeamtete so wagen darf, Tausende von Menschen, die sich friedlich versammeln wollen, an der Ausübung ihres Staatsbürgerrechts zu hindern, wider Recht und Gesetz nach Hause zu schicken, als handele es sich um einen Haufen ungezogener Kinder.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Lur über: „Chemie in der Küche.“ Gäste sind willkommen.

Bildungsverein „Mehr Licht“. Heute Abend 7 1/2 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27: Vortrag des Genossen Dr. Wepl über: „Ein Grundriss der modernen Arbeiterbewegung.“

Sawariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, 27. Februar, Abends 9 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Wilsch über: „Transport verunglückter und erkrankter Personen.“ Gäste willkommen.

Deutscher Senfeler-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Montag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr im Restaurant Riegel, Stralauerstr. 67: Mitgliedschaftsversammlung und Vorstandswahl.

Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse. Heute Sonntag: Uferstraße 123 bei Piele und Drömlerstr. 185 bei Busow.

Arbeiter-Bildungsverein für Steglitz, Friedenau und Umgebend. Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schellhals, Steglitz, Wilmstr. 15: Vereinsfeier und Vortrag des Genossen Kutsche. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

H. Z. Wir sind so genau nicht informiert, ob Ihre Ansprüche erfüllt werden können.

Noch-Nürnberg. Berichte sind uns immer angenehm.

Lohnkommission der Maurer. Die Angelegenheit ist wohl durch die heutige Lokalausslösung erledigt.

M. D. 106. 1. Sie können von dort kommen, falls es sich — wie es scheint — um ein Darlehen handelt. Es tritt erst in 30 Jahren Verjährung ein. 2. Früher 15, jetzt 9. 3. 14 in Berlin. 4. Ja. — Senk nach etwas?

M. D. 37. Wiederholen Sie die Frage unter genauer Angabe, wann Wohnung bezogen ist, wie viel Miete Ihr Vater zahlt, welche Stellung er bei dem Vermietter hat u. s. w. Am besten können Sie in die Sprechstunde — M. D. 37. — zu kommen, wenn Sie den Vater betrachten.

20. Nein. Ist unmöglich, aber dies antwortbar und möglicherweise strafbar.

Klose. Es muß zunächst ein Vorwand bestellt werden. Dieser kann dann die Klage antizipieren. — Sp. R. Der von Ihnen gezielte Betrag reicht aus. — A. Z. 99. Gegen Sie dagegen Beschwerden beim Oberpräsidenten ein. — Kl. Adlerhof. Das Reich leidet zu sehr. — D. Z. 1. Ja. 2. Wiederholen Sie die Frage unter genauer Angabe, wann und wie viel Miete Sie zu zahlen haben. — G. 61. Nördlich. Wenn Sie nicht zahlen, kann geklagt werden. — G. R. Darüber ist uns nichts bekannt.

G. S. 100. Wenn es sich um einen Zeugen oder Offenbarungseid handelt, müssen Sie den Eid leisten. — M. Z. Rein.

Krausen 30. Es bleibt hier nur der Klageweg übrig. — J. 100. Gena 9 M. — Dreizehn. Sie können Privatklage antizipieren. Da aber keine Zeugen vorhanden sind, würde die Klage, falls die Gegnerin beschwert, abgewiesen werden. — Kleinmichel. Wenn der Betroffene dies will, muß er der Klage beitreten. — Drehsler. 1. Es ist beim Amtsgericht zu klagen. 2. Ja. 3. Amtsgericht. 4. Dagegen giebt es Verurteilung an das Landgericht. — Pruh. 1. In dem Falle bleibt nur der Klageweg übrig. 2. und 3. Wie hoch ist der Betrag?

Vorläufige Anzeige!

Den Bewohnern des Ostens hiermit zur gefälligen Anzeige, daß mein

Kaufhaus Willy Leiser,

Weidenweg, Ecke Baltenplatz,

nahe der Petersburger Strasse (Pferdebahn von allen Richtungen)

demnächst eröffnet wird.

➔ Näheres über die Eröffnung siehe Inserat in den nächsten Tagen.

Hochachtungsvoll

Willy Leiser.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner

Teppiche

Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Tischdecken!
zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!!

Wochentags geöffnet 8 bis abends 9 1/2 Uhr, Sonntags 8-10 u. 12-2 Uhr.

R. Bartsch, Innungs-Möbel-Polsterwaaren-Fabrik
Meister. Fernsprecher Amt 4 No. 3106
Berlin S., Oranienstrasse 73,
zwischen Alexandrinenstrasse und Moritzplatz.
Grösst. Lager Bürgerl. Wohnungseinrichtungen
von 196 bis 5000 Mark.

* Kein Laden * Verkauf
an das Privatpublikum nur im eigens dazu erbauten,
vier Etagen hohen Fabrikgebäude.

Besichtigung für Brautleute empfehlenswerth.
Ohne Kaufzwang.

Grosses Lager
verliehen gewesener Möbel.
Bitte auf genaue Adresse zu achten.



Nussbaum
fournirte 55 Mk.
Muschel-Bettstelle mit Federboden, Kell-
kissen, bestem Dreilbezug u. Patentfedern.



Dieses Panselsopha mit Teppichdecken u.
Velour-Plüsch-Einfassung, Höhe 140 cm,
Breite 190 cm 85 Mark.
Wohnzimmer-Sofas von Mk. 33 an.

J. Baer,
Berlin N., [540]L.
Elegante Paletots,
Elegante Hoch- und Sackstrümpfe.

nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
empfehle, wie bekannt, in reicher Aus-
führung und allerbilligsten Preisen

Herren- u. Knaben-
Garderobe,
- Arbeitssachen. -
Anfertigung nach Maass.



H. Zimmermann
206. Oranienstrasse 206.
Gold- und Silberwaaren-Fabrik.
Zur Einsegnung

empfehle mein grosses Lager zu anerkannt billigen Preisen in:

Opal, Türkis, Simili-Schmucks, goldenen
Ringen, Ketten u. s. w. [1027]L.*

Goldene Damen-Uhren Mk. 15.75,
Silb. Herren-Uhren mit Kette Mk. 10.-
unter 3jähriger Garantie.

Grosse Werkstatt für Reparatur- und Neuarbeit im Hause.

Möbel

Kleiderbüchsen, einfach, v. 20 Mk. an,
Journirt v. 30, Wäschbüchsen v. 30,
Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa
v. 25, Panselsopha v. 60, Plüsch-
garituren t. all. Farb. v. 100, Bett-
stellen m. Federboden v. 30, Ruhebetten
mit Leder v. 33, Marmorrollbetten v. 25,
Kammern, Ausziehtische von 16,
Sophtische, Küchenbüchsen von 15,
Kochtische v. 2 1/2, sowie alle sonstigen
Möbel in großer Auswahl allerbilligst.
Vollständige Einrichtungen, besonders
preiswerth, transportfrei. -

Möbel auf Theilzahlung.
unter Garantie, unter solidesten Be-
dingungen. Schier, Möbel-Fabrik,
Neanderstrasse 13.

3000 Rollen Dachpappe,
Schaldbretter, Beiken, Dachlatten, Is-
sirt billig zu verkaufen. 7158
M. Rühle, Rottbuler Damm 22.

Uhren, Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren
Engros. - Détail. Billigste Bezugsquelle!

Goldene Damenuhren von Mk. 16.00 an,
do. Herrenuhren von Mk. 35.00 an,
Silberne do. von Mk. 9.00 an,
Amerikan. Wecker von Mk. 1.65 an,
Regulatoren, 14 Tg. gehend, mit Schlagwerk,
elegantes Kuckuck-Gehäuse, 1 Mir. lang,
von Mk. 12.00 an.

Eigene Reparaturwerkstatt für Uhren,
Wuhrwerke und Schmuckachen.

Max Katz, 2. Au der Spandauer Brücke 2.
Rappahelisches Haus.
Bitte genau auf die Firma zu achten!
Abzahlung unter günstigen Bedingungen bei Kaufgabe von Refe-
renzen nach Uebereinkunft. [6833]L.*



Kinderwagen-Haus
August Götz, Berlin N.,
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr.

Riefen-Auswahl in Kinder-, Puppen-,
Sperr-, Kasten- u. Leiterwagen, Kinder-
holzmöbel und Kinderbettstellen.
Klappstühle. [928]L.*

Korbwaaren eigener Fabrik.

Verkauf frisch gef. schw. veils. und jun. Fleisches.
Windfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch 40 Pf. [558]L.*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:



Drehrollen Fabrik
J. E. Leonhardt,
Berlin, Sebastianstraße 3.

Kinderwagen,
6, 8, hochfeine 15 Mk.,
vermehrt 18-20 Mk.,
Kinderbettstellen, von
10 Mk., Kinderapp-
hülle, Sports und
Dauerwagen, Bill.
Preise, nur
Prinzengstr. 55,
Ecke Drossenerstr.
Gust. Linke.

S. Mecklenburg
Rummelsburg
Schillerstraße 1
(Hauptgesch. Berlin O, Blumenstr. 83)

Arbeitshemden
100 cm lang, von 1 Mk. - 1,50
in tabelloser Ausführung.

Arbeitsblousen
aus Bauernleinen 2,25, 2,50 Mk.,
gestreift von 1,30 bis 1,75 Mk.

Frauenhemden
(Varehenb)
rosa und hellgestreift von 1,25 an,
extra weit, in Casual. 1,60 Mk.

Normalhemden
Stück von 80 Pf. bis 5,50 Mk.

S. Mecklenburg
Rummelsburg
Schillerstr. 1 (Berlin, Blumenstr. 83)

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf Credit

bei bescheidener Anzahlung u. auf Jahre
hin aus vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwie-
rigkeiten grösste Rücksicht. [7362]L.*

Central-Möbel-Halle,
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

Stets enormes Lager
vom einfachsten bis feinsten Genre

Glühwein ausgezeichnet & Liter Mk. 1.20
5 Liter 5.50, 10 Liter Mk. 10.-

Johannisbeer-Wein Heidelberg- u. Stachelbeer-Wein
& Flasche 1/2 Liter 75 Pf.
Brombeer- u. Wermuth-Wein
& Flasche 1/2 Liter Mk. 1.-

Cognac - deutscher -
& Altfranzösisch Mk. 2.10, 2.50, 3.-,
Cognac fine Champagne,
1/2 Liter & Mk. 3.50, 4.50, 5.50.

Rum anerkannt gut
& Altfranzösisch Mk. 1.10, 1.60, 2.10
bei Entnahme von 5 Flaschen
& Flasche 10 Pf. billiger.

Stonsdorfer Siför, & Liter 1.20, 5 Liter 5.50.
Echt alt. Nordhain, & Liter 1.-, 5 Liter 4.50
Pomeranzen, Ingber, Wachholder,
Getreide-Rummel & Liter Mk. 1.-

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. - Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Oranienweg 56. - Kommandantenstr. 67. - Wilmersdorferstr. 25.
Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48. - Potsdam: Bäderstr. 7. - Schneberg: Hauptstr. 129. - Probierstele Kommandantenstr. 67. [6513]L.*

Neu eröffnet! **Elsasserstrasse 19.**